

22. Sitzung vom Montag, 9. Dezember 2024, 18.00 Uhr, ref. Kirchgemeindesaal

Anwesend:

Stadtparlament

Beginn: 25 Mitglieder

ab 18.25 Uhr: 26 Mitglieder

ab 19.30 Uhr: 27 Mitglieder

Stadtrat

Mark Eberli, Stadtpräsident

Daniel Ammann

Frauke Böni

Rosa Pfister-Kempf

Andrea Spycher

Andreas Müller

Markus Surber

Christian Mühlethaler, Stadtschreiber

Franziska Lee, Stv.-Stadtschreiber

Entschuldigt:

Daniela Gramegna

Vorsitz:

Stephan Ziegler, Parlamentspräsident

Protokoll:

Sandra Lobsiger, Parlamentssekretärin

Weibeldienst:

Die Anwesenheit des Weibeldiensts ist nicht erforderlich

Die Sitzung des Stadtparlaments ist öffentlich.



Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Stadtparlaments und des Stadtrats, die Mitarbeitenden der Verwaltung, die Behördenmitglieder sowie die Medienschaffenden und das Publikum. Er gibt bekannt, dass Britta Müller-Ganz und Romaine Rogenmoser verspätet eintreffen werden. Zudem bittet der Vorsitzende das Publikum auf Zwischenrufe und Applaus zu verzichten.

Der Vorsitzende bittet alle Anwesenden, bei Wortmeldungen nach vorne zu kommen und das Mikrofon zu benutzen.

Spezielles

- Letzte Sitzung von Peter Frischknecht als Mitglied der RPK, er hat per 31. Januar 2025 seinen Rücktritt eingereicht. Der Vorsitzende lädt Peter Frischknecht für die nächste Parlamentssitzung ein, um ihn offiziell zu verabschieden.

Auszählung des Stadtparlaments

Die Auszählung ergibt 25 anwesende Parlamentsmitglieder. Das Stadtparlament ist somit gemäss Art. 15 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtparlaments (GeschO) beschlussfähig.

Das absolute Mehr liegt bei 13 Stimmen.

Sitzungseinladung

Die Parlamentsmitglieder sind fristgerecht und ordnungsgemäss zur Sitzung eingeladen worden.

Traktandenliste

Aufbau Zentrum-Management – Beitrag von 120 000 Franken jährlich für 2025 – 2027 (insgesamt 360 000 Franken) – Fristerstreckung

Der Stadtrat hat am 27. November 2024 mit Beschluss-Nr. 426 das Gesuch um Fristerstreckung bis 24. Juni 2025 gestellt. Das Präsidium setzt das Geschäft nachträglich als neues Traktandum 3 auf die Traktandenliste.

Das Stadtparlament ist damit einverstanden.



Der Vorsitzende übergibt Dr. Luis M. Calvo Salgado das Wort.

Dr. Luis M. Calvo Salgado: «Ich würde gerne den Antrag auf ein neues Traktandum stellen: *Stimmverhalten von Mitgliedern des Stadtparlaments bezüglich Haltung vorberatender Kommissionen*».

Der Vorsitzende: «Dann würde ich gerne das Stadtparlament fragen, ob es einverstanden ist mit einem zusätzlichen Traktandum zum Anfang der Sitzung: Wer ist dafür? Können wir das Auszählen bitte. Das neue Traktandum wurde mit 14 Stimmen angenommen. Somit wird die Traktandenliste wie folgt genehmigt:»

Das Stadtparlament stimmt dem Antrag von Dr. Luis M. Calvo Salgado mit 14 Stimmen zu, dieser wird neu als Traktandum 1 aufgenommen.

Es liegen keine weiteren Bemerkungen oder Änderungs- und Ergänzungsanträge zur Traktandenliste vor. Die Traktandenliste wird wie folgt genehmigt:

Traktanden

1. Antrag Dr. Luis M. Calvo Salgado – Stimmverhalten von Mitgliedern des Stadtparlaments bezüglich Haltung vorberatender Kommissionen
2. Protokoll der Sitzung vom 4. November 2024
3. Interpellation von Britta Müller-Ganz und Mitunterzeichnende betr. «Fragen zu HR-Prozessen und HR-Kommunikationspolitik der Stadt Bülach» – Begründung
4. Aufbau Zentrum-Management – Beitrag von 120 000 Franken jährlich für 2025 – 2027 (insgesamt 360 000 Franken) – Genehmigung Fristerstreckung
5. Anpassung Ausstattungsschlüssel Schüler-/innengeräte für den Medien- und Informatikeinsatz im Unterricht – Festlegung
6. Verordnung über die Haushaltführung mit Globalbudget (Globalbudgetverordnung) – Genehmigung
7. Produktgruppenbudget 2025 / Festsetzung Steuerfuss 2025
8. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
9. Diverses



Eingang von neuen Vorstössen

Seit der letzten Parlamentssitzung vom 4. November 2024 sind keine neuen Vorstösse eingegangen.

Beantwortung von Vorstössen

Seit der letzten Parlamentssitzung vom 4. November 2024 sind keine Vorstösse beantwortet worden.

Traktandum 1

Antrag Dr. Luís M. Calvo Salgado – Stimmverhalten von Mitgliedern des Stadtparlaments bezüglich Haltung vorberatender Kommissionen

Der Vorsitzende übergibt das Wort Dr. Luís M. Calvo Salgado.

Dr. Luís M. Calvo Salgado: «Das, was ich am Anfang gelernt habe – vor ein paar Legislaturen – als ich in dieses Parlament zum ersten Mal kam, dachte ich noch es gilt und man hat mir auch gesagt, dass es so eine Art ungeschriebene, nicht rechtlich relevante Regeln gibt, dass man normalerweise so abstimmt, wie man in den Kommissionen abstimmt. Zum Beispiel in der Kommission, in der ich jetzt bin – die RPK, früher war ich in einer anderen Kommission. Ich habe die Frage mehrmals gestellt und ich bin sehr dankbar, dass wir es kurz besprechen können, damit ich verstehe, wer welche Argumente hat. Ich gehe immer davon aus, dass man die eigene Meinung selbstverständlich ändern kann, wie es viele im Leben und in diesem Fall aufgrund der Kollegialität in den Kommissionen z.B. per E-Mail tun, um das Kommissionsgeheimnis nicht zu verletzen. Z.B. mit den Worten *«Ich habe meine Meinung geändert und ich werde im Plenum anders stimmen.»* Für mich ist das durchaus möglich und legitim. Was ich daher bisher so verstanden hatte, und ich wurde von mehreren Präsidenten der RPK früher darauf hingewiesen, ist, dass man die Meinung im Plenum nicht ändern und anders stimmen sollte, ohne jegliche Rücksprache mit Mitgliedern der Kommission, in der man ist. Das ist ganz kurz, was ich dazu sagen kann. Der Vorteil liegt meines Erachtens auf der Hand. Es ist eigentlich so, dass die Abschiede von den einzelnen Kommissionen, zum Beispiel heute zu diesem wichtigen Thema des Budgets, dadurch eine besondere Bedeutung bekommen, weil man immer davon ausgeht, dass man sich das in dieser Kommission eingehend angeschaut hat, sachlich und fachlich beurteilt und versucht gemeinsam einen



Abschied zu präsentieren. Wenn das nicht mehr der Fall wäre, besteht einfach die Gefahr, dass die Abschiede und die Erklärungen an Bedeutung verlieren, weil sich die Meinungen in der Zwischenzeit, zwischen dem Moment als diese Abschiede in den Kommissionen gemacht wurden und der Abstimmung im Parlament, einfach so verändert haben. Ich bin natürlich absolut d'accord und werde mich fügen, wenn das nun die neue Norm und für alle so selbstverständlich ist, aber ich werde auch entsprechend handeln. Ich würde gerne die anderen Meinungen hören.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Stadtparlament.

Der Vorsitzende: «Die Haltung der Geschäftsleitung ist, kurz zusammengefasst, wie folgt: Es besteht keine Verpflichtung, dass ein Mitglied des Stadtparlaments in der Parlamentsitzung so zu stimmen hat, wie es in der vorberatenden Kommission gestimmt hat. Grundsätzlich sollte diese Art von Diskussion, auch in Hinblick auf das Kommissionsgeheimnis, innerhalb der Kommission stattfinden. Die Geschäftsleitung kann und wird keine öffentliche Erklärung zum Stimmverhalten verlangen. Es steht jedem Mitglied des Stadtparlaments zu, jederzeit und ohne Begründung seine Meinung kundzutun und so abzustimmen, wie es dies für richtig hält.»

Dr. Luís M. Calvo Salgado: «Ich danke sehr der Geschäftsleitung. Ich kenne andere Parlamente in der Schweiz, wo man aufgrund dieser Situation das Aufschreiben der einzelnen Stimmen in jeder Kommission eingeführt hat, so dass man bei Rekursen auch ein systematisches Torpedieren der Abschiede der einzelnen Kommissionen führen kann. Wenn das aber jetzt hier die Norm ist und man völlig frei ist, so wie ich das verstehe, wie man abstimmt und wie man dann hier abstimmt, dann nehme ich an, dass das für alle gilt und ich nehme an, dass das auch zu weiteren Problemen führen wird. Aber ich habe es immerhin erklärt und ich freue mich auf die weiteren Diskussionen und ich werde alle daran erinnern, wenn es notwendig ist, dass es so klar gesagt wurde. Es ist eigentlich, damit wir uns alle verstehen, weil es auch so viel Publikum gibt, der Geschäftsleitung völlig egal, wie man in den Kommissionen abstimmt, im Namen einer sogenannten Freiheit und unter den minimalen Anstand, die anderen zu benachrichtigen, nicht das Kommissionsgeheimnis zu vernetzen, sondern innerhalb der Kommission zu benachrichtigen, wenn man anders abstimmt. Das ist ein grosser Unterschied. Vielen Dank.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Stadtparlament.



Traktandum 2

Protokoll der Sitzung vom 4. November 2024

Es gibt keine Anmerkungen oder Korrekturen zum Protokoll. Es wird der Verfasserin verdankt.

Abstimmung

Das Stadtparlament genehmigt einstimmig das Protokoll einstimmig.

Traktandum 3

Interpellation von Britta Müller-Ganz und Mitunterzeichnende betr. «Fragen zu HR-Prozessen und HR-Kommunikationspolitik der Stadt Bülach» – Begründung

Britta Müller-Ganz und Mitunterzeichnende haben am 24. November 2024 die Interpellation «Fragen zu HR-Prozessen und HR-Kommunikationspolitik der Stadt Bülach» eingereicht. Die Mitglieder des Stadtparlaments und des Stadtrats haben diese erhalten und die Interpellation entspricht den Erfordernissen der Geschäftsordnung.

Wortlaut:

«Verschiedene Vorkommnisse im Zusammenhang mit personellen Wechseln in der Stadtverwaltung Bülach (insbesondere Abteilung Polizei, Abteilung Umwelt und Infrastruktur, Abteilung Politik und Präsidiales) werfen im Parlament und in der Bevölkerung Fragen auf.

Die Kommunikation zu personellen Wechseln in der Stadtverwaltung bei Führungspersonen von Abteilungen und Bereichen weckt vermehrt den Eindruck, dass die Stadtverwaltung personelle Probleme bewusst nicht anspricht und strukturelle Mängel im HR-Umfeld nicht angeht. Die sehr zurückhaltende Information untergräbt das Vertrauen des Parlaments und der Öffentlichkeit und zeigt sich in vermehrt kritischen Stimmen in den Medien.

- 1. Besteht eine HR-Strategie, wie lautet diese? Welche Aufgaben übernimmt das HR-Management (inkl. Rolle und Zusammenarbeit mit Abteilungen)? Wie erfolgt die Rekrutierung von Führungspersonen, insbesondere für Bereichs- und Abteilungs-Leiterinnen oder -Leiter? Wie werden Ergebnisse von Assessments gewichtet und Rückmeldungen aus Referenzen berücksichtigt? Wer entscheidet über eine Anstellung für Bereichs- und Abteilungs-Leiter und -Leiterinnen? Welche Grundsätze gelten für die interne und externe Kommunikation bei personellen Änderungen in der Stadtverwaltung,*



insbesondere bei Kündigungen, Freistellungen, Aufhebungsvereinbarungen von Anstellungen? Welche generellen Grundsätze der Kommunikation gelten für kritische Situationen? Wie gedenkt der Stadtrat, unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte von Betroffenen, das öffentliche Interesse an einer transparenten und nachvollziehbaren Kommunikation in personellen Fragen sicherzustellen? Wie lautet die Kommunikationsstrategie generell? Wie werden die zuständigen Kommissionen, wie wird das Parlament in Zukunft über personelle Wechsel der Führungskräfte (Abteilungen und Bereiche) informiert? Wie werden das Kommissionsgeheimnis und spezielle Vertraulichkeitsverpflichtungen für Mitglieder von Kommissionen genutzt, um eine ausreichende Information sicherzustellen, welche die Beurteilung der Hintergründe erlaubt? Wie gedenkt der Stadtrat das Vertrauen in die Führung der Stadtverwaltung zu stärken?»

Da Britta Müller-Ganz sich verspätet, wird die Begründung der Interpellation auf das Traktandum «Diverses» verschoben.

Traktandum 4

**Aufbau Zentrum-Management – Beitrag von 120 000 Franken jährlich
für 2025 – 2027 (insgesamt 360 000 Franken) – Genehmigung Fristerstreckung**

Der Stadtrat beschliesst:

1. Dem Stadtparlament wird beantragt, für die Einreichung des überarbeiteten Antrags eine Fristerstreckung, um ein halbes Jahr bis zum 24. Juni 2025 zu gewähren.

Bemerkung: Am 24. Juni 2024 hatte das Stadtparlament das Geschäft «Aufbau Zentrum-Management – Beitrag von 120 000 Franken jährlich für 2025 – 2027 (insgesamt 360 000 Franken)» an den Stadtrat zurückgewiesen. Der Stadtrat wurde aufgefordert, die geforderten Punkte zu überarbeiten, zu überdenken und zu konkretisieren. Gemäss Art. 40 Abs. 1 der Geschäftsordnung hätte der Stadtrat innert 6 Monaten einen neuen Antrag dem Stadtparlament unterbreiten müssen. Die Mitglieder des Stadtparlaments haben den Beschluss des Stadtrats vom 27. November 2024 (SRB-Nr. 426) bezüglich des Gesuchs um Fristerstreckung erhalten.



Eintretensdebatte

Es wurde verzichtet, das Geschäft nochmals der Kommission Bevölkerung & Sicherheit und der RPK zuzuweisen.

Der Vorsitzende übergibt das Wort der Präsidentin der Kommission Bevölkerung & Sicherheit.

Patrizia Grütter: «Am 27. November 2024 hat der Stadtrat beschlossen, das Gesuch um Fristerstreckung betreffend «Aufbau Zentrum-Management» beim Stadtparlament zu beantragen. Das Geschäft wurde nun kurzfristig auf heute traktandiert, weil eine Behandlung an der nächsten Parlamentssitzung am 3. Februar 2025 aus zeitlicher Sicht wenig Sinn machen würde. Dies bedeutet jedoch aber auch, dass der übliche Ablauf eines solchen Geschäfts «Zuweisung an Kommission -> Abschied -> Fraktionsmeinung» übersprungen wird. Innerhalb der FK haben wir uns dann abgesprochen und sind zum Schluss gekommen, dass wir mit diesem Vorgehen einverstanden sind. Es wäre uns unmöglich gewesen, innerhalb von ein paar Tagen unsere gewohnte Kommissionsarbeit zu leisten und einen fundierten Abschied zu erstellen. Dazu hätte auch mit dem Stadtrat ein Austausch stattfinden müssen, aber die Zeit hätte definitiv nicht gereicht. Aus diesem Grund werden wir Kommissionsmitglieder heute Abend in unserer Funktion als reine Parlamentsmitglieder abstimmen und nicht mit dem Kommissionshut. Danke.»

Es liegen keine Ergänzungen der Fachkommission vor.

Der Stadtrat verzichtet auf eine Wortmeldung.

Der Vorsitzende übergibt das Wort dem Referenten der RPK.

Dr. Luís M. Calvo Salgado: «Ich vertrete hier nur meine Stimme, obwohl ich in der RPK für dieses Geschäft zuständig war und ich möchte betonen, damit alle das verstehen, dass wir festgestellt haben, als wir dieses Geschäft das letzte Mal behandelt haben, dass diese Aufgaben, die angeblich im Zentrumsmangement in Zukunft behandelt werden sollen, bereits jetzt im Pflichtenheft der Standortförderung von Bülach stehen. Deshalb sind wir von den Grünen nicht dafür, dass da noch eine längere Frist besteht. Wir sehen auch bei der Menge an Kürzungen, die vorgeschlagen werden, mit Erstaunen, dass ausgerechnet diejenigen, die Kürzungen bei Sachen wie Computer für Kinder und so weiter in den



Schulen machen, bei solchen Sachen immer bereit sind, eine Chance für mehr Geld zu sehen. Wir sind absolut gegen diese Art von doppelter Aufgabe, dass der Standortförderer auf der einen Seite Geld kassiert für diese Aufgabe, die er dann als erledigt in seinem Bericht betrachtet und auf der anderen Seite zusätzliches Geld zu diesem Zweck beantragt werden. Vielen Dank.»

Es liegen keine Ergänzungen von Mitgliedern der RPK vor.

Der Stadtrat verzichtet auf eine Wortmeldung.

Fraktionserklärungen

Es gibt keine Fraktionserklärungen.

Detailberatung

Es gibt keine Wortmeldungen aus dem Stadtparlament.

Abstimmung

Das Stadtparlament hat mit 20 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen und einer Enthaltung das Gesuch um Fristerstreckung für die Einreichung eines überarbeiteten Antrags genehmigt.
Die Frist wird bis 24. Juni 2025 erstreckt.



Traktandum 5

Anpassung Ausstattungsschlüssel Schüler/-innengeräte für den Medien- und Informatikeinsatz im Unterricht – Festlegung

Auf Antrag der Primarschulpflege beantragt der Stadtrat dem Stadtparlament, es wolle beschliessen:

1. Der Ausstattungsschlüssel der Schulklassen mit Schüler/-innengeräten für den Medien- und Informatikeinsatz wird per 2025 wie folgt festgelegt (Anzahl Geräte je Anzahl Kinder): Kindergarten 1:6, Unterstufe 1:2, Mittelstufe 1:1.
2. Für die Erhöhung des Ausstattungsschlüssels wird zu Lasten der Investitionsrechnung 2120.5060.00/INV01286 ein Verpflichtungskredit von 375 000 Franken bewilligt.

Eintretensdebatte

Zu diesem Geschäft liegt der Abschied der Kommission Bildung & Soziales und der RPK vor.

Die Kommission Bildung & Soziales empfiehlt das Geschäft einstimmig zur Annahme. Und die RPK empfiehlt das Geschäft unter Berücksichtigung ihres Änderungsantrags einstimmig zur Annahme.

Änderungsantrag der RPK zur Reduktion des Kredits (mehrheitlich)

Antrag auf Reduktion des Kredits um 30 000 Franken.

Begründung: Keine Aufstockung der Geräte für den Kindergarten.

Der Vorsitzende übergibt das Wort der Referentin der Kommission Bildung & Soziales.

Laura Hartmann: «Bevor wir uns mit dem grossen Brockenbudget befassen, kommt noch ein kleines, aber trotzdem auch wichtiges Geschäft zum Ausstattungsschlüssel der Schülergeräten in Media und ICT, also im Medien- und Informatikeinsatz im Unterricht zustande. Vor fünf Jahren haben wir im Parlament auf Basis der ICT-Strategie an der Primarschule Bülach eine Basisausstattung an ICT-Geräten bewilligt. Die Strategie hat auf dem Konzept vom *bring your own device*, also bei welchem Schüler an



der Bülacher Primarschule auch ihre eigenen Geräte mitbringen konnten, sprich Handys, Tablets, Laptops und diese dann auch im Unterricht einsetzen konnten. Ergänzend dazu kam die von der Schule zu Verfügung gestellte Basisinfrastruktur, die denjenigen Kindern ein Gerät bietet, die nicht am *bring your own device* teilnehmen können oder wollen. Jetzt kommen die Geräte der Schule langsam an ihr Lebensende und es steht eine Ersatzbeschaffung an. Im November 2023 hat die Primarschulpflege beschlossen, dass basierend auf einer Machbarkeitsstudie oder Machbarkeitsprüfung, die sie durchgeführt haben, von der Einführung der *bring your own device* abzusehen und stattdessen eine Erhöhung des Ausstattungsschlüssel bei der Basisinfrastruktur zu verfolgen. Die Abkehr von *bring your own device* wurde in der Schulpflege beschlossen, da einerseits eine Mehrheit der Bülacher Eltern nicht bereit ist, *bring your own device* und für Kinder auf der Primarstufe zu unterstützen, da *bring your own device* von keiner anderen Primarschule in der Schweiz mehr praktiziert wird und auch kein praktikables Ausstattungsmodell für diese Volksschulstufe ist und der Bereich Informatik der Stadt Bülach technische Herausforderungen und der Support-Aufwand für die Geräte als immens erachtet und auch Bedenken bezüglich des Datenschutzes sowie der Informationssicherheit ins Feld geführt hat. Der Ausstattungsschlüssel wird also wie folgt angepasst: Ursprünglich hatten wir im Kindergarten einen Ausstattungsschlüssel von 1:12, was zwei Geräte pro Klasse beinhaltet. Neu wird der Ausstattungsschlüssel auf 1:6 erhöht, was vier Geräten pro Klasse entspricht. In der Unterstufe von 1:4 auf 1:2, was neu 12 Geräten pro Klasse entspricht und bei der Mittelstufe von 1:2 auf 1:1, damit nachher jedes Kind ein eigenes Gerät benutzen kann. Die Beschaffungskosten inklusive Garantie belaufen sich für die zusätzlichen 750 zu beschaffende Geräte auf 375 000 Franken. Die Basisausstattung selber mit dem heutigen Ausstattungsschlüssel kommt sowieso, da das eine laufende Investition ist, die wir vor vier Jahren schon einmal beschlossen haben. Ausserdem will ich nochmal kurz darauf hinweisen, dass im Kindergarten und in der Unterstufe keine sogenannten *Convertibles* mehr eingesetzt werden. Das sind Laptops, die man umkehren und nachher auch als Tablet mit Touch benutzen kann, sondern dass dann auf dieser Stufe Tablets angeschafft werden, die einfach für die Altersgruppen selber benutzerfreundlicher sind. Die Fachkommission Bildung & Soziales unterstützt einstimmig die Erhöhung vom Ausstattungsschlüssel dieser ICT Geräten. Rückblickend fanden wir auch, es war ein bisschen mutig, dass wir das Gefühl hatten, dass *bring your own device* ein gutes Ding auf der Primarschulstufe wäre. Daraus haben wir natürlich gelernt. Für uns ist es auch wichtig, dass wir auf der Kindergartenstufe und auf der Unterstufe *Convertibles* durch Tablets ersetzen. Es ist auch wichtig, dass den Schülerinnen und Schülern der Primarschule Bülach genügend moderne Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird, damit auch der Lehrplan 21 umgesetzt werden kann.»

Es liegen keine Ergänzungen von Mitgliedern der Kommission Bildung & Soziales vor.



*** 18.25 Uhr: Romaine Rogenmoser trifft ein. ***

Der Vorsitzende übergibt das Wort Stadträtin Rosa Pfister-Kempf.

Stadträtin Rosa Pfister-Kempf: «Ich möchte das Geschäft kurz vorstellen, auch wenn vieles bereits von Laura gesagt wurde. Aber es schadet ja nichts, wenn Sie es zweimal hören:

Das Geschäft im Kurzüberblick

- Mittelstufe: 1 Gerät pro Kind statt wie bisher 1 Gerät pro 2 Kinder.
- Unterstufe: 1 Gerät pro 2 Kinder statt wie bisher 1 Gerät pro 4 Kinder.
- Kindergarten: 1 Gerät pro 6 Kinder statt wie bisher 1 Gerät pro 12 Kinder.

Total 750 zusätzliche Geräte, Totalkosten von 375 000 Franken (inkl. Zubehör und Garantieabdeckung).

- Schulpflege: Einstimmige Empfehlung zur Annahme.
- Stadtrat: Einstimmige Empfehlung zur Annahme.
- Parlamentskommission Bildung & Soziales: Einstimmige Empfehlung zur Annahme.
- Parlamentskommission RPK: Einstimmige Empfehlung zur Annahme unter Berücksichtigung Änderungsantrag auf Reduktion des Kredits um 30 000 Franken. Keine Aufstockung der Geräte für den Kindergarten.

Das «Warum» in 4 Punkten

1. Ursprünglich war ein «*bring Your Own Device*» (also Kinder bringen private Geräte mit) geplant. Darauf war der «alte» Schlüssel ausgelegt. Eine umfassende Machbarkeitsprüfung hat gezeigt:
 - *bring Your Own Device* hat sich schweizweit auf der Primarstufe nicht bewährt.
 - *bring Your Own Device* wird durch die Bülacher Eltern nicht unterstützt
2. Viele Zürcher Gemeinden kennen einen vergleichbaren Ausstattungsschlüssel. Beispiele: Dübendorf, Wädenswil, aber auch Winterthur und Zürich. Unsere Lösung wäre keine «Luxuslösung», sondern ein zeitgemässer Schritt, den andere Gemeinden schon gegangen sind.
3. Pädagogisch-didaktischer Mehrwert: Gemäss Lehrplan 21 ist das Lernen mit und über digitale Medien in der Schule Pflicht. Nur mit genügend niederschwellig verfügbaren Geräten können Lehrpersonen die Kinder an eine sichere und sinnvolle Mediennutzung heranführen. Der aktuelle Ausstattungsschlüssel ist zu knapp: Es müssen häufig Geräte in anderen Klassen ausgeliehen werden, die dann wiederum dort fehlen.
4. Die Primarschule Bülach muss sich in einem hart umkämpften Stellenmarkt behaupten (Lehrpersonalmangel). Viele Rahmenbedingungen sind durch das Volksschulgesetz vorgegeben. Eine zeitgemässe ICT-Ausstattung kann eines von wenigen Anstellungsmerkmalen sein, um die Attraktivität der Primarschule Bülach als Arbeitsort für neue Mitarbeitende zu steigern.



Schweden nimmt Abschied vom Digitalisierungskurs, wie es denn in Bülach?

Durch eine rigorose Digitalisierungsoffensive in den letzten fünf Jahren verschwanden physische Schulbücher und Hefte grossmehrheitlich aus den schwedischen Klassenzimmern. Stattdessen arbeiteten die Schulkinder vermehrt bis ausschliesslich an Computern. Die schwedische Politik hat erkannt, dass eine solche Umstellung auf komplett digitalisierten Unterricht nicht zielführend ist. An der Primarschule Bülach ersetzen digitale Geräte niemals Schulbuch und Schreibheft, sondern sie stellen eine zeitgemässe didaktische Ergänzung dar.

Aber wofür braucht man im Kindergarten Tablets?

Kinder haben in ihrem Alltag Kontakt mit analogen und digitalen Medien und brauchen im Umgang mit diesen eine sorgfältige Begleitung. Der Lehrplan 21 sieht vor, dass wir die Kinder ab dem Kindergartenalter an eine sinnvolle und sichere Mediennutzung heranführen. Medienbildung im Kindergarten bedeutet, Medien aller Art zu entdecken und die dadurch ausgelösten Emotionen miteinander zu diskutieren: Aber sind 4 Geräte pro Kindergartenklasse nicht zu viel? Die 29 Bülacher Kindergartenklassen setzen sich aus jeweils 16–20 Kindern zusammen. Momentan müssen sich in einer Lernsequenz mit digitalen Medien also 8–10 Kinder ein Tablet teilen. Mit der Erhöhung des Schlüssels steht pro 4–5 Kinder ein Tablet zur Verfügung. Der neue Schlüssel erlaubt den Lehrpersonen eine verlässliche und flexible Planung ihres Unterrichts. Zudem können die zusätzlichen Tablets punktuell im Förderunterricht (Integrative Förderung und Deutsch als Zweitsprache) eingesetzt werden.

Ich bitte Sie auf die Streichung von 30 000 Franken zu verzichten, zum Wohl unserer Kinder.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort dem Referenten der RPK.

Erik Grässli: «Im Namen von der RPK ein grosses Dankeschön an die Abteilung Bildung und ICT für die Beantwortung unserer Fragen. Es war intensiv, mit einer Extrasitzung. Aber das hat es gebraucht. Wir wurden gut aufgeklärt. Auch ein grosses Danke an Laura für die Vorarbeit und den ausführlichen Bericht und auch Danke für den Bericht von Rosa. Das macht es mir wieder einmal einfacher. Ich kann abkürzen. Ich möchte noch schnell auf die Folgekosten eingehen und zwar haben wir bei diesem beantragten Ausstattungsschlüssel:

Kapitalfolgekosten: Die Kapitalkosten (Abschreibung 25 % und Verzinsung 0,17 %) betragen 25,17 %, pro Jahr (Nutzungsdauer 4 Jahre, Nutzungsbeginn 2025) 94 000 Franken.

Betriebliche Folgekosten: Die Sachaufwendungen werden mit 2 % der Bruttoanlagekosten veranschlagt, d.h. jährlich 7 500 Franken.

Personelle Folgekosten: Schätzung 10 Stellenprozente in der Informatik für den Betrieb und Unterhalt der zusätzlichen Geräte 10 000 Franken.



Total Folgekosten: (Beträge gerundet) 111 500 Franken

Die RPK unterstützt die Auffassung, dass wir in Bülach Potenzial zur Verbesserung der Lernmethoden haben und diese mit diesem Antrag umsetzen möchten. Die vielseitigen Einsatzmöglichkeiten zu den Lernmethoden und vor allem, die Schüler mit eingehenden IT-Kenntnissen in die Berufswelt zu entlassen, haben uns überzeugt. Nach unseren Diskussionen und ebenfalls externen Inputs von direkt betroffenen Anwendern, sind wir jedoch mehrheitlich zum Schluss gekommen, dass der neue Ausstattungsschlüssel für die Kindergartenstufe nicht umgesetzt werden muss. Einerseits, so glauben wir, wird auf dieser Stufe das Gerät zu wenig benutzt und andererseits ist es purer Luxus, den sich Bülach zurzeit nicht leisten kann. Sollte der Bedarf sich bei einer Kindergartenlehrerin dennoch ergeben, sind genügend Geräte vorhanden, die man untereinander austauschen kann. Einsparung ohne Folgekosten: 30 000 Franken. Vielen Dank.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Iris Surber, welche die Minderheit von Mitgliedern der RPK vertritt.

Iris Surber: «Die RPK hat vor ein paar Wochen das Geschäft zum Ausstattungsschlüssel der SchülerInnen-Geräte verabschiedet. Die RPK stellte einen Kürzungsantrag von 30 000 Franken, der dem Budget für die Erhöhung der Kindergartengeräten entspricht. Der Antrag der RPK wurde mehrheitlich angenommen. Ich vertrete heute die Minderheit. Pro Kindergartenklasse existieren aktuell zwei Tablets. Es wurde beantragt, dass jede Klasse mit vier Tablets ausgestattet wird. Ich bin mir ziemlich sicher, dass alle im Raum Anwesenden den Kindergarten ohne jegliche Form von digitalen Medien durchlebt haben und ich bin mir auch ziemlich sicher, dass alle in diesem Raum genau diesen digitalen Medien nicht nachtrauern. Hatten wir nicht eine schöne Kindheit, als alles noch so einfach war? Wir konnten draussen spielen, beim Nachbarn an der Tür klingeln und falls einmal eine Lektion ausfiel, wurde dies per Telefonalarm kommuniziert. Aber ist die Grundsatzdebatte darüber, ob Tablets im Kindergarten jetzt nötig sind oder nicht, fehl am Platz? Der Kindergarten unterrichtet nach einem Lehrplan, der Lehrplan wird von pädagogischen Fachleuten erarbeitet und vorgegeben. Ein Teil des Lehrplans ist, dass Kinder auch schon im Kindergartenalter den richtigen Umgang mit digitalen Medien erlernen. Den richtigen und sinnvollen Einsatz von digitalen Medien zu erlernen, scheint wichtig und zeitgemäss. Wir leben im Jahr 2024 und, dass schon Kinder mit digitalen Medien konfrontiert sind, ist eine Tatsache. Ob wir das jetzt gutheissen oder nicht, ist zweitrangig. Es geht darum, dass die Kinder lernen, wie Sie die Medien nutzen können und nicht darum, die Kinder möglichst einfach zu beschäftigen. Sie werden nicht einfach vor dem Fernseher platziert, sondern sie nutzen die Tablets, um beispielsweise Fotos zu machen, anhand von Anleitungen etwas zu erbauen oder spielerisch zu lernen. Die Minderheit der Kommission möchte noch einmal betonen, dass unabhängig von persönlichen Meinungen oder Erfahrungen, die Diskussion nicht über die Notwendigkeit von Tablets im Kindergarten



stattfinden soll, sondern darum, ob die Stadt die 30 000 Franken für einen Antrag aufbringen kann, der von Fachleuten gestellt wurde, die sich tagtäglich mit den Kindern auseinandersetzen. Darum hoffen wir auf eine Ablehnung des Änderungsantrags, um den Kindergartenlehrpersonen die Umsetzung des Lehrplans zu ermöglichen und die Kinder zeitgemäss zu unterrichten.»

Der Stadtrat verzichtet auf eine weitere Wortmeldung.

Fraktionserklärungen

Larissa Kägi (Grüne): «Die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen wird heute stark von traditionellen und digitalen Medien geprägt. Schon vor dem Schuleintritt begegnen Kinder zahlreichen Medien. Medien leisten einen zentralen Beitrag zur Persönlichkeitsbildung sowie zur Entwicklung der Identität. Ein fundiertes Verständnis ist unverzichtbar, um Medien bewusst und verantwortungsvoll nutzen sowie künftige Entwicklungen aktiv mitgestalten zu können. So werden Kinder und Jugendliche auf einen kompetenten Umgang mit Medien vorbereitet. Für die Stadt Bülach sollte es von zentraler Bedeutung sein, den Lehrplan 21 sowohl im Kindergarten als auch in der Primarstufe konsequent umzusetzen und die Erreichung der festgelegten Kompetenzen in den Fachbereichen und Modulen sicherzustellen. Das Modul «Medien und Informatik» ist wie alle Bestandteile des Lehrplans zyklisch aufgebaut, sodass der Kompetenzaufbau mit dem Eintritt in den Kindergarten beginnt. Wir sind der Meinung, dass eine Ablehnung des Antrages dazu führen würde, dass Schülerinnen und Schüler in Bülach im Vergleich zu anderen Gemeinden benachteiligt wären. Die Qualität der Schule ist ein entscheidender Faktor für die Lebensqualität von Familien. Deshalb sehen wir eine Ablehnung des Antrags als Widerspruch zu einer echten Standortförderung. Die Grüne-Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrats, den Ausstattungsschlüssel zu erhöhen und so die technische Ausstattung zu verbessern. Wir setzen uns dafür ein, dass Lernen mit und über Medien in allen Kindergarten- und Primarstufen gefördert wird.»

Der Vorsitzende übergibt Tünde Mihalyi das Wort.

Tünde Mihalyi (SP): «Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrats und einstimmig den Entscheid der Kommission Bildung & Soziales zur Anpassung des Ausstattungsschlüssel der SchülerInnengeräten für den Medien- und Informatikeinsatz im Unterricht. Die mediale Bildung ist heutzutage nicht nur ein wichtiger Bestandteil des Unterrichts und auch im Lehrplan so erfasst, sondern auch ein



wichtiger Weg, um den Kindern die digitale Welt vertraut zu machen. Ausserdem ist der digitale Unterricht auch ein Präventionsmittel, um zu verhindern, dass bereits Kinder eine Mediensucht entwickeln oder Opfer von digitaler Kriminalität werden. Durch die Schulung an den digitalen Geräten lernen die SchülerInnen den praktischen und versierten Umgang mit den Geräten als auch die vielfältigen Möglichkeiten des Internets und einen sicheren Umgang mit sozialen Medien. Die digitale Unterrichtsform als auch der Umgang mit diesen Medien ist bereits ab Kindergartenstufe im Lehrplan erfasst, wie wir schon gehört haben und vorgeschrieben. Die Aufstockung der Gerätzahl ist ein wichtiger Aspekt, um den Unterricht zu erleichtern. Die Kinder sehen besser auf die Bildschirme, wenn sie nur zu viert oder zu fünft an einem Tablet sitzen und können so auch besser interagieren, als wenn 10, 12 Kinder mit einem Tablet arbeiten. Es ist wichtig, allen Kindern den gleichen Zugang zu ermöglichen. Daher empfehlen wir den Antrag der RPK zur Kürzung bei den Geräten im Kindergarten abzulehnen.»

Es gibt keine weiteren Fraktionserklärungen.

Detailberatung

Es gibt keine Wortmeldung aus dem Stadtparlament.

Auszählung Stadtparlament

Der Vorsitzende bittet die Stimmzählenden, das Stadtparlament neu auszuzählen.

Die Auszählung ergibt 26 anwesende Parlamentsmitglieder und das absolute Mehr liegt nun bei 14 Stimmen.

Abstimmungen Änderungsantrag der RPK zur Reduktion des Kredits

Das Stadtparlament hat mit 16 Ja-Stimmen bei 9 Nein-Stimmen und einer Enthaltung den Änderungsantrag der RPK genehmigt.



Schlussabstimmung

Das Stadtparlament genehmigt den Verpflichtungskredit von 345 000 Franken für die Erhöhung des Ausstattungsschlüssels der Schulklassen mit Schüler-/innengeräten für den Medien- und Informatikeinsatz per 2025 mit 22 Ja-Stimmen zu einer Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen.

Zudem wird der Ausstattungsschlüssel per 2025 wie folgt festgelegt (Anzahl Geräte je Anzahl Kinder): Kindergarten 1:6, Unterstufe 1:2, Mittelstufe 1:1. Der Verpflichtungskredit wird zu Lasten der Investitionsrechnung 2120.5060.00/INV01286 bewilligt.

Traktandum 6

Verordnung über die Haushaltführung mit Globalbudget (Globalbudgetverordnung) – Genehmigung

Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament, es wolle beschliessen:

1. Die Verordnung über die Haushaltführung mit Globalbudget wird genehmigt.
2. Der Stadtrat wird mit der Inkraftsetzung beauftragt.
3. Die WoV-Broschüre vom 1. Januar 2011 wird aufgehoben.
4. Der Beschluss unterliegt, gestützt auf Art. 14 der Gemeindeordnung, dem fakultativen Referendum.

Bemerkung: Das Geschäft war bereits für die Parlamentssitzung vom 5. Februar 2024 traktandiert. Das Stadtparlament beschloss dabei aufgrund eines Ordnungsantrags gemäss Art. 37 Abs. 1.1 GeschO, dass die Beratung des Geschäfts verschoben wird.

Eintretensdebatte

Zu diesem Geschäft liegt der Abschied der RPK vor.

Die RPK empfiehlt das Geschäft unter Berücksichtigung ihrer Änderungsanträge einstimmig zur Annahme.



Änderungsantrag 1 der RPK zu Art. 21 Abs. 5 (einstimmig)

Wesentliche Abweichungen vom Globalbudget auf Stufe Produktegruppe sind **ab 30 000 Franken**, statt 50 000 Franken zu begründen.

Begründung: Aus Abschied vom 21. November 2023

Änderungsantrag 2 der RPK zu Art. 22 Abs. 1 (einstimmig)

Vorhersehbare Überschreitungen des Globalbudgets auf Stufe Produktegruppe sind **ab mindestens 30 000 Franken**, statt 50 000 Franken durch Nachtragskredit vom Stadtparlament oder gebundener Ausgabe vom Stadtrat zu bewilligen.

Begründung: Aus Abschied vom 21. November 2023

Nicht beschlussrelevante Bemerkung der RPK

Zur Verbesserung der Lesbarkeit in den Berichten zu Budget und Rechnung werden Produktegruppen und Produkte inskünftig einheitlich gegliedert. Zur Verbesserung der Transparenz wird die RPK im Budgetprozess elektronisch mit den gleichen Informationen bedient wie beim Rechnungsabschluss.

Der Vorsitzende übergibt das Wort dem Referenten der RPK.

Peter Frischknecht erläutert anhand der Präsentation zu Globalbudgetverordnung (Beilage 1):

Folie 1: «Geschätzte Anwesende. Passend zum nachfolgenden Geschäft, dem Budget 2025, befassen wir uns in den nächsten Minuten zum zweiten Mal mit der Globalbudget-verordnung. Sie regelt, kurz zusammengefasst, den Aufbau von Budget und Rechnung sowie die zugehörigen Kompetenzen. Durch eine Verabschiedung am heutigen Abend würde es möglich, die klareren Bestimmungen zu Nachtragskredit und Begründungen bereits für das ganze nächste Jahr anwenden zu können.

Folie 2: Wir haben die Globalbudgetverordnung bereits am 5. Februar dieses Jahres beraten. Damals wurde der Beschluss allerdings mit dem Auftrag zurückgestellt, einen Wechsel von der heutigen Nettoglobalbudgetierung zur Bruttoglobalbudgetierung zu prüfen. Die RPK hat zu dieser Thematik eine Auslegeordnung gemacht, die Varianten beurteilt und nach einer kurzen Vernehmlassung bei den Fraktionen einen Entscheid gefällt. Dieser liegt dem verteilten Abschied zugrunde.

Folie 3: Die Analyse des Prüfauftrags hat ergeben, dass in erster Linie gewisse Unzufriedenheiten bei den Parlamentsmitgliedern in Bezug auf die vorhandenen Informationen zu Budget und Rechnung bestehen. Die ungleiche Darstellung der Informationen für Produktegruppen und Produkte lässt den



Aufbau tatsächlich intransparent erscheinen. Deshalb haben sich RPK, Stadtrat und Verwaltung in allen evaluierten Varianten auf die Verbesserung der Darstellung sowie zusätzliche elektronische Hintergrundinformationen zum Budget für die RPK verständigt. Ausgehend von diesen Basisverbesserungen sind drei Varianten geprüft und verglichen worden; es sind dies die heutige Nettoglobalbudgetierung, die Bruttoglobalbudgetierung auf Stufe Gesamtkosten/Gesamterlös sowie die Bruttoglobalbudgetierung auf Stufe der vierteiligen Gliederung mit Personalkosten, Sachkosten, Umlagen und Erlösen.

Folie 4: Variante a zeichnet sich durch unveränderte Kompetenzen bei verbesserten Informationen aus.

Folie 5: Bei Variante b würde das Parlament neu über das Geschäftsvolumen entscheiden. Für resultatneutrale Ausweitungen des Volumens, z.B. die Übernahme der Aufgabe einer Nachbargemeinde, bräuhete der Stadtrat neu zwingend die Zustimmung des Parlaments.

Folie 6: Bei Variante c würde zusätzlich auch noch der Entscheid, ob eine Aufgabe intern erbracht oder extern eingekauft wird, vom Stadtrat an das Parlament verschoben.

Folie 7: Nach intensiven Diskussionen und einer kleinen Vernehmlassung bei den Fraktionen hat sich die Rechnungsprüfungskommission für Variante a, also die bisherige Nettoglobalbudgetierung, entschieden. Aus Sicht der RPK passen die heutigen Rollen, so dass sich keine Verschiebung der Zuständigkeiten aufdrängt. Die Verbesserung des Informationsgehalts beseitigt dabei die angemeldeten Unzufriedenheiten grösstenteils. Der Wechsel zur Bruttoglobalbudgetierung würde die Aufgaben und die Verantwortung des Parlaments ausweiten. Für die Bewältigung dieser Aufgabe müsste in allen Produktgruppen ein bedeutender Wissenstransfer stattfinden, was mit einem beträchtlichen Aufwand für die Parlamentsmitglieder verbunden wäre.

Folie 8: Wie ihr dem Abschied habt entnehmen können, bleibt die Empfehlung der RPK gegenüber der ersten Lesung des Geschäfts unverändert. Gleiches gilt auch für die beiden Änderungsanträge. Sie sehen weiterhin eine Reduktion der betragsmässigen Untergrenze für Nachtragskredite und Begründungen von 50 000 auf 30 000 Franken vor. Da es doch zahlreiche Produktgruppen mit geringen Beträgen gibt, ist aus Sicht der RPK eine solche Anpassung zweckmässig.

Folie 9: Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.»

Es liegen keine Ergänzungen von Mitgliedern der RPK vor.

Der Stadtrat verzichtet auf eine Wortmeldung.



Fraktionserklärungen

Es gibt keine Fraktionserklärungen.

Detailberatung

Es gibt keine Wortmeldung aus dem Stadtparlament.

Abstimmungen Änderungsantrag 1 der RPK zu Art. 21 Abs. 5

Das Stadtparlament genehmigt einstimmig den Änderungsantrag 1 der RPK.

Art. 21 Abs. 5 der Verordnung über die Haushaltsführung mit Globalbudget (Globalbudgetverordnung) wird wie folgt angepasst:

⁵ Wesentliche Abweichungen vom Globalbudget auf Stufe Produkttruppe von mehr als 30 000 Franken werden begründet.

Abstimmung Änderungsantrag 2 der RPK zu Art. 22 Abs. 1

Das Stadtparlament genehmigt einstimmig den Änderungsantrag 2 der RPK.

Art. 22 Abs. 1 der Verordnung über die Haushaltsführung mit Globalbudget (Globalbudgetverordnung) wird wie folgt angepasst:

¹ Zeichnet sich eine vorhersehbare Überschreitung des Globalbudgets auf Stufe Produktgruppe um mehr als 5 Prozent und mindestens 30 000 Franken oder um mehr als 300 000 Franken ab, muss die Überschreitung als Nachtragskredit oder als gebundene Ausgabe bewilligt werden.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament genehmigt die *bereinigte* Verordnung über die Haushaltsführung mit Globalbudget (Globalbudgetverordnung) mit 25 Ja- Stimmen bei einer Enthaltung.

Der Stadtrat wird mit der Inkraftsetzung beauftragt.

Die WoV-Broschüre vom 1. Januar 2011 wird somit aufgehoben.

Der Beschluss unterliegt, gestützt auf Art. 14 der Gemeindeordnung, dem fakultativen Referendum.



Traktandum 7

Produktgruppenbudget 2025 / Festsetzung Steuerfuss 2025

Dem Stadtparlament wird mit SRB-Nr. 342 vom 18. September 2024 gemäss Gemeindeordnung, Art. 22 Ziff. 1 und 2, beantragt, es wolle beschliessen:

- 1.a Den Bericht zum Budget 2025 inkl. Globalbudgets mit einem Aufwand von 194 092 422 Franken, einem Ertrag von 194 825 025 Franken und einem Ertragsüberschuss von 732 603 Franken zu genehmigen.
- 1.b Die Investitionen des Verwaltungsvermögens mit Ausgaben von 91 419 000 Franken, Einnahmen von 826 000 Franken und Nettoinvestitionen von 90 593 000 Franken sowie die Nettoinvestitionen im Finanzvermögen von 340 000 Franken zu genehmigen.
- 1.c den Steuerfuss für das Jahr 2025 auf 96 % (Vorjahr 92 %) des einfachen Staatssteuerertrages festzusetzen.
- 1.d den Stadtrat zu ermächtigen, die zur Deckung des Geldbedarf erforderlichen Mittel aufzunehmen.
2. Der Finanzplan 2024 – 2028 wird zur Kenntnis genommen.
3. Die unter «Änderung im Bericht – Kompetenz Stadtrat» aufgeführten Änderungen werden zur Kenntnis genommen.
4. Die unter «Änderung im Bericht – Kompetenz Stadtparlament» aufgeführten Änderungen werden dem Stadtparlament zur Annahme empfohlen.

Weiter beantragt der Stadtrat dem Stadtparlament nachträglich mit Beschluss-Nr. 410 vom 13. November 2024 (dies wird bereits so im Beschluss-Nr. 342 vom 18. September 2024 beantragt), es wolle beschliessen:

1. Für das Jahr 2025 werden für den Teuerungsausgleich und die individuellen Lohnerhöhungen insgesamt 2,1 Prozent (866 000 Franken) der Gesamtlohnsumme gewährt.



Weiter beantragt der Stadtrat dem Stadtparlament nachträglich mit Beschluss-Nr. 413 vom 13. November 2024, es wolle beschliessen:

1. Die vom Stadtrat vorgeschlagenen Änderungen im Budgetnachtrag werden beschlossen und die entsprechenden Budgets in den Produktgruppen um die aufgeführten Beträge gekürzt.
2. Die Einlage in die finanzpolitische Reserve von 2 500 000 Franken wird auf 4 000 000 Franken erhöht. Der neue Ertragsüberschuss beträgt 136 903 Franken.

Die RPK beantragt dem Stadtparlament:

1. Unter Vorbehalt der Berücksichtigung des Änderungsantrags der RPK, das Budget 2025 inklusive Investitionsrechnung 2025 der Stadt Bülach zu genehmigen (mehrheitlich).
2. Den Steuerfuss um 4 % auf 96 % gemäss Antrag des Stadtrats zu erhöhen (mehrheitlich).
3. Den Stadtrat zu ermächtigen, die zur Deckung des Geldbetrags erforderlichen Mittel aufzunehmen.

Weiterer Ablauf

1. Einschätzung zum Produktgruppenbudget 2025 durch den RPK-Präsident Peter Frischknecht
2. Erläuterungen zum Produktgruppenbudget 2025 durch den Finanzvorstand Markus Surber und Stadtpräsident Mark Eberli
3. Fraktionserklärungen
4. Detailberatung Produktgruppenbudget 2025 (gemäss Buch, nach Abteilungen und Geschäftsfelder)
5. Detailberatung Investitionsrechnung 2025 (gemäss Buch, nach Abteilungen und Geschäftsfelder)
6. Steuerfuss 2025: Detailberatung und Schlussabstimmung
7. Schlussabstimmung Produktgruppenbudget 2025
8. Schlussabstimmung Investitionsrechnung 2025

Es gibt keine Eintretensdebatte, das Stadtparlament muss auf das Geschäft eintreten.



1. Einschätzung zum Produktgruppenbudget 2025 durch den RPK-Präsidenten

Der Vorsitzende erteilt dem RPK-Präsident Peter Frischknecht das Wort.

Peter Frischknecht erläutert anhand der Präsentation zum Bericht zum Budget 2025 (Beilage 2):

Folie 1: «Ich freue mich, euch geschätzte Anwesende einen kurzen Überblick zum Budget 2025 und eine dazu gehörende Einschätzung der Rechnungsprüfungskommission geben zu dürfen. Die Grundlagen für unsere heutigen Entscheidungen finden sich im ausführlichen Bericht des Stadtrats zum Budget 2025 und in zwei späteren Stadtratsbeschlüssen. Unsere Aufgabe als Parlament ist es, auf Basis der erfolgten Vorprüfungen durch die Fachkommissionen und die Rechnungsprüfungskommission das Budget kritisch zu würdigen und über die eingereichten und allenfalls noch folgenden Änderungsanträge zu befinden. Damit geht eine intensive Phase des Austauschs zu Ende. Ich möchte mich bereits an dieser Stelle bei Stadtrat und Verwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit im Budgetprozess 2025 bedanken.

Folie 2: Im System der wirkungsorientierten Verwaltungsführung beschliessen wir als Parlament die einzelnen Produktegruppenbudgets, welche gemäss Bericht zusammengefasst einen Ertragsüberschuss von 730 000 Franken ausweisen. Unter Berücksichtigung der Zuweisung an die finanzpolitischen Reserven von 2,5 Mio. Franken kommt man zum operativen Ergebnis mit einem Überschuss von 3,2 Mio. Franken. Entfernt man aus den Globalbudgets die Finanzierung, so resultiert daraus ein Aufwandüberschuss von 106,6 Mio. Franken. Gegenüber dem Vorjahresbudget steigt dieser um 9 %. Die Finanzierungen erhöhen sich um 9 %.

Folie 3: Zwischen der Präsentation des Budgets im September dieses Jahres und heute hat der Stadtrat noch zwei Beschlüsse zur Ergänzung des Budget 2025 gefällt, die es in der Budgetberatung ebenfalls zu beachten gilt. Einerseits hat er einen Lohnbeschluss gefällt, welcher genau den Annahmen im Budgetbericht entspricht. Daraus ergibt sich somit keine Abweichung. Auf Basis der ersten Reaktionen zum Budget 2025 hat der Stadtrat ausserdem einen ganzen Strauss von Reduktionen beschlossen, damit die Erfolgsrechnung bei heutigem Steuerfuss ausgeglichen wäre bzw. die beantragte Steuererhöhung voll in die finanzpolitische Reserve eingelegt werden könnte. Sowohl die intensiven Diskussionen in der RPK als auch die zahlreichen Änderungsanträge aus allen Kommissionen zeigen, dass es stark divergierende Meinungen zum Budget 2025 gibt. Wir müssen uns heute Abend somit auf eine längere Diskussion einstellen. Ich versuche an dieser Stelle einen Überblick aus Sicht der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission zu geben. Diese ist der Ansicht, dass der vorliegende Gesamtvorschlag eine gute Basis für einen Budgetbeschluss darstellt und keine Rückweisung an den Stadtrat notwendig ist. Da für den Ausgleich der Erfolgsrechnung der Beizug des Landverkaufs Grampen notwendig ist, sehen die Anträge der RPK zusätzliche Verbesserungen vor, um möglichst viele Mittel für die hohen



Investitionen zur Verfügung zu haben. Ich habe bereits vor einem Jahr darauf hingewiesen, dass die fetten Jahre vorbei sind und wir den Mitteleinsatz in jedem Fall sorgfältig bedenken müssen. Die Vorschläge der RPK für zusätzliche Einsparungen konzentrieren sich auf drei Gebiete.

Folie 4: Das erste ist der Lohnbeschluss. Trotz kritischer Finanzlage hat der Stadtrat wiederum einen höheren Lohnbeschluss als der Kanton Zürich beschlossen. Das findet die Mehrheit der RPK nicht sinnvoll, zumal der Kanton seinen Lohnbeschluss zu einem schönen Teil durch die Rotationsgewinne kompensiert. Wir schlagen in diesem Punkt wie bereits in den letzten Jahren die Anlehnung an den Kanton vor. Der Stadtrat hat sich für das kommende Jahr die Gebührenverordnung vorgenommen, um Mehrerträge generieren zu können. Zum Ausgleich der Teuerung schlägt die RPK in einigen Produktgruppen bereits für 2025 Anpassungen vor, die zu einer Verbesserung des Nettobudgets führen. Zu guter Letzt kann sich die Mehrheit der RPK nicht für die Führungsstelle Kommunikation begeistern. Sie empfindet die heutige Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit als völlig ausreichend und zusätzliche Mittel in diesem Bereich für eine offene Information als eher kontraproduktiv.

Folie 5: Der Stadtrat beantragt die Erhöhung des Steuerfusses von heute 92 % auf neu 96 % der einfachen Staatssteuer. Dieser Vorschlag passt zum vorliegenden Gesamtbudget mit ungefähr ausgeglichener Erfolgsrechnung sowie dem vom Stadtrat präsentierten Konzept mit einem Steuerfusskorridor zur Begrenzung der Verschuldung. Allerdings haben die Diskussionen gezeigt, dass das Konzept nicht von allen verstanden und mitgetragen wird. Einige stören sich daran, dass im Rahmen der neuen Rechnungslegungsvorschriften Überschüsse in der Erfolgsrechnung notwendig sind, um die Verschuldung in einem für Ratingagenturen als gut bezeichneten Rahmen halten zu können. Dafür habe ich volles Verständnis, finde den vom Stadtrat vorgeschlagenen Weg aber zukunftssträchtig und vertretbar. Grundvoraussetzung bleibt allerdings, dass auch in den kommenden Jahren stets eine ausgeglichene Erfolgsrechnung beim langjährigen Steuerfuss von 92 % vorgelegt wird. Dieser Einschätzung ist RPK mehrheitlich gefolgt und unterstützt die vorgeschlagene Erhöhung des Steuerfusses.

Folie 6: Ich habe Verständnis dafür, dass der Budgetbericht 2025 zu raschen und heftigen Reaktionen geführt hat. Er ist tatsächlich nicht kompatibel zur vom Stadtrat präsentierten finanziellen Strategie ausgefallen. Mit den zwischenzeitlich vorgenommen Korrekturen und weiteren gezielten Anpassungen im Sinne der Vorschläge der Rechnungsprüfungskommission sollte sich allerdings ein vertretbares Budget 2025 ergeben, mit dem man sich die unangenehme Situation eines budgetlosen Zustandes sparen kann. Die vom Stadtrat vorgelegten Vergleichszahlen zeigen, dass sich die Ausgaben pro Einwohner und Einwohnerin in durchaus vertretbarem Rahmen halten. Gegenüber anderen Städten haben wir uns in den vergangenen Jahren sogar verbessert. Wenn wir in unserer Stadt weiterhin eine gute Leistung der öffentlichen Hand erwarten, so empfiehlt sich ein umsichtiges und zielgerichtetes Vorgehen. An dieser Stelle schliesse ich meine Einführung und freue mich auf eine konstruktive Diskussion.»



2. Erläuterungen zum Produktgruppenbudget 2025 durch den Finanzvorstand Markus Surber und Stadtpräsident Mark Eberli

Der Vorsitzende erteilt dem Finanzvorstand Markus Surber das Wort.

Finanzvorstand Markus Surber erläutert anhand einer Präsentation (Beilage 3):

Folie 1: «Im Vorfeld der heutigen Sitzung wurde bereits viel geschrieben und diskutiert über das Budget 2025. Das ist grundsätzlich sehr begrüßenswert, wenn auch etwas viel Polemik mit dabei war. Das gehört sicherlich zur Parteipolitik dazu. Zunächst einmal möchte ich mich bei den Kommissionen für die gute Zusammenarbeit bedanken. Es ist mir bewusst, dass das Budget ständig an Umfang gewinnt. Und die Vorbereitung auf heute viel Zeit in Anspruch nimmt.

Folie 2: Ich möchte mich kurzfassen, da wir wohl etwelche Debatten noch vor uns haben werden. Ich möchte aber nochmals auf die wichtigsten Punkte aus Sicht des Stadtrats aufmerksam machen. Zunächst einmal die Zusammenfassung der Rahmenbedingungen:

1. Steuererhöhung
2. Ausgeglichene Rechnung
3. Zuweisung Finanzpolitische Reserven

Folie 3: Ich benutze noch einmal die gleiche Folie wie Peter, da sie wirklich zentral ist. Es wurde viel geschrieben über explodierende Kosten und Verschwendung von Steuergeldern. Tatsache ist aber, dass pro Einwohner die Kosten seit 2016 sehr moderat gestiegen sind. Und deutlich weniger stark als in den 10 vergleichbaren Städten im Kanton Zürich. In dieser Zeit hatten wir auch noch 6,5 % Inflation. Die Aussagen zu explodierenden Kosten sind im Verhältnis zu sehen.

Folie 4: Der Stadtrat hält an den Lohnerhöhungen von 2,1 % fest. Wir stellen fest, dass wir in den letzten Jahren weniger Lohnerhöhungen hatten als der Kanton. Wenn wir jetzt relativ etwas aufholen, ist dies durchaus gerechtfertigt. Auch trifft eine Kürzung hauptsächlich die loyalen langfristigen Mitarbeiter.

Folie 5 – 6: Heute begannen die Bauarbeiten beim Schulhaus Guss und Allmend. Damit erfolgt auch der Startschuss zu den hohen Investitionen der kommenden Jahre. Um dem Schuldenberg zu begrenzen, möchte der Stadtrat den Steuerfuss gemäss Steuerfusszielkorridor erhöhen. Dies nach einer langen Phase mit einem stabilen Steuerfuss. Die zusätzlichen Erträge aus Steuern und Finanzausgleich sollen vollumfänglich in die finanzpolitischen Reserven fließen. Und damit die Verschuldung begrenzen. Damit wünsche ich allen eine gute Budgetdebatte. Besten Dank.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Stadtpräsident Mark Eberli.



Stadtpräsident Mark Eberli: «Bevor wir uns unserem Budget widmen, ist es mir ein Anliegen, ein paar grundsätzliche Worte zu unserer Stadt und zum Budgetprozess zu teilen. Das Wichtigste zuerst. Ich möchte mich herzlich für die gute Zusammenarbeit zwischen den Fachkommissionen und den zuständigen Stadträten bedanken. Das erlaubt ein vertieftes Auseinandersetzen mit den Produkten und unseren Leistungen. Die Fachkommissionen und die RPK haben ihre Aufgaben gemacht, alle Produkte zustimmend verabschiedet und zusätzliche Kürzungsanträge gestellt. Das ist die korrekte Vorgehensweise und es erlaubt dem zuständigen Stadtrat, auf entsprechende Konsequenzen von Kürzungen hinzuweisen. Das Parlament kann im Wissen von diesen Konsequenzen frei entscheiden. Wir leben in einer sehr lebenswerten Stadt. Das gesamte Angebot und die städtischen Dienstleistungen machen unsere Stadt äusserst attraktiv. Damit es auch langfristig so bleibt, ist es wesentlich, dass wir in eine gute Infrastruktur investieren. Gleichzeitig müssen wir aber dafür sorgen, dass unsere Dienstleistungen weiterhin auf diesem qualitativ guten Niveau gehalten werden können. Wir schaffen das, indem wir jährlich genügende Ressourcen zur Verfügung stellen und auch als Stadt, notabene in einem Arbeitnehmermarkt, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut umsorgen und sie auch marktgerecht entlohnen. Das Budget des kommenden Jahres hat so viele Diskussionen ausgelöst, wie schon seit langem nicht mehr. Die grossen Investitionen, die vor uns liegen, sind grosse Herausforderungen. Das ist uns allen seit einigen Jahren bekannt. Der Stadtrat hat immer darauf hingewiesen und deshalb diesen Punkt von seiner Finanzpolitik geschärft und dennoch habe ich ein bisschen den Eindruck bekommen, dass eine gewisse Hektik ausgebrochen ist. Es wurde in letzter Zeit viel über gestiegene Personalkosten gesprochen, aber man hat geschwiegen, dass es auch Antragssteigerungen gegeben hat, so wie Sie vorhin gesehen haben. In einem regionalen Dienstleistungszentrum wie Bülach, werden die Kosten auf alle Leistungsbezüger verteilt. Um zu wissen, ob wir unsere Dienstleistung wirklich effizient vollbringen, vergleichen wir uns mit ähnlich grossen Städten. Das haben wir vorher gerade gehört. Wir sind im Benchmark bei den Kosten pro Einwohner deutlich unter dem Median und deutlich unter dem Durchschnitt. Unsere Kosten pro Einwohner sind bei weitem nicht so gestiegen, wie das mit dem Aufwand und Personalwachstum von gewissen Kreisen suggeriert wird. Stadtrat Markus Surber hat vorher auch darauf hingewiesen. Was braucht es denn, dass diese Fakten akzeptiert werden können? Für mich sprechen diese eine äusserst positive Sprache. Ich bin mega stolz auf unsere Verwaltung, was sie leistet, wie sie es macht, sonst hätten wir nicht so tiefe Kosten pro Einwohner. Die erste Version unseres Budgets war zugegebenermassen nicht genügend und darum haben wir sie korrigiert und angepasst. Den Mehrertrag, den wir mit einer Steuererhöhung machen könnten, könnten wir vollumfänglich für die künftigen Investitionen auf die Seite legen. Die Aufgabe des Parlaments, die Produktegruppe und die Leistungen zu prüfen ist enorm wichtig. Die Kommissionen haben ihre Pflichten erfüllt. Die vielen pauschalen Kürzungsanträge, die wir vorgestern Samstag erhalten haben, stehen aber diametral zu den Ergebnissen aus den Kommissionen. Mit anderen Worten: Wenn wir alle Abschiede



zusammennehmen, ergibt das eine Zustimmung vom gesamten Budget. Jetzt drohen aber Kürzungen, die wir weder inhaltlich noch in den Konsequenzen diskutieren konnten, was ich sehr bedauere. Mir ist bewusst, wie sich die Mehrheitsverhältnisse im Parlament jetzt präsentieren. Trotzdem bitte ich euch, den Anträgen dieser Liste nicht zu folgen. Das ist nicht seriös und widerspricht den Aufgaben der Kommissionen, sich mit den Konsequenzen von Kürzungen auseinandersetzen. Ich wünsche mir weiterhin eine gute und konstruktive Diskussion in den Kommissionen, damit wir auch in Zukunft über unser Leistungspaket, über unsere Leistungsangebote diskutieren und darüber entscheiden können, was wir wollen und was nicht, und wenn wird es kürzen, was bedeutet das, was passiert? So hat sich das in allen letzten Jahren, Jahrzehnten, gut etabliert, so hat es immer funktioniert. In diesem Sinne hoffe ich, dass dieses Jahr das gewählte Vorgehen doch eine einmalige Ausnahme bleibt. Danke vielmals.»

3. Fraktionserklärungen

Dr. Luís M. Calvo Salgado (Grüne): «Wir danken dem Stadtrat und der Verwaltung für das Erstellen des Budgets 2025. Auf Fragen wurden schnell kompetente Antworten geliefert, welche an den Fachkommissionssitzungen und an der RPK diskutiert werden konnten. Seit mehreren Jahren haben die Grünen erklärt, dass die Erhöhung des Steuerfusses in dieser Legislatur notwendig sein würde. Wir haben es vor den Wahlen erklärt, als die bürgerlichen Kandidierenden der Stadt Bülach noch versprochen unter anderem, ich zitiere *«gut mit ihnen zu schlafen»*, wenn man für sie stimmen würde. Das war damals die schöne Schlafmetapher, die sich man zum Beispiel in der FDP überlegt hatte, um dieses unhaltbare Versprechen zu erklären. Der Stadtrat gab erst letztes Jahr zum ersten Mal klar zu, dass die nötigen Investitionen nicht alle selbst finanziert werden können. Und dieses Jahr schlägt der Stadtrat selber eine Erhöhung des Steuerfusses um 4 Prozent von 92 Prozent auf 96 Prozent vor. Herzlich willkommen in der Realität Stadtrat. Es ist eine Riesenwahrheit, dass zusätzliche Ausgaben nur durch Einsparungen an anderen Orten oder aber durch Steuererhöhungen aufzufangen sind. Und wir wissen alle, dass beide Massnahmen äusserst unpopulär sind. Mit dem durch die Bautätigkeit verursachten Bevölkerungswachstum, wird die öffentliche Infrastruktur in Zukunft noch stärker belastet werden im Bülach. So müssen die öffentlichen Schulen ausgebaut werden und wenn Bülach ein attraktiver Wohnort für ein Familien sein soll, muss die Stadt in die öffentlichen Schulen investieren. Das ist auch für uns Grüne eine klare Priorität in dieser Legislatur und war es übrigens schon immer und wird es bleiben. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass in Zukunft die Investitionen im Sozialbereich proportional



steigen werden. Mehr Bevölkerung, mehr Sozialbereich. Auch die Verwaltung wird sich noch stärker professionalisieren müssen. Insgesamt führen die vorgesehenen Investitionen zu einem Abbau des Nettovermögens in den nächsten Jahren im Finanz- und Aufgabenplan 2024/2028 kann man selber darüber nachlesen. Das heisst wiederum, dass es finanzielle Mittel braucht, denn die nötigen Finanzmittel können nicht allein über den Finanzausgleich ausgeglichen werden, sondern müssen über Eigenleistung der Stadt Bülach generiert werden. Dieser Aufwand führt nicht nur kurzfristig, sondern auch in Zukunft zu einer noch grösseren Zunahme der Verschuldung. Wir dürfen die Augen nicht verschliessen vor der Tatsache, dass aufgrund der weiterhin starken Bevölkerungszunahme, weitere sehr hohe Investitionen bis mindestens 2027 anfallen. Wir haben vorher die Balken gesehen, die der Stadtrat gezeigt hat. Im Parlament ist die bürgerliche Mehrheit dafür die Realität nicht zu akzeptieren, die bisherige Politik fortzusetzen, keine Steuererhöhung, damit man die falschen Versprechen der Wahlen nicht erkennen muss. Die Grünen unterstützen diese Haltung nicht und fordern eigentlich eine ehrliche Finanzpolitik, die zukunftsorientiert und realistisch plant. Die finanziellen Aussichten der Stadt machen uns Grünen sorgen. Der Aufwand wird bis 2028 proportional weit mehr ansteigen als der Ertrag. Das strukturelle Defizit, welches der Stadtrat anvisiert, wird einfach vor sich hergeschoben. Unsere Netto-Verschuldungen nehmen besorgniserregende Züge an, sie wird noch weiter ansteigen, denn die relative Steuerkraft, die in Bülach bereits relativ tief ist, wird möglicherweise weiter abnehmen. Es kommen ebendiese Grossinvestitionen. Bitte erlauben Sie mir eine kurze Reflexion über den Finanz- und Aufgabeplan von den nächsten vier Jahren. Für die notwendigen Investitionen werden verzinssliche Schulden von mehr als 200 Millionen Franken entstehen mit der Zeit. Die Zinsen werden erhöht und werden sich auf die Erfolgsrechnung auswirken. Wenn wir das Glück haben, dass die Zinsen nicht erhöht werden, bleibt die Belastung sehr stark. Öffentliche Bauten werden durch die Ressourcenknappheit die Baukosten verteuern. Auch dies hat finanzielle grosse Konsequenzen. Nicht nur für die folgenden Generationen in einer fernen Zukunft, sondern jetzt und heute auch für die SteuerzahlerInnen. Die bürgerliche Mehrheit wird versuchen, gegen den Volkswillen durch Landverkäufe zu Finanzmitteln zu kommen. Abgesehen davon, dass wir Grünen gegen diese kurzfristige Politik sind, wird diese Strategie nicht reichen, um die Schulden zu begleichen. Seit Jahren weisen wir auf diese kurzfristige Denkweise der Politik in Bülach hin. Wir stellen folgenden Antrag, und ich werde das nochmals wiederholen, wenn es formell noch notwendig ist. Um das Problem der Kosten bereits jetzt realistisch anzugehen. An einem Ort wollen wir sparen, wo es nicht um Leistungen direkt für die Bevölkerung geht, sondern um etwas, was durchaus um ein Jahr verschoben werden kann. Wir wollen einen Änderungsantrag in der Investitionsrechnung beantragen. Das Einzelkonto INV01179 «Fruchtfolgenflächen, Erwerb von Kompensationsrechten» für 2025 von 1,8 Millionen Franken auf 0 Franken gekürzt werden. Das heisst, wir würden 1,8 Millionen Franken auf einmal sparen und das mit einer einfachen Verschiebung von einem Geschäft, von dem wir wissen, dass im Erachfeld aufgrund der schon angekündigten Rekurse,



die Sache sowieso nicht so schnell vorankommen wird, wie der Stadtrat sich das überlegt hat. Denn diese unter den Top 10 aufgeführten Investitionen 2025 kann ohne grossen Schaden um ein Jahr verschoben werden, und dann werden wir sehen, was passiert. Die Grüne-Fraktion stimmt also dem Budget 2025 zu und verlangt eine Steuererhöhung, wie der Stadtrat, um 4 Prozent. Vielen Dank.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Reto Zumstein.

Reto Zumstein (GLP/EVP/die Mitte): «Ich halte mich auch möglichst kurz. Bülach wächst und Investitionen in die Infrastruktur, die grösstenteils noch aus den Siebzigerjahren stammt, sind unerlässlich. Bei Schulhäusern und in der Hirslen besteht dringender Bedarf. Eine moderate Steuererhöhung von vier Prozent, wie sie der Stadtrat vorschlägt, kann dazu einen kleinen Beitrag leisten. Die Mehrheit von unserer Fraktion bietet daher Hand für diese Mehreinnahmen, die den Bülacherinnen und Bülacher auch einen Mehrwert in Bildung, Sport, Kultur und Infrastruktur für die nächsten Jahrzehnte bringen wird. Für die laufende Rechnung soll der Zustupf allerdings nicht verwendet werden. Da ist der Stadtrat gefordert, insbesondere die Personal- und Sachkosten unter Kontrolle zu halten. Der Stadtrat hat uns vorab bereits einen Vorschlag unterbreitet, wie die laufenden Kosten um 900 000 Franken für ein ausgeglichenes Budget gesenkt werden können. Wir anerkennen und unterstützen diesen Effort. Weiter liegen diverse Änderungsanträge aus den Kommissionen vor. Auch diese finden in unserer Fraktion breite Zustimmung. Speziell hervorzuheben ist hier der Vorschlag der RPK zur Lohnerhöhung des Personals, die sich am Kanton Zürich orientiert. Wir finden den Vorschlag, sich am Kanton Zürich zu orientieren, als Leitlinien für Bülach, durchaus sinnvoll. Für die Mehrheit unserer Fraktion ist mit all diesen Anpassungen die Stadt für zukünftige Investitionen und eine tragbare laufende Rechnung gut aufgestellt. Einige von uns möchten aber den steigenden Ausgaben noch weiter Einhalt gebieten. Da der Landverkauf an das Altersheim SARB das nächste Jahr einmalig 1,7 Millionen Franken in die Stadtkasse spülen wird, ist das Budget zwar auf dem Papier ausgeglichen, aber eben doch nicht. Der Änderungsantrag im Umfang von rund 1,1 Millionen Franken trägt dem Rechnung und wird den Betrag noch ausgleichen. Darum ist es nicht nötig, das gesamte Budget zurückzuweisen. Ich hoffe, für alle Beteiligten kommt es heute zu einem zufriedenstellenden Abschluss und die Stadt Bülach kann 2025 mit einem klaren Budget starten. Dankeschön.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Peter Stiefenhofer.

Peter Stiefenhofer (FDP): «Die FDP hat ja ziemlich am Anfang den Stein ins Wasser geschmissen mit relativ kritischen Bemerkungen gegenüber dem Gesamtbudget. Wir haben dort auch gesagt, wir würden das Budget zurückweisen. In Anbetracht der politischen Realität, wäre das unsinnig, weil so



verschwenden wir nur alle unsere Zeit. Zusammen mit anderen Parlamentariern werde ich darum nachher einen Antrag vorstellen, dass wir die Kosten noch ein bisschen mehr reduzieren als jetzt die Kommissionen und der Stadtrat sowieso schon vorschlagen. Diese Vorschläge unterstützen wir auch, aber wir werden unseren Antrag auf Rückweisung nicht stellen.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Iris Surber.

Iris Surber (SP): «Zuerst möchten wir uns bei der Verwaltung und beim Stadtrats bedanken für die Vorarbeiten, die Diskussionsbereitschaft und die Zusammenarbeit im Vorfeld an die Sitzung. Wir als SP stehen am Budget 2025 grundsätzlich positiv gegenüber, besonders nach der ausführlichen Auseinandersetzung und Überprüfung der Thematik. Im Nachtrag vom 30. Oktober vom Stadtrat ist der Ertragsüberschuss auf 900 000 Franken erhöht worden. Der neue Vorschlag des Stadtrats erachten wir grösstenteils als sinnvoll. Eine Rückweisung oder Anpassung vom Budget ohne detaillierte Auseinandersetzung auf der Ebene der einzelnen Produktgruppen durch die Fachkommissionen ist sicher nicht produktiv. Das ist unsere Aufgabe als ParlamentarierInnen uns eingehend mit den Konsequenzen von Budgetanpassungen auseinanderzusetzen. Die Aussage von einzelnen ParlamentarierInnen, dass es nicht sinnvoll sei, dass wir uns vertieft mit diesen Produktgruppen auseinandersetzen, finden wir befremdlich und destruktiv. Wir ParlamentarierInnen betonen immer wieder, dass das Budget in unserer Kompetenz liegt. Dass die Anforderungen für das Milizparlament sehr hoch sind, ist uns bewusst. Die hohe Arbeitslast darf aber nicht zu unsorgfältigen Entscheiden führen, die weitreichende und unbeabsichtigte Konsequenzen nachsichziehen können. Jetzt radikale Kürzungen zu fordern, ohne dass sich die Fachkommissionen mit den Konsequenzen auseinandergesetzt haben, ist unseriös. Wir halten den Dialog darüber, wie die Ausgabenseite des Budgets optimiert werden kann, für wichtig und wollen uns dem auch stellen, aber nicht als Schnellschuss und unter Drohungen der Ablehnung des Budgets. Die Debatte über die Ausgaben der Stadt braucht Zeit und eine vertiefte Auseinandersetzung. Wir haben jetzt fast ein ganzes Jahr Zeit bis zum nächsten Budget, um in unserer Kommissionsarbeit Ideen für Einsparungen sorgfältig abzuwägen und zu durchleuchten. Nur mit Sorgfalt können wir unserer Aufgabe auch wirklich gerecht werden. Am jetzigen Punkt sehen wir das vom Stadtrat vorgeschlagene Budget als notwendig, um die geplanten Investitionen ermöglichen zu können. Einige im Raum denken vermutlich, die Linken wollen immer nur Geld ausgeben. Wir hatten bis zu dieser Legislatur immer eine Mehrheit von FDP, SVP und EDU im Parlament. Auch bei der Exekutive ist bei einem von sieben Sitzen für die SP wohl kaum von einer linken Regierung zu reden. Aus diesem Grund finden wir es ein bisschen befremdlich, mit welcher Heftigkeit jetzt Kritik seitens FDP und SVP-Reihen zu hören ist. Man beachte an diesem Punkt, dass notwendige Investitionen Jahre lang zurückgehalten wurden. Da ist es wenig überraschend, dass diese sich jetzt angestaut haben. Die Notwendigkeit der Investitionen



stellen wir allerdings nicht infrage. Darum ist es für uns wichtig, die nötigen Mittel aufzubringen. Darum erachten wir die Erhöhung der Steuern um vier Prozent als sinnvoll. Das würde für den Durchschnittsverdiener oder Durchschnittsverdienerin in Bülach eine Erhöhung von rund 100 Franken pro Jahr bedeuten. Das ist nicht Nichts, aber auch nicht ein Betrag, der einschneidende Reduktionen im Alltag bedeutet. Wir appellieren an die Solidarität von den Bülacher BürgerInnen untereinander, um die Wachstumsschmerzen gemeinsam tragen zu können und Bülach auch für künftige Generationen attraktiv zu halten. Und wir appellieren an Verstand aller, wo sich ein fortschrittliches, attraktives und zukunftsfähiges Bülach wünschen. Bülach wächst und damit verbunden auch Kosten und Investitionen. Lasst uns diesem Vorhaben keine Steine in den Weg setzen. Wir hoffen auf eine konstruktive Sitzung und eine Einigung zum Budget.»

19.30 Uhr: Britta Müller-Ganz trifft ein.

Der Vorsitzende übergibt das Wort Sven Zimmerli.

Sven Zimmerli (SVP/EDU): «Die SVP-EDU-Fraktion hat das Budget 2025 intensiv diskutiert und ist besorgt über die stark ansteigenden Ausgaben. Die Kosten steigen überproportional zu den Einnahmen. Die dadurch stattfindende Reduktion vom Selbstfinanzierungsgrad ist vor allem im Hinblick auf die geplanten grossen Investitionen und die damit einhergehende starke Zunahme der Verschuldung mit Besorgnis zur Kenntnis zunehmen. Die SVP-EDU-Fraktion lehnt eine Steuererhöhung entschieden ab, solange der Stadtrat keine Einsicht in die selbstverschuldete desolante Finanzsituation der Stadt zeigt und dieser Rechnung trägt, ist eine Steuererhöhung aus unserer Sicht ausgeschlossen. Unsere Fraktion hat das Budget schon letztes Jahr mehrheitlich abgelehnt, weil das Kostenwachstum, welches vor allem im Jahr 2023 eingesetzt hat, massiv war. Bülach hatte in der Vergangenheit bereits schon mal eine Budget-Rückweisung. Die Erfahrung von damals zeigt, dass der Stadtrat für die Bevölkerung an schmerzhaften Stellen sparen wird, beispielsweise bei den Vereinsbeiträgen und dem Stadtparlament die Schuld zuweist. Entschieden besser wäre es, wenn das Parlament die für den Stadtrat verbindliche Budgetkürzungen selber vornimmt. Falls im Parlament keine Einigung gefunden wird, wäre eine Budget-Rückweisung unausweichlich. Verantwortung dafür trägt vollständig der Stadtrat mit seinem inakzeptablen Budgetvorschlag. Wir reden da aber nicht von Sparen, sondern von einer Rückbesinnung auf das Wesentliche und Fairness. Als Beispiel soll der Bülacher Steuerzahler eine Baumschule auf dem städtischen Bauland Cholplatz Platz für 1,2 Millionen Franken finanzieren. Ist es gerechtfertigt, nach einer Lohnsteigerung von 10 Prozent seit 2018, eine weitere Lohnerhöhung von 2,1 Prozent für das städtische Personal zu fordern? Seit Anfang 2023 übernimmt die Stadt Bülach die Aufgaben vom



Bauamt der Gemeinde Höri. Im selben Zeitraum sank der Kostendeckungsgrad von 102 Prozent im Abschluss 2022 auf 80 Prozent im Budget 2025. Danke vielmals.»

Der Vorsitzende informiert, dass das Präsidium des Stadtparlaments um 22.00 Uhr eine Zwischenbilanz zieht bezüglich wie weit vorgeschritten man in der Debatte zum Produktgruppenbudget ist. Allenfalls würde das Präsidium des Stadtparlaments dem Stadtparlament vorschlagen, die Sitzung am Dienstag, 10. Dezember 2024, fortzusetzen.

Pause von 19.40 – 19.50 Uhr

Auszählung Stadtparlament

Der Vorsitzende bittet die Stimmzählenden, das Stadtparlament neu auszuzählen.

Die Auszählung ergibt 27 anwesende Parlamentsmitglieder und das absolute Mehr liegt nun bei 14 Stimmen.

Der Vorsitzende übergibt Romaine Rogenmoser das Wort.

Romaine Rogenmoser: «Bitte entschuldigen Sie meine Verspätung. Aktuell findet auch im Kantonsrat die Budgetdebatte statt und diese dauert dort sicher länger als hier. Und ich vermute, dass einige hier gehofft haben, dass ich es nicht mehr auf diese Sitzung schaffe. Leider muss ich einmal mehr den Party-Crasher spielen. Das ist jetzt schon das 11. Budget, das ich vorgelegt erhalte. Deshalb dachte ich, mich kann so rasch nichts mehr aus der Fassung bringen. Ich habe mich getäuscht. Als erstes muss ich gestehen, dass ich mich fremschäme. Zum einen für unser Parlament. Es kennt weder die einfachsten und allgemeinsten gesetzlichen Grundlagen – wie anders erklärt sich die Frage, was denn passieren würde, wenn wir das Budget ablehnen. Diese Infos hätte man mit ein paar einfachen Klicks auf den einschlägigen Seiten in Erfahrung bringen können. Auch vermisse ich bei den Abschieden eine kritische Auseinandersetzung mit den vorliegenden Zahlen. Nicht nur wird eine Steuererhöhung durchgewinkt, auch bei den Stellenplänen läutet bei niemandem die Alarmglocken und die Investitionen wurden vermutlich von den allerwenigsten angeschaut. Das läuft schon fast unter Arbeitsverweigerung. Nun aber zum vorliegenden Budget. Das vorliegende Budget ist gelinde gesagt ein Affront. Ein Affront uns Parlamentariern gegenüber, aber insbesondere auch unseren Steuerzahlern gegenüber. Ich ringe immer noch um Fassung, wie der Stadtrat bei diesem Budgetprozess vorgegangen ist. Schlimm genug, dass er ganz offenbar nicht gewillt ist, die Ausgaben einigermaßen in den Griff zu kriegen – von Ausgaben senken spreche ich schon gar nicht. Dass das Ganze tatsächlich absolut unseriös ist, hat



der Stadtrat gleich selbst bestätigt, indem er nur einige Wochen nach Publikation des Budgets ein neues Budget bzw. Anpassungen dazu vorgelegt hat, bei denen plötzlich und ganz miraculöserweise fast eine Million vom Himmel gefallen ist. Nun findet das die Linke Ratsseite sicher super. Aber mit Verlaub: in der Privatwirtschaft würde man ganz einfach seinen Job verlieren, wenn man so unseriös budgetieren würde. Weshalb hat man nicht von Anfang an etwas Sparwillen gezeigt – wobei von Sparen reden wir ja nicht, nur von etwas weniger zusätzlich ausgeben. Es gibt also nirgends Kürzungen. Stattdessen hat man einfach mal einen Versuchsballon steigen lassen und lässt sich jetzt als konzilient feiern, weil man so rasch auf den Input des Parlaments reagiert hat. Dies erstaunt umso mehr, als dass auch dem Stadtrat bekannt sein sollte, dass mit den kommenden Investitionen eine Riesenkiste auf Bülach zukommt. Da hätte man sich gewünscht, dass dies schon in die ursprüngliche Budgetierung eingeflossen wäre und nicht erst ein paar Franken gespart werden, nachdem das Parlament öffentlichkeitswirksam herumgemault hat. Das hinterlässt einen faden Nachgeschmack. Vermutlich denke alle, die Rogenmoser übertreibt wieder einmal, aber mit ein paar Zahlen möchte ich die Misere kurz vor Augen führen: Vor sechs Jahren beliefen sich die städtischen Ausgaben auf 138 Millionen bei 214 Vollzeitstellen. Heute beträgt unser Budget 194 Millionen und 328 Vollzeitstellen. Zum Vergleich: Die Einwohnerzahl ist im selben Zeitraum um 20 % gewachsen, die Ausgaben um 40 % und das Personal (wohlgemerkt ohne Lehrpersonen) um sage und schreibe 52 %. Nichts von Skaleneffekten, Effizienzgewinnen durch Digitalisierung und dergleichen. Nein, laufend werden Leistungen ausgebaut – insbesondere für andere Gemeinden. Die sind, wie nicht anders zu erwarten, in den meisten Fällen nicht kostendeckend. Das jüngste Beispiel ist Höri. Aber es gibt leider viel zu viele andere Bereiche, bei denen der Bülacher Steuerzahler die Zeche für andere Gemeinden bezahlt. Das können wir unmöglich wollen und deshalb auch meine Schelte an die Parlamentarier: wir sind gewählt, um für unsere Bürger zu sorgen. Das tun wir aktuell überhaupt nicht. Dass der Stadtrat einfach gerne Geld verteilt, um wieder gewählt zu werden und um von der Verwaltung geliebt zu werden, ist das eine, aber dass wir Parlamentarier einfach so schludrig mit den Steuergeldern umgehen, macht mich fassungslos. Gerne gebe ich deshalb dem Parlament noch etwas Nachhilfeunterricht in Sachen Budgetierung und ich mache das mit ganz einfachen Worten, damit niemand sagen kann, es sei zu kompliziert: Vor ein paar Jahren wurde die Berechnung des Vermögens einer Gemeinde neu geregelt. Die stillen Reserven wurden quasi offengelegt und künftig wird das Vermögen wie in der Privatwirtschaft bewertet. Damit die Gemeinde aber weiterhin die Möglichkeit hat, stille Reserve aufzubauen, wurde gesetzlich die Möglichkeit geschaffen, einen Topf einzurichten, der sich finanzpolitische Reserven nennt. Diesen kann man füllen, falls ein Gewinn in der Jahresrechnung resultiert. Der gesetzgeberische Wille war klar, dass man in Notzeiten einen Topf hat, den man für ein Ausgabedefizit – und ich betone hier bewusst: ein Ausgabedefizit – benutzen kann. Nie war die Idee, dass man einfach die Steuern erhöht, um überhaupt einen Gewinn auszuweisen, den man dann in diesen Topf stecken kann. Ganz grundsätzlich ist die



Erhebung der Steuern den Ausgaben anzupassen und sobald die Ausgaben zu hoch werden, könnte man als eine mögliche Massnahme die Steuern erhöhen. In der Privatwirtschaft werden natürlich zuerst einmal die Kosten gesenkt, aber beim Staat schraubt man lieber an den Einnahmen. Dass man aber wie hier quasi Steuern auf Halde erlässt, hat es in der Geschichte noch nie gegeben. Und auch wenn dies offensichtlich gesetzlich erlaubt ist, so war dies nie die Intention des Gesetzgebers. Ich habe mir die Protokolle dieser Kantonsratsdebatten und die Kommissionsprotokolle angeschaut und nie war die Idee, dass man einfach Steuern auf Vorrat erheben kann, um diesen Topf zu füllen. Dies ist in höchstem Masse verwerflich. Dass der Stadtrat dies tut, zeigt, wie sicher er sich der Mehrheiten im Parlament sein kann. Ein Parlament, das ganz offensichtlich nicht in der Lage ist, Gesetze zu lesen und sie dann auch richtig anzuwenden. Und dass der Stadtrat im Communiqué auch noch ganz klar Unwahrheiten verbreitet, indem er erklärt, dass man diesen Topf füllen müsse um zukünftige Investitionen zu tätigen, macht das Ganze noch absurder. Tatsache ist nämlich, dass dieser Topf alleine und ausschliesslich für die Deckung von allfälligen Rechnungsdefiziten und sicher nicht für Investitionen, wie es der Stadtrat suggeriert, verwendet werden darf. Aber wenn man das Ganze natürlich weiter spinnt mit den exorbitanten Investitionen, dann ist klar, dass wir alleine schon aufgrund der gigantischen Abschreibungen Rechnungsdefizite haben werden. Dafür kann man das Geld dann natürlich einsetzen. Dies ist nur mein Eintretensvotum. Ich werde dann zu den einzelnen Leistungsgruppen noch weitere Voten halten. Im Grundsatz werde ich jede Kürzung begrüssen, das ganze Budget aber ablehnen, weil ich definitiv nicht hinter einer solch unseriösen Budgetierung stehen kann.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Philemon Abegg.

Philemon Abegg: «Ich möchte mich gerne nach dem kleinen «Zusammenschiss» von Romaine Rogemoser noch an die rechte Ratsseite wenden. Wir haben heute Abend die ICT-Mittel der Stadt erhöht. Ja es ist noch Investition, aber wenn nachher die IT-Personalkosten hinaufgehen, gefällt euch das wieder nicht. Also ihr habt heute eigentlich der Erhöhung der IT-Personalkosten in Zukunft zugestimmt, weil mehr IT-Mittel brauchen auch mehr Personal schlussendlich. Das Zweite ist, es wird heute Abend noch über 1 Million Franken mehr gespart, die die Fachkommissionen nicht gefunden haben. Ich frage mich, können da einfach Leute anderer Fachkommissionen, die jetzt zum Beispiel nicht in meiner Fachkommission sind, einfach mal noch so schnell 300 000 Franken finden, wenn wir in der Fachkommission nach x Sitzungen schon das Maximum herausholen und mit dem Stadtrat schon sehr viel feilschen, damit wir noch den letzten Franken sparen können? Das finde ich unbedacht, dass man da einfach über die Fachkommission hinweg einmal ein paar Prozent spart, wo es vielleicht auch nichts mehr zu sparen gibt.»



Der Vorsitzende übergibt Patrizia Grütter das Wort.

Patrizia Grütter: «Ich möchte mich da auch noch gerade schnell kurz anschliessen. Das Wort *Arbeitsverweigerung* im Parlament ist gefallen und ich muss wirklich sagen, mir fällt niemand ein, wenn ich jetzt hier in der Runde schaue, wo ich sagen könnte, *doch die verweigern die Arbeit*. Also das ist ein Vorwurf, welcher ich nicht angebracht finde. Ich muss sogar sagen, ich finde das wahrscheinlich auch ein bisschen fahrlässig, wenn man jetzt einfach so – was Philemon vorher gesagt hat – einfach über alles ein bisschen streichen. Wir haben in der Fachkommission vertieft Arbeit damit geleistet. Wir haben Fragen der Verwaltung gestellt. Wir haben Antworten bekommen. Wir haben das detailliert angeschaut. Wenn wir jetzt einfach anfangen, irgendwo noch zu kürzen, wo wir können, dann finde ich, ist das nicht Arbeitsverweigerung, sondern das ist nicht seriös. Und da möchte ich wirklich an alle appellieren, dass wir das Ganze noch einmal anschauen. Der Kompromiss mit dem Stadtrat über 900 000 Franken, der jetzt passiert, mit dem glaube ich, fahren wir gut. Auch die Anträge der RPK sind sicher etwas Fundiertes, denn man hatte auch die Möglichkeit seitens Stadtrats, sich hier noch einzubringen, als die Abschiede erstellt wurden. Das wo jetzt noch gekommen ist, das wurde uns einfach vor einer Woche mitgeteilt und ich finde, wir müssen da schon ein bisschen bedachter dahinter sein. Was wir aber sicher auch schauen müssen, ist, dass wir die Kosten in den Griff bekommen. Das ist, glaube ich, allen bewusst und wir haben auch wieder das Budget 2026, über das wir wieder genug lange darüber diskutieren können. Danke.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Thomas Obermayer.

Thomas Obermayer: «Ich möchte noch schnell etwas loswerden zu diesen Voten, die vorhin das Vorgehen der, ich sage jetzt mal Pauschalkürzungen, kritisiert haben, mit der Begründung einer leichten Effizienzsteigerung in der einzelnen Produktgruppen. Das Parlament entscheidet über: Globalbudget, Wirkungsziele, Produkte, Steuerungsgrössen. (Leistungsauftrag). Die Aufzählung ist abschliessend. Das Parlament entscheidet also nicht darüber, welche konkrete Umsetzungsmassnahme innerhalb des Leistungsauftrages ausgebaut oder gekürzt werden soll. Schönes Beispiel ist der Vorschlag der FK «Verzicht auf die Ausweitung des Abfalltrennkonzpts». Ob der Stadtrat das machen will oder nicht, ist alleinig in der Kompetenz der Exekutive. Kein Entscheid des Parlaments. Wir missachten, mit unserem Umgang mit dem Globalbudget und den Sachvorschläge die Gewaltentrennung! Der Stadtrat darf gemäss seinen Rechten nach der Bülacher Gemeindeordnung solche Ausgaben tätigen, wie er will. Warum sich das so eingeschlichen hat, und heute als Standard gilt, kann ich mir sogar erklären. Dem Parlament gefällt die «Entscheidungsmöglichkeiten» und der Stadtrat glaubt, sozusagen indirekt die



«Erlaubnis» für etwas abzuholen. Etwas anderes hat sich aber durch das auch eingespielt, sobald das Parlament, oder Teile davon, ein Globalbudget als Ganzes nicht so prickelnd findet, wird verlangt konkrete Sachvorschläge für «Kürzungen» darzulegen. Das ist falsch, streng genommen rechtswidrig, und war nie im Sinne des WOVs. Es gehört zur politischen Diskussion, dass die FK oder das Parlament über einzelne spezifische Punkte innerhalb der Produkte diskutiert und seine Ablehnung oder Zustimmung dazu äussert. Es ist eine Entscheidungsgrundlage, aber nicht mehr. Bezogen auf das Beispiel Abfalltrennkonzentrat heisst das, dass der Stadtrat diese Ausgaben tätigen darf, solange er sich innerhalb des Globalbudgets bewegt. Das Parlament hat das nicht im Rahmen der Rechnung oder Budget zu ahnden. Möchte das Parlament eine spezifische Handlung des Stadtrats nicht, darf es das mittels Postulats beantragen. Gut informierte bemerken jetzt etwas: In unserer Geschäftsordnung des Stadtparlamentes gibt es unter Art. 55 a (Postulat, Verfahren) folgenden Absatz: *Im Rahmen der Beratung des Budgets, der Jahresrechnung und des Geschäftsberichts können Postulate, die sich auf den Gegenstand der Verhandlungen beziehen, vorgebracht und sogleich begründet werden.* Hier hat also mal jemand viel nachgedacht, eben weil das Parlament keine konkreten Vorhaben vom Stadtrat innerhalb vom Budget verändern kann, wurde diese Möglichkeit als Kompensation für das Parlament geschaffen. Jetzt sollen doch bitte sämtliche Personen, welche sich negativ über das Vorgehen einer Gruppe in Parlament geäussert haben, mal Hintersinnen, die WOV-Broschüre, die Globalbudgetverordnung, die Gemeindeordnung, und das Gemeindegesetz konsultieren, und dann anschliessend mit mir unter 4-Augen ausdiskutieren, ob unser Vorgehen tatsächlich so abwegig ist, oder ob sie vielleicht selbst etwas an ihrer Sichtweise anpassen müssten.

Detailanträge: Ich zitiere nur ein paar Eckwerte zu dieser Legislatur:

- Stellenwachstum von RE22 zu BU25 = +24,6 %
- Personalkostenwachstum von RE22 zu BU25 = +26,7 %
- Kosten insgesamt RE22 zu BU25 = +21,5 %
- Bevölkerungswachstum von Anfang 22 bis Okt. 24: 10,4 % (Ich habe extra den Zeitraum noch auf das ganze Jahr 2022 erweitert). Es wirkt irritierend, wenn vom Stadtrat eine Grafik bezüglich Kostenvergleiche versendet wird, diese aber 2023 endet. Denn genau ab dann explodieren die vorhin genannten Zahlen. Auch wenn der Stadtrat sich auf die letzte Rechnung bezieht, ist ihm doch das Budget 2024 und das von ihm jetzt beantragte Budget 2025 ja hoffentlich bekannt.

Allgemein: Man darf schon den Gesamtkontext betrachten, wie diese Detailanträge entstanden sind. Der Stadtrat hat aus Sicht von vielen Parteien einen zu schlechten Budgetvorschlag präsentiert. Einige haben bereits von einer Budgetrückweisung bzw. Ablehnung gesprochen. Dieses Vorgehen wäre legitim, mit dem Nachteil eines Notbudget. Unter anderem ich, habe mich ablehnend zu einer Budgetrückweisung geäussert. In der Hoffnung, dass das eine Mehrheit des Parlaments sich selbst dazu durchringen kann, Kürzungsanträge zu stellen. Das wären jetzt die Kürzungsanträge. Man kann



politisch natürlich der Meinung sein, dass dies nicht nötig ist, weil man das Budget gut findet, dann lehnt man die Anträge halt ab. Aber eine Diskussion über Unzulässigkeit der Anträge, einfach weil sie einem nicht gefallen, oder das WOV nicht verstanden wurde, ist nur leicht fragwürdig.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Laura Hartmann.

Laura Hartmann: «Ich würde gerne noch kurz eine Lanze brechen für unseren Stadtrat. Das Budget des neuen Jahres wird jeweils im Frühling erstellt und im September vom Stadtrat verabschiedet. Bis das Budget im Dezember vom Parlament verabschiedet wird, vergehen also neun Monate. Es ist also nicht immer ganz einfach, die finanziellen Entwicklungen mit so einem grossen zeitlichen Vorlauf zu bestimmen. Umso mehr freue ich mich, dass der Stadtrat in diesem Jahr zum ersten Mal, seit ich dabei bin, und das sind doch immerhin schon sechs Jahre, das Budget noch einmal eigenständig gestrahlt hat und auch fündig geworden ist. Der Stadtrat beantragt mehrere Budgetnachträge, welche aufgrund von neuen Erkenntnissen seit der Budgetierung im Frühling dazugekommen sind oder um das Ergebnis zu verbessern, indem Anschaffungen um ein Jahr verschoben werden. Ich finde die Nachträge top. Vielen Dank dafür. Aber etwas kleines muss ich noch sagen: Da frage ich mich schon, wieso genau ist das in den vorherigen Jahren jeweils nicht gegangen? Also sprich, muss zuerst eine Bedrohung einer Budget-Rückweisung im Raum stehen, bevor ihr uns Budgetkürzungen beantragen könnt? Ihr seid ja diejenigen, die operativ tätig seid, die wissen, was in euren Abteilungen läuft und welche Einsparungen möglich sind. Wir sind ein Milizparlament. Wir können aus so einem Globalbudget nicht so viel herauslesen wie ihr. Wenn ich einen Wunsch an den Samichlaus richten könnte, dann wäre es folgender: *Der Stadtrat soll doch bitte auch zukünftig, also in den zukünftigen Jahren, das Budget während der Budgetberatung kritisch betrachten und anhand neuer Erkenntnisse Kürzungen vorschlagen. Kürzungen sollten also nicht nur aufgrund von einer Bedrohung vorgeschlagen werden, sondern sollten auch eine Hand in Hand mit dem Parlament für ein realistischeres Budget sein. Danke.*»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Parlament.



4. Detailberatung Produktgruppenbudget 2024, nach Abteilungen und Geschäftsfelder

Hinweise zum weiteren Vorgehen:

1. Die Detailberatung zum Produktgruppenbudget erfolgt in der Reihenfolge wie im Buch abgebildet. (nach Ressorts, kapitelweise).
2. **Der Vorsitzende** wird jeweils **generell** fragen, ob jemand Bemerkungen zu einer Leistungsgruppe anzubringen hat und die Kommissionen und den Stadtrat **nicht jedes Mal** einzeln aufrufen.
3. Die Kommissionen bringen ihre Informationen und Anträge direkt bei den jeweiligen Produktgruppen ein.
4. Der Stadtrat kann während der Detailberatung zu den Anträgen der Kommissionen und den dazu gefallenem Voten Stellung nehmen.
5. Es wird zuerst über alle Zusatz- oder Änderungsanträge im jeweiligen Geschäftsfeld abgestimmt. Danach wird grundsätzlich über das gesamte *bereinigte* Geschäftsfeld abgestimmt (z.B. SO-01 bis SO-05 und SO-07).
6. Möchte jemand über eine Produktgruppe (z.B. SO-03) separat abstimmen lassen, dann bittet **der Vorsitzende** einen Antrag zu stellen.
7. Bei nicht eindeutigen Abstimmungen sowie bei der Schlussabstimmung wird zwingend ausgezählt. Ansonsten gilt das eindeutige Mehr. Das elektronische Abstimmungssystem «Votebox» wird bei den Schlussabstimmungen zur Festsetzung des Steuerfusses 2025, zum Produktgruppenbudget 2025 sowie zur Investitionsrechnung 2025 eingesetzt. In allen anderen Abstimmungen erfolgt die Auszählung bzw. das Feststellen des eindeutigen Mehrs.

Das Stadtparlament ist mit dem erläuterten Vorgehen einverstanden.

Der Vorsitzende bittet die Stimmzählenden laut zu zählen.

Folgende Mitglieder des Stadtparlaments haben Änderungsanträge auf Saldoverbesserungen gestellt. Diese wurden per E-Mail dem Stadtparlament und dem Stadtrat vorgängig zur Kenntnis gebracht:

- Belma Dietrich (Die Mitte)
- Christoph Meier (GLP)
- Thomas Obermayer (SVP)
- Peter Stiefenhofer (FDP)
- Reto Zumstein (GLP)



Einfachheitshalber werden die Änderungsanträge «der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments» bezeichnet.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass generell folgendes gilt und es wird nicht mehr in den einzelnen Produktgruppen erwähnt:

Liegen mehr als zwei gleichgeordnete Anträge vor, die sich gegenseitig ausschliessen, werden alle nebeneinander zur Abstimmung gebracht. Jedes Parlamentsmitglied kann einem Antrag seine Stimme geben. Das absolute Mehr liegt bei 14 Stimmen. Erhält keiner der Anträge das absolute Mehr, scheidet derjenige Antrag mit den wenigsten Stimmen aus und das Verfahren wird fortgesetzt, bis einer der Anträge das absolute Mehr erreicht.

Das Stadtparlament ist mit dem Vorgehen einverstanden.

Produktgruppenberichte

Ressort Bevölkerung und Sicherheit (Seiten 7 - 47)

Leistungsgruppe: Bevölkerungsdienste (BE), Sicherheit (SI) u. Sport (SP)

Leistungsgruppe Bevölkerungsdienste (BE)

BE-01 Bevölkerung, BE-02 Friedensrichter und BE-03 Märkte, Plakatwesen und Veranstaltungen

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit beantragt, unter Berücksichtigung ihres Änderungsantrags, mehrheitlich die Genehmigung von BE-01 bis BE-03.

Die RPK beantragt, unter Berücksichtigung ihrer Änderungsanträge, einstimmig die Genehmigung von BE-01 bis BE-03.

Änderungsantrag der Kommission Bevölkerung & Sicherheit zu BE-03 (mehrheitlich)

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit beantragt die Änderung des Globalbudgetbetrags minus 22 000 Franken.

Begründung: Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit empfiehlt die Streichung Ausweitung des nachhaltigen Abfalltrennkonzpts auf die Warenmärkte.



Änderungsantrag 1 der RPK zu BE-01 (mehrheitlich)

Die RPK beantragt die Reduktion des Globalbudgets um 24 000 Franken.

Begründung: Anhebung der Gebühren

Änderungsantrag 2 der RPK zu BE-03 (mehrheitlich)

Die RPK beantragt die Reduktion des Globalbudgets um 54 000 Franken.

Begründung: Anhebung der Gebühren

Der Vorsitzende übergibt das Wort Patrizia Grütter.

Patrizia Grütter: «Zuerst möchte ich mich wie auch schon in den letzten Jahren herzlich bei allen Beteiligten für die Erstellung des Budget 2025 bedanken. Ebenso möchte ich die gute Zusammenarbeit mit den zuständigen Stadträten sowie der Verwaltung erwähnen. Unsere im Vorfeld gestellten Fragen wurden umfassend beantwortet – vielen Dank dafür. In der Kommission haben wir das Budget 2025 nach bestem Wissen und Gewissen durchleuchtet. Dieses Jahr war es besonders herausfordernd und wir haben intensiv diskutiert. Ebenso haben wir diverse Änderungsanträge verabschiedet, zu welchen ich dann bei der jeweiligen Abstimmung Stellung beziehen werde. Grundsätzlich wird die Arbeit im Jahr 2025 auch in unserer Kommission für viele Diskussionen und aber auch Lösungsfindungen führen. Wir wissen alle, welche Meilensteine anstehen und wir werden uns für ein weiterhin so lebenswertes Bülach einsetzen. Wir starten gerade mit dem ersten Änderungsantrag. Die Kommission beantragt mehrheitlich die Änderung des Globalbudgetbetrags minus 22 000 Franken. Sie empfiehlt die Streichung «Ausweitung des nachhaltigen Abfalltrennkonzpts» auf die Warenmärkte. Bis anhin gibt es das nachhaltige Abfalltrennkonzpt auf dem Weihnachtsmarkt. Neu sollen auch die weiteren Warenmärkte damit ausgestattet werden. Das nachhaltige Abfalltrennkonzpt sind die Behälter mit den verschiedenen Einwurfsstellen und nicht mehr nur ein grosser Abfalleimer, in welchem der gesamte Müll gesammelt wird. Die Idee dahinter ist, dass direkt auf dem Markt die Abfalltrennung stattfindet. Die Mehrheit der Kommission stört sich daran, dass das Abfalltrennkonzpt am Weihnachtsmarkt bis anhin nicht zufriedenstellend funktioniert. Der Abfall wird nicht in die korrekten Behälter geworfen und verunmöglicht eine saubere Trennung vor Ort. Mühsam wird der Abfall dann nach dem Markt nochmals getrennt und damit wird der Zweck der vorherigen Abfalltrennung nicht erfüllt. Solange es nicht funktioniert, sieht die Mehrheit der Kommission keinen Anreiz darin, das Konzept auszuweiten und die 22 000 Franken können eingespart werden. Für die Minderheit der Kommission ist es nicht nachvollziehbar, dass bei nachhaltigen Themen eingespart wird, zumal es sich hier um keinen hohen Betrag



handelt. Das neue Abfalltrennkonzert braucht noch etwas Anlaufzeit und die Abschaffung der Behälter nach dieser kurzen Zeit erachtet die Minderheit der Kommission als nicht sinnvoll. Vielmehr sollte das Konzept verbessert anstatt abgeschafft werden, sofern es zukünftig nicht funktionieren sollte. Da ich gerade hier vorne stehe, teile ich Euch noch meine persönliche Meinung als GLP-Parlamentarierin mit. Alle Versuche, unser Zusammenleben nachhaltiger zu gestalten, sollten wir unterstützen und nicht sofort wieder begraben. Selbstverständlich verstehe auch ich nicht, wieso es so schwierig sein kann, Abfall in die richtigen Behälter zu werfen. Ich habe Fotos vom diesjährigen Weihnachtsmarkt gesehen und ja, da gibt es noch ganz viel Luft nach oben, damit es funktioniert. Aber es ist absolut falsch, die Ausweitung auf die Warenmärkte zu streichen. Steter Tropfen höhlt den Stein und ich bin überzeugt, dass die Menschen das Konzept bald begreifen und wir als Stadt somit einen wichtigen Beitrag für die Umwelt leisten. Die 22 000 Franken tun uns nun wirklich nicht weh und ich fände es ein falsches Signal, wenn wir wieder zurück in alte Muster verfallen. Geben wir dem nachhaltigen Abfalltrennkonzert eine Chance.»

Es liegen keine Ergänzungen von Mitgliedern der Kommission Bevölkerung & Sicherheit vor.

Der Vorsitzende übergibt das Wort dem Referenten der RPK.

Ralf Winzer: «Ich möchte gerne ganz kurz etwas sagen zu der Motivation, die uns veranlasst hat, den Änderungsantrag zu machen in Richtung der Verbesserung des Ergebnisses durch Anheben der Gebühren und Erlöse sozusagen. Diese Begründung gilt eigentlich nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für Sport. Wir stellen fest, dass in den letzten Jahren die Preise, die Gebühren, die Eintrittspreise für die Sportanlagen, die Nutzungsgebühren für die Lokalitäten Lindenhof, Rathaussaal und so weiter gleichgeblieben sind und das obwohl es doch eine gewisse Teuerung gegeben hat. In den letzten Jahren habe ich notiert, gemäss Bundesamt für Statistik, hatten wir 2023 2,1 Prozent Teuerung, 2022 2,8 Prozent, also sicher 5 Prozent und mehr in den letzten zwei bis drei Jahren und von dem her würden wir es als angemessen erachten, wenn man die entsprechenden Preise, Tarife Nutzungsgebühren, Eintrittspreise anheben würde und auf dem basiert eigentlich unser Änderungsvorschlag, das Ergebnis zu verbessern, indem man eben den Erlös erhöht. Ich werde das jetzt nicht für jede Produktgruppe argumentieren. Ich hoffe, das ist etwas, das ihr auch unterstützen könnt. Das wäre es von meiner Seite.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Peter Stiefenhofer.



Peter Stiefenhofer: «Jetzt kommt eine Gruppe von unverantwortlichen Subjekten, die Pauschalkürzungen vorschlägt. Ich möchte aber doch zuerst noch mit einer positiven Note anfangen und der SP besonders danken für das Weggli, das wir bekommen haben, vielleicht brauchen wir es noch heute Abend. Es ist doch etwas Schönes, wenn wir auch miteinander auskommen, auch wenn man vielleicht politisch eine andere Meinung hat. Ich rede also im folgenden von einer Gruppe von fünf Parlamentariern, die zusätzliche Kostenreduktionsanträge stellt. Wir haben uns nicht geäußert zusammen und wir machen das nicht über die Steuern. Die Steuererhöhung ist zumindest aus meiner Sicht davon abhängig, wie vernünftig man mit den Kosten umgeht. Dann darf man auch die Steuern erhöhen. In den nächsten Jahren wird ein massiver Schub kommen, wegen diesen Investitionen. Wir haben das gehört. Was treibt uns dann hauptsächlich an die Anträge zu stellen? Es wurde jetzt immer gesagt, man habe das seriös in den Kommissionen angeschaut. Die Kommissionen haben also so 10 bis 15 Unterproduktgruppen mit ganz speziellen Anforderungen, über die sie diskutieren müssen. Und am Schluss sollte man sich zu dem schon einmal äussern und das ist sogar in den Kommissionen sehr sehr schwierig. Und nachher zählt man die Zahlen zusammen und da kommt etwas heraus, wo eben aus unserer Sicht nicht befriedigend ist. Und dann müsste man ja wieder zurückgehen. Das ist ganz üblich, wie es in der Geschäftswelt passiert. Zuerst macht man die Details und nachher kommt es rauf und dann stimmt es nicht und dann muss man wieder runter. Und dieser Prozess ist sehr sehr schwierig, aber ich versuche jetzt Ihnen zu erklären, warum wir zu diesen Anträgen kommen. Es wurde alles zum Teil schon gesagt. Die Bevölkerungszahl in Bülach ist seit 2016 um 28 Prozent gestiegen. Die Stellenzahl in der gleichen Periode um über 50 Prozent. Von dem nur $\frac{1}{4}$ für das Budget 2025. Der Stadtrat hat einen Nachtrag gemacht von 600 000 Franken Kosteneinsparungen und 300 000 Franken zusätzliche Erträge. Kommissionen haben auch Vorschläge von Kosten von einer halben Million Franken zusätzlich gemacht und wir kommen jetzt mit zusätzlichen 1,1 Millionen Franken. Wenn man zugesteht, dass die Personalkosten, wenn man dem vom Antrag von der RPK folgt, 1,7 Prozent steigen sollten. Das ist unbestritten. Es ist auch völlig unbestritten, dass die Abschreibungen steigen müssen, wenn wir jetzt mehr investieren, die werden noch vielmehr steigen. Und der Nettozinsaufwand wird auch zunehmen, weil wir auch Schulden zusätzlich haben oder weniger Geld. Das kann man alles in Betracht ziehen. Wenn man das alles abzieht und wenn wir noch zusätzlich unseren zusätzlichen Kostenreduktionsvorschlag einbezieht, dann steigen die Kosten immer noch über 4 Millionen Franken. Kein einziger unserer Anträge. Ein einziger ist mehr wie 3 Prozent der Kosten dieser Stelle. Dann hat es vier die sind 2 Prozent der Kosten von dieser Stelle oder etwas darüber. Und die anderen 26 sind unter 2 Prozent. Bülach wird nicht zusammenbrechen, wenn man jetzt das noch obendrauf macht. Es ist einfach ein bisschen mehr weg vom Gas, als wir in den letzten zwei bis drei Jahre gegangen sind. Der Prozess ist sehr kompliziert. Die Stadt Bülach hat etwa 110 Unterproduktgruppe und 45 Produktgruppen, zusammengefasst in 16 Leistungsgruppen und sieben Ressorts. Und dann wird da gross gesagt, man habe sich da in den



Kommissionen vertieft mit dem befasst. Das ist eine ziemliche Challenge. Vor allem wenn man das gemacht hat und stimmt dann oben eben doch nicht so ganz. Aber wir wollen nicht ein Budget zurückweisen, wie ich schon gesagt habe. Wir hätten das lieber dem Stadtrat zurückgespielt und gesagt, ihr habt ja mehr Detailkenntnisse und Verwaltung macht doch ihr die Einsparungen von dieser 1,1 Millionen Franken zusätzlich. Das könnt ihr viel besser als wir. Das ist so. Aber der Prozess verlangt, dass wir jetzt über diese Details definitive Vorschläge machen müssen, damit wir ein bisschen besser wegkommen. Und das machen wir auch und bei 33 Produktgruppen stellen wir jetzt halt Anträge auf zusätzliche Kosteneinsparungen von 1,1 Millionen Franken, zusätzlich zu dem von den Kommissionen und zusätzlich von dem vom Stadtrat. Das wird wahrscheinlich bei fast jeder einzelnen Gruppe kommen: «Das ist unseriös und das geht doch hier nicht». Das mag in Einzelfällen sogar stimmen. Aber es wird sich kein Einziger melden und sagen: *«Aber dort könnten wir noch vielmehr machen, aber dann habt ihr nichts gesagt»*. Das Gesamtbild ist für uns wichtig und ich glaube, das ist durchaus seriös. Wir werden viel Geduld und Ausdauer brauchen, aber im Namen von unserer Gruppe bitte ich Sie, unseren Anträgen zu folgen. Bülach wird nicht zusammenbrechen, keine Dienstleistungen werden eingeschränkt werden müssen. Wir hatten noch einen Fehler drin. Wir haben einen Antrag von 20 000 Franken zur Produktgruppe Wasserversorgung drin, der ist falsch, der müsste im Tiefbau sein. Aber das wurde von der Parlamentssekretärin schon hervorragend aktualisiert. Noch schnell ein Wort zu den Netto-Aufwänden, die nicht zunehmen. Es wurde schon gesagt, es geht ja nur bis ins 2023, danach kommen die grossen Schritten 2024/2025. Natürlich sinkt der Nettoaufwand, wenn wir einen Investitionsstau haben und die Abschreibungen seit Jahren runtergehen. Wir sind hintendrein. Das ist ein Grund, warum der Netto-Aufwand abnimmt und da sehen die Statistiken jeweils auch gut aus.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Stadtrat Daniel Ammann.

Stadtrat Daniel Ammann: «Es geht eigentlich um BE-01. Ich wollte nur schnell zu dem noch etwas sagen, aber nicht zu den einzelnen Positionen mit den zwei bis drei Prozent Kürzungen, über die schon gesprochen wurde. Ich bin dann gespannt, wo die einzelnen Kürzungen effektiv weh tun werden und wo nicht. Ich möchte aber als Wertschätzung trotzdem noch einmal einfach sagen, wie wertvoll die Arbeit zusammen mit der Kommission war. Ich glaube, es war sehr intensiv dieses Mal. Danke der Präsidentin ganz herzlich und den Mitgliedern. Ich finde es wichtig, dass man das hier noch einmal anspricht. Der Aufwand, der von den ParlamentarierInnen, der in den einzelnen Kommissionen gemacht wird, der ist gross, der ist erheblich. Das weiss ich, das ist aufwendig und ich möchte eigentlich allen ParlamentarierInnen danken, dass sie diesen Aufwand machen, und insbesondere möchte ich allen danken, die diese Fragen dann auch beantworten. Unsere Verwaltung macht einen Riesenjob, um diese Fragen zu beantworten und fundierte Antworten abzuliefern, wenn wir miteinander reden. Und wir



feilschen nicht einfach unbedingt. Es ist kein Basar, sondern wir reden fundiert miteinander und finden vielleicht die eine oder andere Lösung. Die Sachen, die ihr hier seht, insbesondere beim Sport, sind so entstanden und sind einvernehmlich entstanden, aber mit ganz Fachwissen, das wir von den einzelnen Mitarbeitern dann auch bekommen haben. Ich glaube, das ist schon der Weg, den ich mir wünsche, dass wir den auch weiterhin gehen. Sonst müssen wir irgendetwas am ganzen Meccano ändern. Zu den einzelnen Fragen kann ich gerne Antwort geben, möchte das aber nicht jedes Mal machen, einfach dann, wenn wirklich Fragen sind. Sonst kommen wir nämlich nie an ein Ende und ja ich wünsche einen guten Start jetzt.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Stadträtin Andrea Spycher.

Stadträtin Andrea Spycher: «Ich möchte gerne etwas sagen zu der Kürzung der Fachkommission zu BE-03, das sind die 22 000 Franken. Abfallentsorgung und Recycling beschäftigt nicht nur Bülach sehr stark, sondern eigentlich die ganze Welt. Patrizia hat vorhin gesagt, sie könne sich gar nicht vorstellen, weshalb das so schwierig sei mit der Abfalltrennung an so einem Weihnachtsmarkt und ich habe eine Antwort darauf. Das ist nämlich ein gesellschaftliches Problem. Das ist nicht nur in Bülach so. Wir möchten dieses Thema mit der Trennung des Abfalls wirklich gerne aufnehmen und darum möchte ich euch bitten, diese 22 000 Franken nicht zu streichen. Wir stecken da noch in den Kinderschuhen und wir möchten das gerne weiter fortsetzen. Heute ist nämlich in der Zeitung ein Artikel von Daniela Schenker erschienen, den ich ausgedruckt habe, weil ich angenommen habe, dass das noch ein Thema werden könnte. Und zwar «Stadt kann überfüllten Abfallcontainer nicht leeren» im Sonnenhof. Da gab es einen Bürger, der sich wegen dem vielen Abfall und den überfüllten Containern aufgeregt hat. Und wenn Sie das so nicht mehr in Bülach haben möchten, dann brauchen wir statt weniger Geld eher noch mehr Geld. Und das sage ich jetzt auch noch im Hinblick auf die Streichung von AB-01. Danke vielmals.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Stadtrat.

Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu BE-01

Die Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments beantragt die Reduktion des Globalbudgets um 30 000 Franken.

Es liegen somit 3 Varianten zu BE-01 vor.



Pause: 20.35 – 20.50 Uhr

Der Vorsitzende: «Danke für eure Geduld wir machen weiter. Vielleicht noch eine Anmerkung an das Publikum. Es ist auch für uns eine spezielle Sitzung. Wir haben nun gemerkt, dass eine Folie gefehlt hat.»

Abstimmungen

Abstimmung zur Produktgruppe BE-01

	Total
Antrag 1: Änderungsantrag 1 RPK Reduktion 24 000 Franken	4
Antrag 2: Änderungsantrag der Reduktion 54 000 Franken	15
Antrag 3: Vorlage Stadtrat gemäss Bericht zum Budget 2025	

Das Stadtparlament hat mit 15 Stimmen dem Antrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments und der Anpassung in der Produktgruppe BE-01 zugestimmt.

Peter Stiefenhofer und Thomas Obermayer berichtigen, dass die Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments dem Stadtparlament zu BE-03 **die Reduktion** des Globalbudgets um **76 000 Franken** beantragen.

Es liegen somit 4 Varianten zu BE-03 vor.



Abstimmung zur Produktgruppe BE-03

	Total
Antrag 1: Kommission Bevölkerung & Sicherheit Reduktion 22 000 Franken	
Antrag 2: Änderungsantrag 2 der RPK Reduktion 54 000 Franken	3
Antrag 4: Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments Reduktion 76 000 Franken	15
Antrag 3: Vorlage Stadtrat gemäss Bericht zum Budget 2025	9

Das Stadtparlament hat mit 15 Stimmen dem Antrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments und der Anpassung in der Produktgruppe BE-03 zugestimmt.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mehrheitlich die *bereinigten* Produktgruppen BE-01 bis BE-03 genehmigt.

Leistungsgruppe Sicherheit (SI)

SI-01 Stadtpolizei Bülach, SI-02 Feuerwehr, SI-03 Zivilschutz und SI-04 Schiessanlage

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit und die RPK beantragen mehrheitlich die Genehmigung von SI-01 bis SI-04.

Es gibt keine Wortmeldung.

Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu SI-01

Die Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments beantragt die Reduktion des Globalbudgets um 45 000 Franken.



Abstimmungen

Abstimmung Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu SI-01

Das Stadtparlament hat mehrheitlich den Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments genehmigt.

Die Produktgruppe SI-01 wird um 45 000 Franken gekürzt.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mehrheitlich die *bereinigten* Produktgruppen SI-01 bis SI-04 genehmigt.

Leistungsgruppe Sport (SP)

SP-01 Sportzentrum Hirslen und Freibad und SP-02 Sportamt

Budgetnachtrag des Stadtrats vom 13. November 2024 zu SP-01

Der Stadtrat beantragt eine Kürzung von 27 000 Franken des vorgängig budgetierten Betrags dieser Produktgruppe.

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit beantragt mehrheitlich die Genehmigung von SP-01 und SP-02 mit den Änderungen des Budgetnachtrags des Stadtrats vom 13. November 2024 und unter Berücksichtigung ihres Änderungsantrags.

Die RPK beantragt einstimmig die Genehmigung von SP-01 und SP-02 mit den Änderungen des Budgetnachtrags des Stadtrats vom 13. November 2024 und unter Berücksichtigung ihrer Änderungsanträge.

Änderungsantrag der Kommission Bevölkerung & Sicherheit und der RPK zu SP-01 (mehrheitlich)

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit und die RPK beantragen die Ergebnisverbesserung des Globalbudgetbetrags um 100 000 Franken auf neu 2 492 000 Franken.

Begründung: Empfehlung Eintrittspreiserhöhung der Sportanlagen

Änderungsantrag 2 der RPK zu SP-02 (mehrheitlich)

Die RPK beantragt die Reduktion des Globalbudgets um 6 000 Franken.

Begründung: Gebührenerhöhung



Der Vorsitzende übergibt Patrizia Grütter das Wort.

Patrizia Grütter: «In der Produktgruppe SP-01 Sportzentrum Hirslen und Freibad stellen wir den Antrag zur Ergebnisverbesserung des Globalbudgetbetrags um 100 000 Franken auf neu 2 492 000 Franken. Warum? Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass eine Erhöhung der Eintrittspreise in die Sportanlagen gerechtfertigt ist. Die Eintrittspreise wurden seit vielen Jahren nicht mehr angepasst, obwohl Stromkosten, Mehrwertsteuer etc. teurer geworden sind. Letztes Jahr hat unsere Kommission dieses Thema mit dem Stadtrat diskutiert, da die Erhöhung der Eintrittspreise in seinem Aufgabengebiet liegt. An der Budget-2024-Sitzung haben wir dem Stadtrat dann öffentlich mitgeteilt, dass wir ein Augenmerk auf dieses Thema haben werden. Viel passiert ist in der Zwischenzeit nicht und aus diesem Grund erachtet die Mehrheit der Kommission es als notwendig, dass wir aus dem Parlament das Zepter wieder in die Hand nehmen. Geschätzte Mehreinnahmen von 100 000 Franken durch eine moderate Erhöhung der Eintrittspreise würden einen wertvollen Beitrag zur Ergebnisverbesserung leisten.»

Die RPK verzichtet auf eine Wortmeldung.

Der Stadtrat verzichtet auf eine Wortmeldung.

Der Vorsitzende übergibt Dominik Berner das Wort.

Dominik Berner: «In Anbetracht der vorhergehenden Abstimmungen ist es wahrscheinlich ja nicht so wichtig, was ich sage, wenn das so weitergeht. Ich befasse mich in dem Fall auch kurz. Wir haben das mit diesen Erhöhungen der Eintrittspreise in der SP besprochen und ich nehme an, auch der Antrag von dieser Parlamentariergruppe geht in diese Richtung. Wir verstehen den Wunsch, dass man da kostendeckender wird. Was wir nicht verstehen, ist einerseits der Vorschlag des Stadtrats, der die Attraktivität des Freibads heruntersetzt, nämlich durch die Nichterhöhung der Grillstellen und die Nichtanschaffung dieser Aquatracks, auf denen man spielen kann. Gleichzeitig sollen die Eintrittspreise steigen. Da muss ich schon auch sagen, für die, die immer mit der Privatwirtschaft argumentieren: Das ist finde ich jetzt nicht so einen wahnsinnig guten Tausch. Und von der sanierungsbedürftigen Hirslen... und von den Eintrittspreisen... von denen rede ich lieber gar nicht. Und ich weiss, es wurde von der Kommission angekündigt, aber es dünkt mich trotzdem einfach, man hat einfach etwas gesucht, wo man noch ein bisschen sparen kann, damit man nicht so schlecht dasteht. Wir werden diesen Änderungsantrag ablehnen. Merci.»



Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu SP-01

Die Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments beantragt die Reduktion des Globalbudgets um 177 000 Franken

Es liegen somit 4 Varianten zu SP-01 vor.

Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu SP-02

Die Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments beantragt die Reduktion des Globalbudgets um 15 000 Franken.

Es liegen somit 3 Varianten zu SP-02 vor.

Abstimmungen

Abstimmung zur Produktgruppe SP-01

	Total
Antrag 1: Budgetnachtrag Stadtrat Reduktion 27 000 Franken	
Antrag 2: Änderungsantrag Kommission Bevölkerung & Sicherheit und RPK 1 Reduktion 127 000 Franken	5
Antrag 3: Änderungsantrag Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments Reduktion 177 000 Franken	14
Antrag 4: Vorlage Stadtrat gemäss Bericht zum Budget 2025	

Das Stadtparlament hat mit 14 Stimmen dem Antrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments und der Anpassung in der Produktgruppe SP-01 zugestimmt.



Abstimmung zur Produktgruppe SP-02

	Total
Antrag 1: Änderungsantrag 2 RPK Reduktion 6 000 Franken	
Antrag 2: Änderungsantrag Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments Reduktion 21 000 Franken	mehrheitlich
Antrag 3: Vorlage Stadtrat gemäss Bericht zum Budget 2025	

Das Stadtparlament hat mehrheitlich dem Antrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments und der Anpassung in der Produktgruppe SP-02 zugestimmt.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mit 18 Ja- bei 9 Nein-Stimmen die *bereinigten* Produktgruppen SP-01 und SP-02 genehmigt.

Produktgruppenberichte

Ressort Bildung (Seiten 48 - 74)

Leistungsgruppe: Bildung (BI)

Leistungsgruppe Bildung (BI)

BI-01 Unterricht Primar- und Kindergartenstufe,

BI-02 Schulergänzende Leistungen,

BI-03 Berufs- und Erwachsenenbildung,

BI-04 Schulliegenschaften und

BI-05 Schulverwaltung

Budgetnachtrag des Stadtrats vom 13. November 2024 zu BI-01

Der Stadtrat beantragt eine Kürzung von 120 000 Franken des vorgängig budgetierten Betrags dieser Produktgruppe.



Budgetnachtrag des Stadtrats vom 13. November 2024 zu BI-04

Der Stadtrat beantragt eine Kürzung von 42 000 Franken des vorgängig budgetierten Betrags dieser Produktgruppe.

Budgetnachtrag des Stadtrats vom 13. November 2024 zu BI-05

Der Stadtrat beantragt eine Kürzung von 13 000 Franken des vorgängig budgetierten Betrags dieser Produktgruppe.

Die Kommission Bildung & Soziales beantragt einstimmig die Genehmigung von BI-01 bis BI-05 mit den Änderungen des Budgetnachtrags des Stadtrats vom 13. November 2024 und unter Berücksichtigung ihrer Änderungsanträge.

Die RPK beantragt einstimmig die Genehmigung von BI-01 und mehrheitlich die Genehmigung von BI-02 bis BI-05 mit den Änderungen des Stadtrats vom 13. November 2024.

Nicht beschlussrelevante Bemerkung der Kommission Bildung & Soziales

Es ist nicht in Ordnung, dass die Pensen im Stellenplan (Budget 2024) nachträglich angepasst werden:

Schulpsychologischer Dienst	BU24: 685, am 11.12.23 vom Stadtparlament genehmigt BU24: 680, ausgewiesen im BU25
Schulsozialarbeit	BU24: 460, am 11.12.2023 vom Stadtparlament genehmigt BU24: 420, ausgewiesen im BU25
Schulergänzende Betreuung	BU24: 1 881, am 11.12.2023 vom Stadtparlament genehmigt BU24: 2 634, ausgewiesen im BU25

Änderungen im Stellenplan sollen in der Rechnung ausgewiesen werden.

Änderungsantrag 1 zu BI-02.4 der Mehrheit der Kommission Bildung & Soziales (Mehrheitsantrag)

Anpassung des Kostendeckungsgrads in Produkt BI-02.4 Schulergänzende Betreuung von 68 % auf 75 %.

Begründung: Der Mehrheit der Fachkommission Bildung & Soziales verlangt, dass der budgetierte Kostendeckungsgrad auf 75 % erhöht wird. Insbesondere soll der Tarif der neu geschaffenen Nachmittagsmodule überprüft werden, um den Kostendeckungsgrad zu erreichen.



Änderungsantrag 2 zu BI-02.4 der Minderheit der Kommission Bildung & Soziales (Minderheitsantrag)

Anpassung des Kostendeckungsgrads in Produkt BI-02.4 Schulergänzende Betreuung von 68 % auf 70 %.

Begründung: Die Minderheit der Fachkommission Bildung & Soziales verlangt, dass der budgetierte Kostendeckungsgrad der Vorgabe von 70 % entspricht. Insbesondere soll der Tarif der neu geschaffenen Nachmittagsmodule überprüft werden, um den Kostendeckungsgrad zu erreichen.

Änderungsantrag 3 der Kommission Bildung & Soziales zu BI-03.2 (einstimmig)

Die Kommission Bildung & Soziales beantragt, die Kürzung des Saldos von 65 000 Franken auf 45 000 Franken.

Begründung: Die Fachkommission Bildung & Soziales ist der Meinung, dass bei einem effektiven Kostendeckungsgrad von über 90 % keine Erhöhung der Beiträge an die Volkshochschule erforderlich sind.

Aktuell liegen 3 Varianten für den Kostendeckungsgrads zu BI-02.4 vor:

Antrag 1 zu BI-02.4 der Mehrheit der Kommission Bildung & Soziales

Anpassung des Kostendeckungsgrads in Produkt BI-02.4 Schulergänzende Betreuung von 68 % auf 75 %.

Antrag 2 zu BI-02.4 der Minderheit der Kommission Bildung & Soziales

Anpassung Kostendeckungsgrad in Produkt BI-02.4 Schulergänzende Betreuung von 68 % auf 70 %.

Antrag 3 zu BI-02.4: Vorlage Stadtrat gemäss Bericht zum Budget 2025

Kostendeckungsgrad: 68 %

Die Anträge werden einander gegenübergestellt.

Peter Frischknecht: «Ich bin der Meinung, dass die beiden Anträge, welche jetzt einen Prozentsatz beinhaltet, die müssten durch die Zahl ergänzt werden. Diese Diskussion haben wir letztes Jahr schon gehabt. Eine reine Prozentzahl kann kein Antrag sein. Es müsste dazu eine Zahl ermittelt werden, damit man über die Zahl beschliessen kann. Ansonsten müssten diese gestrichen werden.»



Der Vorsitzende übergibt Dr. Luís M. Calvo Salgado das Wort.

Dr. Luís M. Calvo Salgado: «Ich stelle die Frage an die Geschäftsleitung und dann das Parlament. Ist es so, dass wir formell inkorrekte Anträge akzeptieren müssen oder einfach als formell Inkorrekte ablehnen können. Denn schon die Art und Weise, wie sie gebracht wurden, war ziemlich unkorrekt und wenn sie nicht einmal von der Form her korrekt sind, dann sollen sie abgelehnt werden.»

Der Vorsitzende übergibt Laura Hartmann das Wort.

Laura Hartmann: «Wenn ich da das Budget so anschau: Wir haben da bei der Steuerungsgrösse ein Kästchen, wo oben dran steht «*Beschluss Stadtparlament*» und wir haben hier den Kostendeckungsgrad mit Vorgabe 70 Prozent und Budget 68 Prozent. Dann können wir doch das Budget anpassen, denn es ist ja ein «*Beschluss Stadtparlament*» und unten dran «*Produktergebnis*» ist nur Information (Seite 64).»

Der Vorsitzende übergibt Peter Frischknecht das Wort.

Peter Frischknecht: «Laura, du kannst zwar die Anpassung der Vorgabe verlangen, das wäre dann aber erst für das nächste Mal massgebend. Aber du kannst nicht den Prozentsatz des Budgets verändern. Wenn du den Prozentsatz des Budgets verändern willst, dann musst du diesen mit einer Zahl versehen.»

Der Vorsitzende fragt an, ob es weitere Wortmeldungen aus dem Stadtparlament gebe.

Der Vorsitzende übergibt Laura Hartmann das Wort.

Laura Hartmann: «Nur kurz: Letztes Jahr wollte der Stadtrat die Steuerungsgrösse «*Kostendeckungsgrad*» beim Sozialen von 110 auf 100 senken. Das ging so, er hatte keine weitere Zahl gebracht. Wieso genau sollten wir das nicht auch hinbringen?»

Peter Frischknecht: «Wir haben dies bereits letztes Jahr schon gesagt – es geht aus formalen Gründen nicht.»

Laura Hartmann: «Nur wenn es der Stadtrat möchte? Nein, sorry, das geht gar nicht.»



Peter Frischknecht: «Du kannst es aus formalen Gründen nicht machen. Du müsstest zu deiner Zahl der Ergänzung müsstest du noch eine Zahl haben, denn wir benötigen einen finanziellen Beschluss zu der Gruppe.»

Dr. Luís M. Calvo Salgado: «Müssen wir einen Rekurs machen?»

Der Vorsitzende bittet um Ordnung und die Sprechenden mögen nach vorn zum Mikrofon kommen.

Dr. Luís M. Calvo Salgado: «Der Präsident des Stadtparlaments hat uns vor der Sitzung gebeten, der Ordnung halb alle Anträge korrekt einzureichen. Diejenigen, die es nicht korrekt gemacht haben, werden abgelehnt. Ansonst werden wir Rekurs einlegen. So einfach.»

Der Vorsitzende übergibt Dominik Berner das Wort.

Dominik Berner: «Ja, also ich bin nicht sicher, ob ihr im Fall vom Gleichen spricht. Darf ich versuchen zu klären. Das ist ein Versuch –mal schauen – also eine Frage an die Kommission: Geht es bei euch im Antrag um die Anpassung der Steuergrösse das heisst das wo oben drinsteht. Es geht nicht um die Anpassung der Erreichung dieser Steuergrösse. Ist das korrekt?»

Laura Hartmann: «Es geht ums Budget.»

Dominik Berner: «Wäre es möglich, den Budgetbericht einzublenden? Und es würde erleichtern, auf das Feld zu zeigen, was ihr ändern wollt. So wüssten wir es nachher.»

Peter Frischknecht: «Vorgabe ist 70 und 68 das Budget und das Budget kann nicht geändert werden.»

Dominik Berner: «Richtig, da bin ich bei dir. Darum stelle ich die Frage, die Vorgabe können sie ändern.»

Peter Frischknecht: «Vorgabe können sie ändern, das habe ich vorhin auch so erwähnt.»

Dominik Berner: «Ich habe dich so verstanden, bin jedoch nicht ganz sicher, ob alle es so verstanden haben.»



Pause von 21.15 – 21.25 Uhr

Der Vorsitzende: «Wie wir festgestellt haben, verlangen die drei Varianten für den Kostendeckungsgrad nicht nur nach einer Prozentzahl, sondern auch nach einem Betrag. Meine Frage nun an die Kommission Bildung & Soziales, ob sie noch Anpassungen in ihren Anträgen hätten.»

Der Vorsitzende übergibt Laura Hartmann das Wort.

Laura Hartmann: «Damit, dass alles korrekt abläuft, damit es keinen Grund für einen Rekurs gibt. Machen wir das noch schnell mit diesen Zahlen. Danke vielmals Markus, dass du das so schnell ausrechnen konntest. Bei 75 Prozent Kostendeckungsgrad wäre es so, dass wir 278 100 Franken mehr Ertrags-erlös hätten, weil sie Tarife anpassen müssten. Bei 70 Prozent wären wir bei einem zusätzlichen Ein-kommen von 91 300 Franken. Ist das so in Ordnung für alle? Ist das klar? Das heisst wir haben einen Mehr- und Minderheitsantrag von der Fachkommission, sowie eine Prozentzahl und eine effektive Zahl an Kosten. Jetzt können wir hoffentlich darüber abstimmen.»

Der Vorsitzende übergibt Stadträtin Rosa Pfister-Kempf das Wort.

Stadträtin Rosa Pfister-Kempf: «Die Fachkommission Bildung & Soziales möchte den Kostendeckungs-grad im Produkt BI-02.4 Schulgänzende Betreuung von 68 Prozent auf 75 Prozent erhöhen. Die Overheadkosten haben sich im Budget 2025 gegenüber vom Budget 2024 um knapp 200 000 Franken erhöht. Um einen Kostendeckungsgrad von 75 Prozent zu erreichen, müssen die Ergebnisse um 278 100 Franken verbessert werden. Wie können wir das erreichen? Personalkosten senken? Da haben wir einen Betreuungsschlüssel von der Kibesuisse, unabdingbar, müssen wir einhalten. Kosten Betreu-ung erhöhen? Im Vergleich zu anderen Gemeinden hat Bülach sehr hohe Tarife. Schlussendlich be-stimmt ihr ja, sprich das Stadtparlament, wie hoch die Tarife sein müssen, nicht wahr? Familie und Be-ruuf müssen zusammen harmonisieren können. Das schreiben sich gewisse Parteien sich auf die Fahne. Es ist nicht realistisch, den Kostendeckungsgrad von 75 Prozent zu erreichen. Wie wir an der Budgetsit-zung der Fachkommission schon mitgeteilt haben, müssen wir auch die Zahlen dieses Jahres abwarten. Ein Kostendeckungsgrad, ich greife etwas vor, von 68 Prozent auf 70 Prozent würde bedeuten, dass das Ergebnis um 91 300 Franken gesteigert werden sollte, wie Laura Hartmann gesagt hat. Auch da ist die Frage: Was hat das für Auswirkungen? Ich wiederhole jetzt die Antworten nicht noch einmal. Ich möchte Sie bitten, den Kostendeckungsgrad bei 68 Prozent zu belassen. Danke.»

Der Vorsitzende übergibt Romaine Rogenmoser das Wort.



Romaine Rogenmoser: «Ich kann verstehen, dass Rosa hier in die Bresche springt für den tieferen Kostendeckungsgrad. Aber ich möchte daran erinnern, wenn ihr das im Buch nachschaut, dann war im 2022 der Kostendeckungsgrad bei 84 Prozent, jetzt reden wir 75 Prozent. Ich glaube nicht, dass das im Bereich vom absolut Unerreichbaren ist. Daher glaube ich könnt ihr hier mit gutem Gewissen bei 75 Prozent zustimmen.»

Der Vorsitzende übergibt Peter Frischknecht das Wort.

Peter Frischknecht: «Ich habe schlicht und einfach eine Frage zum Ganzen. Wir haben dieses Jahr selbst als Parlament über die BVO befunden. Ist es denn möglich, den Kostendeckungsgrad jetzt anzupassen, ohne dass man die BVO wieder anpasst?»

Der Stadtrat verzichtet auf eine Wortmeldung.

Der Vorsitzende übergibt Tünde Mihalyi das Wort.

Tünde Mihalyi: «Ich habe vielleicht eine kleine Antwort für Peter, weil das lange bei uns in der Fraktion diskutiert haben und es ist uns auch vorgestellt worden. Es gibt ein neues System am Nachmittag. Es gibt ein Midi und ein Maxi. Früher hat man einfach pauschal für den Nachmittag bezahlt und jetzt gibt es zwei verschiedene Varianten, weil das so von den Eltern gewünscht wurde. Die meisten Eltern schicken jetzt die Kinder wahrscheinlich nur noch bis um 16.00 Uhr in die Schule und die zahlen natürlich nur noch die Hälfte wie vorher. So wie ich es verstanden haben, werden wir so einfach weniger einnehmen. Wir von der SP möchten eben gerne, dass das bei 68 Prozent bleibt, weil durch die neue BVO und die neuen Strukturen in der Tagesbetreuung ist es gemäss unserer Rechnung auch gar nicht möglich mehr einzunehmen. So habe ich es verstanden.»

Der Vorsitzende übergibt nochmals Laura Hartmann das Wort.

Laura Hartmann: «Tünde hat da einen ganz wichtigen Punkt angesprochen, und zwar geht es da um das neue Nachmittagsmodul, das vorher wie ein Modul war, egal ob das Kind am Nachmittag Schule hatte oder nicht und ob es dann erst nach dem Nachmittagsunterricht in die Betreuung gegangen ist. Das hat man jetzt gesplittet und das heisst natürlich, wenn das Kind am Nachmittag Schule hat und erst nach der Schule in die Betreuung geht, muss es jetzt weniger zahlen als vorher. Der Stadtrat hat in seinen Hochrechnungen für die Rechnung 2024 schon ausgewiesen, dass man aufgrund neuer Nachmittagsmodule *«weniger Einnahmen 400 000 Franken»* hat. Dieses Nachmittagsmodul hat es gar



noch nicht gegeben, als wir die BVO beraten haben. Es ist jetzt schwierig Äpfel mit Birnen zu vergleichen und zu sagen: Einerseits haben wir die BVO angenommen, damit wir einkommensschwache Familien stärker unterstützen können und andererseits wird ein neues Modul geschaffen, was gar nie im Parlament so behandelt worden ist, weil das in der Kompetenz der Primarschulpflege ist. Finde ich ein bisschen schwierig.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Stadtparlament.

Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu BI-01

Die Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments beantragt die Reduktion des Globalbudgets um 160 000 Franken.

Es liegen somit 3 Varianten zu BI-01 vor.

Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu BI-02

Die Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments beantragt die Reduktion des Globalbudgets um 80 000 Franken.

Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu BI-04

Die Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments beantragt die Reduktion des Globalbudgets um 82 000 Franken.

Es liegen somit 3 Varianten zu BI-04 vor.

Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu BI-05

Die Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments beantragt die Reduktion des Globalbudgets um 33 000 Franken.

Es liegen somit 3 Varianten zu BI-05 vor.



Abstimmungen

Abstimmung zur Produktgruppe BI-01

	Total
Antrag 1: Budgetnachtrag Stadtrat Reduktion 120 000 Franken	13
Antrag 2: Änderungsantrag Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments Reduktion 160 000 Franken	14
Antrag 3: Vorlage Stadtrat gemäss Bericht zum Budget 2025	

Das Stadtparlament hat mit 14 Stimmen dem Antrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments und der Anpassung in der Produktgruppe BI-01 zugestimmt.

Abstimmungen zu BI-02.4 Schulergänzende Betreuung

1. Abstimmungsgang

	Total
Antrag 1: Änderungsantrag zu BI-02.4 der Mehrheit der Kommission Bildung & Soziales Anpassung des Kostendeckungsgrads in Produkt BI-02.4 Schulergänzende Betreuung von 68 % auf 75 % = Reduktion Globalkredit von 278 1000 Franken	13
Antrag 2: Änderungsantrag zu BI-02.4 der Minderheit der Kommission Bildung & Soziales Anpassung Kostendeckungsgrad in Produkt BI-02.4 Schulergänzende Betreuung von 68 % auf 70 % = Reduktion Globalkredit von 91 300 Franken	3
Antrag 3: Vorlage Stadtrat zu BI-02.4 gemäss Bericht zum Budget 2025 Kostendeckungsgrad: 68 %	10



2. Abstimmungsgang

	Total
Antrag 1: Änderungsantrag zu BI-02.4 der Mehrheit der Kommission Bildung & Soziales Anpassung des Kostendeckungsgrads in Produkt BI-02.4 Schulergänzende Betreuung von 68 % auf 75 % = Reduktion Globalkredit von 278 1000 Franken	16
Antrag 3: Vorlage Stadtrat zu BI-02.4 gemäss Bericht zum Budget 2025 Kostendeckungsgrad: 68 %	10

Das Stadtparlament hat mit 16 Stimmen dem Antrag der Mehrheit der Kommission Bildung & Soziales und der Anpassung des Kostendeckungsgrads in Produkt BI-02.4 Schulergänzende Betreuung von 68 % auf 75 % zugestimmt, was eine Reduktion von 278 100 Franken des Globalkredits bedeutet.

Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu BI-02

Andreas Scheuss: «Nur damit wir formal korrekt sind. Das betrifft BI-02. Wir hatten vorhin einen Antrag zu BI-02.4, was jedoch zur Produktgruppe BI-02 gehört. Das heisst eigentlich müsste das im Gleichgewicht wie der Antrag sein und müsste mit dem gleichen Abstimmungsprozedere wie vorhin ablaufen. Da der Betrag deutlich höher ist, über welchen wir abgestimmt haben, frage ich die Gruppe, ob sie ihren Antrag zurückziehen würden.»

Der Vorsitzende übergibt Thomas Obermayer das Wort.

Thomas Obermayer: «Wir ziehen ihn zurück.»

Der Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu BI-02 wird einstimmig von der Gruppe zurückgezogen.

Der Vorsitzende übergibt Larissa Kägi das Wort.

Larissa Kägi: «Ich möchte mich allgemein dazu äussern, was eine Budgetkürzung oder zusätzliche Budgetkürzungen in der Bildung für Folgen haben und das sind langfristige soziale und wirtschaftliche Folgen. Geringere Bildungsqualität hat langfristige Auswirkungen auf die beruflichen Chancen von den



jetzigen SchülerInnen, was unter anderem zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit führen könnte oder von einer geringeren Einkommensperspektive. Grundsätzlich ist es einfach so, dass wenn man jetzt in der Bildung kürzt, hat dies eine Verstärkung der Steigung in der sozialen Ungleichheit zur Folge.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Stadtparlament.

Abstimmung Änderungsantrag 3 der Kommission Bildung & Soziales zu BI-03

Das Stadtparlament hat mit 26 Ja-Stimmen und einer Enthaltung den Änderungsantrag der Kommission Bildung & Soziales genehmigt.

Die Produktgruppe BI-03 wird um 20 000 Franken gekürzt.

Abstimmung zur Produktgruppe BI-04

	Total
Antrag 1: Budgetnachtrag Stadtrat Reduktion 42 000 Franken	13
Antrag 2: Änderungsantrag Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments Reduktion 82 000 Franken	14
Antrag 3: Vorlage Stadtrat gemäss Bericht zum Budget 2025	

Das Stadtparlament hat mit 14 Stimmen dem Antrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments und der Anpassung in der Produktgruppe BI-04 zugestimmt.



Abstimmung zur Produktgruppe BI-05

	Total
Antrag 1: Budgetnachtrag Stadtrat Reduktion 13 000 Franken	13
Antrag 2: Änderungsantrag Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments Reduktion 33 000 Franken	14
Antrag 3: Vorlage Stadtrat gemäss Bericht zum Budget 2025	

Das Stadtparlament hat mit 14 Stimmen dem Antrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments und der Anpassung in der Produktgruppe BI-05 zugestimmt.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mit 18 Ja-Stimmen bei 9 Nein-Stimmen die *bereinigten* Produktgruppen BI-01 bis BI-05 genehmigt.

Produktgruppenberichte

Ressort Finanzen und Informatik (Seiten 75 - 89)

Leistungsgruppe: Finanzen und Informatik (FI)

Leistungsgruppe Finanzen und Informatik (FI)

FI-01 Finanz- und Rechnungswesen, FI-02 Steuern, FI-03 Betreuungswesen und FI-04 Informatik

Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament nachträglich mit Beschluss-Nr. 410 vom 13. November 2024 (dies wird bereits so im Beschluss-Nr. 342 vom 18. September 2024 beantragt), es wolle beschliessen:

1. Für das Jahr 2025 werden für den Teuerungsausgleich und die individuellen Lohnerhöhungen insgesamt 2,1 Prozent (866 000 Franken) der Gesamtlohnsumme gewährt.



Weiter beantragt der Stadtrat dem Stadtparlament nachträglich mit Beschluss-Nr. 413 vom 13. November 2024, es wolle beschliessen:

1. Die vom Stadtrat vorgeschlagenen Änderungen im Budgetnachtrag werden beschlossen und die entsprechenden Budgets in den Produktgruppen um die aufgeführten Beträge gekürzt.
2. Die Einlage in die finanzpolitische Reserve von 2 500 000 Franken wird auf 4 000 000 Franken erhöht. Der neue Ertragsüberschuss beträgt 136 903 Franken.

Budgetnachtrag des Stadtrats vom 13. November 2024 zu FI-01

Der Stadtrat beantragt eine Kürzung von 92 000 Franken des vorgängig budgetierten Betrags dieser Produktgruppe.

Budgetnachtrag des Stadtrats vom 13. November 2024 zu FI-04

Der Stadtrat beantragt eine Kürzung von 35 000 Franken des vorgängig budgetierten Betrags dieser Produktgruppe.

Ausserdem beantragt der Stadtrat dem Stadtparlament folgende Änderung im Bericht, welche in der **Kompetenz des Stadtrats** ist, zur Kenntnis zu nehmen:

FI-02.1 Steueramt

Das Leistungsziel «Ressourceneinsatz» ist gestrichen und die Kennzahlen sind angepasst worden.

Folgende Änderung werden im Bericht vom Stadtrat vorgeschlagen. Über die Änderung werden wir abstimmen:

FI-02.1 Steueramt

Antrag an das Stadtparlament, die Steuerungsgrösse «Intern bearbeitete Steuereinschätzungen» neu «Einschätzungsquote» zu benennen (Begriffspräzisierung).

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit beantragt mehrheitlich die Genehmigung von FI-04 mit den Änderungen des Budgetnachtrags des Stadtrats vom 13. November 2024.



Die RPK beantragt einstimmig die Genehmigung von FI-01, FI-02 und FI-04 und mehrheitlich die Genehmigung von FI-03 mit den Änderungen des Budgetnachtrags des Stadtrats vom 13. November 2024 und unter der Berücksichtigung ihres Änderungsantrags.

Nicht beschlussrelevante Bemerkungen der RPK

FI-02 Steuern: Kostendeckungsgrad Steuerbezug ohne Grundsteuern neu vorschlagen oder anpassen.

FI-04 Informatik: Steuerungsgrößen für Anteil ICT-Aufwand an Gesamtaufwand und ICT-Kosten pro Benutzer/-in mit Rechnung 2024 neu vorschlagen.

Änderungsantrag der RPK zu FI-01 (Lohnerhöhung) (mehrheitlich)

Teuerung und individuelle Lohnerhöhung

(1,7 % = 701 200 Franken)

Erläuternder Text dazu:

Anpassung Teuerung (1,1 %) und individuelle Lohnerhöhung (0,6 %) an Kanton.

Der im Globalbudget eingestellte Betrag wird um 164 800 Franken gekürzt.

Da der Antrag des Stadtrats zur individuellen Lohnerhöhung sowohl im Bericht zum Budget als und auch im nachträglich eingereichten Antrag des Stadtrats identisch sind, wird nur über den Änderungsantrag der RPK zu FI-01 (Lohnerhöhung) abgestimmt.

Die Mitglieder der Kommission Bevölkerung & Sicherheit verzichten auf die Wortmeldung.

Die Mitglieder der RPK verzichten auf die Wortmeldung.

Der Vorsitzende übergibt Stadtpräsident Mark Eberli das Wort.

Stadtpräsident Mark Eberli: «Ich will eine Lanze brechen für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir brauchen den Handlungsspielraum von diesem einen Prozent. Die guten und langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die gute Leistungen erbringen, die kommen wir jetzt, wenn ihr das so herunter kürzt, nur zur Hälfte. Dann kann man sagen: *«Du kommst jetzt dieses Jahr dran und du vielleicht nächstes Jahr, vielleicht aber auch nicht»*. Wir brauchen etwas Handlungsspielraum. Wir wissen alle, dass neue Mitarbeiter in der Regel höher reinkommen, weil der Markt so am Spielen ist. Es ist ein Arbeitnehmermarkt. Und die langjährigen treuen Mitarbeiter, die Superarbeit leisten, das sind, die leiden, wenn wir nicht genug Geld haben, um individuell Lohnerhöhungen zu geben. Darum bitte ich das Parlament dieser Kürzung nicht zu folgen.»



Der Vorsitzende übergibt Romaine Rogenmoser das Wort.

Romaine Rogenmoser: «Alle Jahre wieder kommt neben dem Christkind auch die Forderung des Personalverbandes nach einer Lohnerhöhung. In diesem Jahr sieht das Budget schon eine Lohnerhöhung von 1% sowie einen Teuerungsausgleich von 1,1 % vor. Macht total 2,1 %. Die Forderungen des Personalverbandes geht aber weiter – viel weiter. Nämlich einen Teuerungsausgleich von 2 % statt 1,1 % – begründet wird dies mit bisher nicht ausgeglichener Teuerung. Mit Verlaub: die Stadt orientiert sich beim Teuerungsausgleich immer am Kanton – deshalb kann von einer nicht ausgeglichenen Teuerung keine Rede sein. Die abenteuerliche Berechnung des Verbandes ist schlicht nicht redlich. Ich erkläre Ihnen gerne weshalb. Tatsache ist, dass der Kanton dieses Jahr 1,1 % Teuerung ausbezahlt – vermutlich bin ich die Einzige, die den Regierungsratsbeschluss auch tatsächlich gelesen hat. Damit alle aufdatiert sind über die Facts und nicht einfach nur die offensichtlich irreführenden Ausführungen des Stadtrats glauben: Ich zitiere SRB vom 25. September 2024: Der Kanton Zürich als Arbeitgeber will attraktive Arbeitsbedingungen schaffen und erhalten, weswegen dem Personal ein vollständiger Teuerungsausgleich von 1,1 % gewährt wird. Im Kantonsrat wurde heute sogar ein Antrag auf Halbierung dieses Teuerungsausgleichs gestellt und von der Mehrheit des Kantonsrats angenommen. Denn schliesslich hat die Sicherheit, die eine Staatsstelle bietet, auch einen Wert. Individuelle Lohnerhöhungen und Einmalzulagen von 0,6 bzw. 0,2 % entsprechen den Rotationsgewinnen von durchschnittlich 0,8 % und werden im Kanton selbstverständlich nur individuell ausbezahlt und nicht, wie die Forderung fälschlicherweise impliziert und fordert im Giesskannenprinzip für alle. Dieses Buebetrickli versucht der Personalverband und der Stadtrat jedes Jahr und wie es scheint, einmal mehr erfolgreich. Nun ist es tatsächlich so, dass es auch für den Staat schwieriger wird, an Fachkräfte zu kommen. Nur kann es nicht sein, dass er Steuergelder finanziert mit immer noch höheren Löhnen und vor allem immer noch tolleren Fringe Benefits der Privatwirtschaft die Arbeitskräfte abgräbt. Kurz zur Erinnerung: die städtischen Angestellten profitieren jetzt schon von so vielen Goodelies, dass jeder normale Angestellte und v.a. Steuerzahler aus dem Staunen nicht herauskommt: So können die Angestellten z.B. sämtliche Sporteinrichtungen gratis benutzen, es stehen Früchtekorb, Massage, ZV-Abo, Halbtax, Parkplatzverbilligung, überproportionale Pensionskassenleistungen, längere Ferien und vieles mehr im Angebot. Dass der staatliche Durchschnittslohn mittlerweile auch 17 % über dem der Privatwirtschaft liegt, sollte reichen. Dass die staatlichen Angestellten durchschnittlich auch weniger Stunden arbeiten als die Privatwirtschaft oder Eigentümer – für notabene mehr Lohn – reicht aber offensichtlich noch nicht. Nein, es muss noch eine substanzielle Lohnerhöhung her. Tatsache ist, dass der Reallohn von 2000 bis 2024 um 12 % gestiegen ist, die Arbeitszeit in derselben Zeit aber um 8 % gesunken ist. Es täte dem Personalverband also gut, selbst auch einmal etwas für das Wohl der Stadt und so auch zur Sicherung der Arbeitsplätze beizutragen – dies machen sie aber sicher nicht mit solchen Forderungen.



Ich weiss nicht, wer sich die Mühe gemacht hat, den Auszug aus dem Stadtrats-Protokoll zu lesen. Vermutlich niemand – sonst wäre es vielleicht aufgefallen, dass mit der Forderung u.a. gleich zweimal Geld für Einmalzulagen gefordert wird. Es sind nämlich schon 50 000 Franken als Prämientopf für individuelle Lohnerhöhung bereitgestellt unter dem Produkt Personal. Und jetzt zum Stadtrat bzw. zur Geschäftsleitung: Dieser weiss ganz genau, dass das Parlament vor ein paar Jahren beschlossen hat, dass das Parlament nur einen einzigen Lohnerhöhungs-Satz bewilligt und der Stadtrat selber entscheiden kann, zu welchem Prozentsatz er Teuerungsausgleich, Einmalzulagen und individuelle Lohnerhöhungen einsetzen will. Dies gibt ihm nämlich die Möglichkeit, gute Leistungen entsprechend höher zu entschädigen. Dies wäre eine gezielte Förderung von guten Mitarbeitenden. Die Giesskanne entspricht mehr einem sozialistischen System. Leider hat auch das Parlament dies vergessen und kriecht dem Stadtrat einmal mehr auf den Leim. Ich erlaube mir eine weitere Bemerkung: Schon bei meinem ersten Votum habe ich darauf hingewiesen, dass der Stadtrat mit dem präsentierten Budget kein Vertrauen geschaffen hat. Hier ist ein weiterer Grund, weshalb ich mittlerweile sämtlichen Zahlen im Budget misstrauen, ja misstrauen muss. Ganz offensichtlich nimmt es der Stadtrat mit der Budgetierung nicht so genau bzw. seriös. Mehrfach finden sich im Budget Korrekturhinweise – insbesondere bei den Stellenplänen. Aber auch in der vorliegenden Lohnerhöhungsforderung liest man, ich zitiere: Hinweis: auf Seite 78 des Berichts zum Budget 2025 wird ein budgetierter Teuerungsausgleich von 1 % erwähnt. Richtig und budgetiert ist 1,1 %. Wer nun meint, so ein Fehlerchen kann sich schon mal einschleichen, dem muss ich sagen: Ich habe eher den Eindruck, dass dieses Vorgehen System hat, denn in demselben Papier vom letzten Jahr steht auf Seite 1146, ich zitiere wieder: Hinweis: Auf Seite 79 des Berichts zum Budget 2024 wird eine budgetierter Besoldungsveränderung von 0,5 % aufgeführt. Das ist falsch: Es sind 2 % budgetiert. Diese kleinen Inkorrektheiten scheinen System zu haben. Und Sie verlangen von uns, dass wir dem Rest des Budgets vertrauen sollen, wenn doch praktisch bei jedem Beschluss des Stadtrates ein Fehler drin ist. Wer versichert mir, dass alle anderen Zahlen stimmen? Von einem Heer von Stadtangestellten erwarte ich eine sorgfältigere Arbeitsweise. Aber ich bin sicher, auch mehr Lohn wird dies nicht richten. Für mich kommt eine Lohnerhöhung, die über dem Kanton liegt, nicht in Frage.»

Der Vorsitzende übergibt Stadtpräsident Mark Eberli das Wort.

Stadtpräsident Mark Eberli: «Die Stadt hat seit dem 2016 bis jetzt 10,4 Prozent erhöht und der Kanton um 12 Prozent. Das sind Fakten. Und du kannst immer von deinen Zahlen und deinen Fakten reden. Ich werde langsam müde.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Stadtparlament.



Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu FI-03

Die Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments beantragt die Reduktion des Globalbudgets um 20 000 Franken.

Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu FI-04

Die Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments beantragt die Reduktion des Globalbudgets um 95 000 Franken.

Es liegen somit 3 Varianten zu FI-04 vor.

Abstimmungen

Abstimmung Budgetnachtrag des Stadtrats vom 13. November 2024 zu FI-01

Das Stadtparlament hat einstimmig den Budgetnachtrag des Stadtrats genehmigt.
Die Produktgruppe FI-01 wird um 92 000 Franken gekürzt.

Der Vorsitzende übergibt Peter Stiefenhofer das Wort.

Peter Stiefenhofer interveniert, dass die Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments davon ausgegangen sei, dass die Budgetnachträge zuerst zur Abstimmung gebracht werden würden. Darum hatten sie diese ursprünglich nicht integriert. Sie möchten die Anträge in der Produktgruppe FI-01 auch gegenübergestellt haben. Es wird aufgeklärt, dass eine separate Abstimmung zu FI-01 (Lohnerhöhung) stattfinden wird.

Abstimmung Änderungsantrag der RPK zu FI-01 (Lohnerhöhung) (mehrheitlich)

Das Stadtparlament hat mit 19 Ja-Stimmen bei 8 Nein-Stimmen den Antrag der RPK zur Produktgruppe FI-01 (1,1 % Teuerungsausgleich und 0,6 % individuelle Lohnerhöhungen [Total 1,7 %]) genehmigt.

Die Produktgruppe FI-01 wird um *weitere* 164 800 Franken gekürzt.

Abstimmung Änderungsvorschlag Stadtrat zu FI-02.1 Steueramt

Das Stadtparlament hat einstimmig den Änderungsvorschlag des Stadtrats zu FI-02.1 Steueramt genehmigt.



Abstimmung Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu FI-03

Das Stadtparlament hat mit 15 Ja-Stimmen bei 12 Nein-Stimmen den Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments genehmigt.

Die Produktgruppe FI-03 wird um 20 000 Franken gekürzt.

Abstimmung zur Produktgruppe FI-04

	Total
Antrag 1: Budgetnachtrag Stadtrat Reduktion 35 000 Franken	12
Antrag 2: Änderungsantrag Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments Reduktion 95 000 Franken	15
Antrag 3: Vorlage Stadtrat gemäss Bericht zum Budget 2025	

Das Stadtparlament hat mit 15 Stimmen dem Antrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments und der Anpassung in der Produktgruppe FI-04 zugestimmt.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mit 19 Ja-Stimmen bei 8 Nein-Stimmen die *bereinigten* Produktgruppen FI-01 bis FI-04 genehmigt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat bei der Produktgruppe FI-02.1 Steueramt das Leistungsziel «Ressourceneinsatz» gestrichen sowie die Kennzahlen in eigener Kompetenz angepasst hat.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass zum jetzigen Zeitpunkt das Gesamtergebnis noch nicht bekannt ist. Deshalb kann auch die Einlage in die finanzpolitische Reserve noch nicht definitiv festgelegt werden. Über die definitive Einlage wird erst vor der Schlussabstimmung über das *bereinigte* Produktgruppenbudget 2025 (nach der eventuellen Steuerfussveränderung) abgestimmt.

Dr. Luís M. Calvo Salgado fragt an, ob bekannt sei, wie lange die Sitzung dauern solle.

Peter Frischknecht stellt gemäss Art. 37 Abs. 1.3 der GeschO den Ordnungsantrag, dass die Sitzung um 23.00 Uhr unterbrochen wird.



Es wird über folgende Varianten abgestimmt:

	Total
Antrag 1: Abbruch Sitzung um 23.00 Uhr	13
Antrag 2: Abbruch Sitzung nach Ressort Bau und Planung	6
Antrag 3: open end	8

Das Stadtparlament beschliesst, die Sitzung um 23.00 Uhr zu unterbrechen.

Produktgruppenberichte

Ressort Planung und Bau (Seiten 90 - 111)

Leistungsgruppe: Bau, Planung und Umwelt (BA), Liegenschaften (LI)

Leistungsgruppe Bau, Planung und Umwelt (BA)

BA-01 Hochbau, BA-03 Stadtplanung und BA-04 Mobilität und Energie

Budgetnachtrag des Stadtrats vom 13. November 2024 zu BA-01

Der Stadtrat beantragt eine Kürzung von 200 000 Franken des vorgängig budgetierten Betrags dieser Produktegruppe.

Budgetnachtrag des Stadtrats vom 13. November 2024 zu BA-04

Der Stadtrat beantragt eine Kürzung von 64 000 Franken des vorgängig budgetierten Betrags dieser Produktegruppe.

Ausserdem werden folgende Änderung im Bericht vom Stadtrat vorgeschlagen. Über die Änderung werden wir abstimmen:

BA-01 Hochbau

Antrag an das Stadtparlament, das Produkt WE-05.2 Kataster- und Vermessungswesen vom Ressort Umwelt und Infrastruktur **neu** in die **Produktgruppe BA-01 Hochbau im Produkt BA-01.1. Hochbau** (inkl. Verschiebung der Wirkungsziele) im Ressort Planung und Bau zu verschieben.



Die Kommission Bau & Infrastruktur und die RPK beantragen mehrheitlich die Genehmigung von BA-01, BA-03 und BA-04 mit den Änderungen des Budgetnachtrags des Stadtrats vom 13. November 2024.

Der Vorsitzende übergibt Andreas Scheuss das Wort.

Andreas Scheuss: «Im Namen der Kommission Bau & Infrastruktur bedanke ich mich zunächst bei der Abteilung Planung und Bau und beim zuständigen Stadtrat Andreas Müller für die Arbeiten zum Budget und die Beantwortung von den anschliessenden Fragen der Kommission. Die Kommission empfiehlt mehrheitlich die Genehmigung der Produktgruppen inkl. den Änderungen des Stadtrats vom 13. November 2024 ohne Änderungsanträge. In der Kommission kamen ähnliche globale Kürzungen mit einem gewissen Prozentbetrag als Anträge auf. Die Zahlen waren damals eher bei ca. 5 % als jetzt 2 - 3 %. Diese damaligen Anträge auf Kürzungen im 5%-Bereich wurde von der Mehrheit abgelehnt. Die Begründung war einerseits, dass nicht klar argumentiert wurde, warum dort gekürzt werden könnte und andererseits man nicht in dieser Tiefe eingreifen wollte. Wir haben an den letzten Sitzungen zur Rechnung und Budget angekündigt, die Steuerungsgrössen, Kennzahlen, Leistungsindikatoren und Wirkungszielen zu überarbeiten. Wir hatten da auf erste Vorschläge der Abteilungen selbst gewartet. Diese trafen aber - auch wegen personellen Wechsels - nicht ein. Auch angesichts der Kürzungsanträge, planen wir in der Kommission, dies ab Anfang 2025 proaktiv anzugehen.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Stadtparlament.

Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu BA-01

Die Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments beantragt die Reduktion des Globalbudgets um 245 000 Franken.

Es liegen somit 3 Varianten zu BA-01 vor.

Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu BA-03

Die Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments beantragt die Reduktion des Globalbudgets um 20 000 Franken.

Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu BA-04

Die Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments beantragt die Reduktion des Globalbudgets um 74 000 Franken.



Es liegen somit 3 Varianten zu BA-04 vor.

Der Vorsitzende übergibt Stadtrat Andreas Müller das Wort.

Stadtrat Andreas Müller: «Ich möchte einfach schnell von diesem BA-01 vom BA-03 und vom BA-04 erläutert haben. Wenn ihr das Budget vom letzten Jahr zu diesem Jahr anschaut, budgetieren wir im BA-03 und im BA-04 weniger als letztes Jahr. Wir waren sehr aufmerksam in der Budgetierung. Wir budgetieren diese Jahr 102 000 Franken beziehungsweise 176 000 Franken weniger, plus wir haben in der Mobilität und in der Energie noch einmal 64 000 Franken von uns aus eingespart. Wir haben keine Erhöhungen. Wir sind selber am Sparen, sensibel am Budgetieren, weil wir wissen, wie kostensensibel wir alle zusammen miteinander sind.»

Der Vorsitzende übergibt Thomas Obermayer das Wort.

Thomas Obermayer: «Die Frage ist auch schon aufgetaucht. Das stimmt nur auf das eine Jahr. Aber beim 2023, als der Wechsel war, stimmt das nicht. Da haben wir eine Kostensteigerung von 450 000 Franken.»

Der Vorsitzende übergibt Andreas Scheuss das Wort.

Andreas Scheuss: «Weil wir ja sagen, wir sind unseriöse Anträge, will ich hier auch ein bisschen tiefer hineingehen, was da genau drin ist, in diesen Sachen und zuerst noch eine Replik auf Thomas. Wenn man schaut, was damals herumgeschichtet worden ist, vielleicht erinnern sich die Aufmerksamen. In der letzten Budgetsitzung haben wir einerseits den öffentlichen Verkehr von Stadträtin Andrea Spycher zu Stadtrat Andreas Müller rübergeschoben etc. Wenn man das genau anschaut, dann sieht man wirklich eine Erhöhung dieser Zahlen, aber man muss auch sehen, dass mehr Themen reingekommen sind, gerade im Bereich Mobilität und Energie, dort haben wir unsere Klima- und Energiestrategie und auch die längst fällige Bearbeitung des Teilrichtplans Verkehr. Bei der BA-01 ist immer wieder das Thema, dass da die Kosten hinaufgegangen sind – Beispiel Höri. Die Baugenehmigungen in der BA-01 sind immer schlechter geworden über die Jahre, das heisst die die Aufwände kommen einerseits von dort, andererseits auch aus personellem Problem, die in dem Jahreszyklus da sind. Mindestens ich aus der Kommission sehe da eigentlich nicht, dass es nächstes Jahr Besserungen gibt. Dann haben wir auch gerade den Antrag, über das Kataster- und Vermessungswesen. Das kommt jetzt auch hier rein. Das gibt auch noch etwa 40 000 Franken, was den Betrag insgesamt erhöht. Bei der BA-03 haben wir die ganze Stadtplanung drin. Das sind unsere grossen Projekte, wie zum Beispiel der Neubau



Busbahnhof, der letzte Woche in eine öffentliche Auflage gegangen ist. Alle anderen Projekte, die im Bereich Bahnhof sind, die Nutzungsplanungsrevision, private Gestaltungspläne... das sind alles Projekte, die jetzt da sind, die Gefahr laufen verzögert zu werden, wenn man sie kürzt und unseren Investitionsstau noch weiter zementieren wird. Darum lehne ich im Sinne den Grünen alle Änderungsanträge zu BA-01, BA-03 und BA-04 als unseriös ab und hoffe, ihr würdet dem auch folgen.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Stadtparlament.

Abstimmungen

Abstimmung zur Produktgruppe BA-01

	Total
Antrag 1: Budgetnachtrag Stadtrat Reduktion 200 000 Franken	15
Antrag 2: Änderungsantrag Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments Reduktion 240 000 Franken	
Antrag 3: Vorlage Stadtrat gemäss Bericht zum Budget 2025	

Das Stadtparlament hat mit 15 Stimmen dem Budgetnachtrag des Stadtrats und der Anpassung in der Produktgruppe BA-01 zugestimmt.

Abstimmung Änderungsvorschlag Stadtrat zu BA-01 Hochbau

Das Stadtparlament hat mit 26 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme den Änderungsvorschlag des Stadtrats zu BA-01 Hochbau genehmigt.

Abstimmung Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu BA-03

Das Stadtparlament hat mit 14 Ja-Stimmen bei 13 Nein-Stimmen und einer Enthaltung dem Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments – mit Stichentscheid des Vorsitzenden – genehmigt.

Die Produktgruppe BA-03 wird um 20 000 Franken gekürzt.



Abstimmung zur Produktgruppe BA-04

	Total
Antrag 1: Budgetnachtrag Stadtrat Reduktion 64 000 Franken	14
Antrag 2: Änderungsantrag Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments Reduktion 74 000 Franken	13
Antrag 3: Vorlage Stadtrat gemäss Bericht zum Budget 2025	

Das Stadtparlament hat mit 14 Stimmen dem Budgetnachtrag des Stadtrats und der Anpassung in der Produktgruppe BA-04 zugestimmt.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mit 25 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen die *bereinigten* Produktgruppen BA-01 und BA-03 bis BA-04 genehmigt.

Leistungsgruppe Liegenschaften (LI)

LI-01 Liegenschaften

Budgetnachtrag des Stadtrats vom 13. November 2024 zu LI-01

Der Stadtrat beantragt eine Kürzung von 45 000 Franken des vorgängig budgetierten Betrags dieser Produktgruppe.

Die Kommission Bau & Infrastruktur und die RPK beantragen mehrheitlich die Genehmigung von LI-01 mit den Änderungen des Budgetnachtrags des Stadtrats vom 13. November 2024.

Der Vorsitzende übergibt Andreas Scheuss das Wort.

Andreas Scheuss: «Wie gesagt, werde ich auch hier als Kommissionsmitglied etwas dazu sagen, was drin ist. Wir als Grüne weisen das als unseriös zurück, da es ohne Rücksprache mit der Abteilung erarbeitet worden. In der Produktgruppe «Liegenschaften» ist nicht nur die Verwaltung der diversen Liegenschaften der Stadt, wie zum Beispiel des Stadthauses, der Stadthalle, aber auch der öffentlichen



Toiletten drin, sondern auch die Bauherrenvertretung für die gerade heute begonnenen Bauarbeiten bei der Schulanlage Guss und Allmend. Diese Vertretung ist wichtig, damit man eine nahe Projektarbeit, Projektmitarbeit und Projektkontrolle hat und auch frühzeitig sieht, wenn es irgendwelche Baumängel gibt. Eine Kürzung von etwa 11 Prozent bei dieser Sache, bedeutet erhebliche Einschnitte in die Projektbegleitung und Verwaltung. Es ist zu befürchten, dass die Projekte nicht in der gewünschten Geschwindigkeit abgeschlossen werden können oder im schlimmsten Fall vielleicht sogar mit Baumängeln. Wir von den Grünen lehnen den Antrag ab.»

Der Vorsitzende übergibt Peter Stiefenhofer das Wort.

Peter Stiefenhofer: «Eine Kürzung von 11 Prozent wäre tatsächlich schockierend. Wir reden da von einem gesamten Kostenvolumen von fast 17 Millionen Franken. Und da ist mir gesagt worden, auf einen grossen Teil davon hätten wir keinen Einfluss. Und das ist genau das Problem. Wenn man bei 14 bis 15 Millionen Franken sagt, da habe man gar keinen Einfluss darauf, dann ist da vielleicht etwas falsch im System, aber wir reden von 190 000 Franken auf ein Kostenvolumen von über 16 Millionen Franken.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Stadtparlament.

Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu LI-01

Die Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments beantragt die Reduktion des Globalbudgets um 235 000 Franken.

Es liegen somit 3 Varianten zu LI-01 vor.

Der Vorsitzende übergibt Stadtrat Andreas Müller das Wort.

Stadtrat Andreas Müller: «Jetzt muss ich doch schnell berichtigen, Peter: Ich habe ein Immobilienbudget von 5,7 Millionen Franken und die 17 Millionen Franken, die wissen wir nicht, von wo du die hast. In Absprache mit den beiden Markus, ist das Immobilienbudget 5,7 Millionen Franken hoch. Aber das, wo ich ursprünglich sagen wollte: Wir budgetieren Immobilienbereich 800 000 Franken mehr. Die 800 000 Franken setzen sich auf der einen Seite zusammen aus der Budgetierung von Reparatur und Unterhalt der Liegenschaften und auf der anderen Seite die Kosten aller Bereiche von allen Abteilungen wie anfallende Portokosten, Zinskosten, Stromkosten, die in den letzten Jahren enorm gestiegen sind und wir haben die Wärme, die ebenfalls gestiegen ist. Wenn wir diese vier Sachen



zusammenzählen, kommen wir auf die 800 000 Franken, die wir in diesem Immobilienbudget mehr beantragen. Für rein den Unterhalt und Reparaturen haben wir nicht mehr budgetiert wie in den vergangenen Jahren. Von diesen 800 000 Franken sind im Gesamtbudget im November 250 000 Franken reduziert worden, weil die EKZ die Preissenkung dann bekanntgegeben hat für das Jahr 2025. Wenn jetzt weitere Streichungen vorgenommen werden im Immobilienbudget, dann machen wir nicht noch Unterhalt und Reparaturen, dann machen wir ausschliesslich noch Reparaturen, die notfallmässig kommen und unserer Immobilienabteilung sind die Hände gebunden, etwelchen sauberen Unterhalt auf einer Liegenschaft zu machen.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Stadtparlament.

Abstimmungen

Abstimmung zur Produktgruppe LI-01

	Total
Antrag 1: Budgetnachtrag Stadtrat Reduktion 45 000 Franken	15
Antrag 2: Änderungsantrag Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments Reduktion 235 000 Franken	
Antrag 3: Vorlage Stadtrat gemäss Bericht zum Budget 2025	

Das Stadtparlament hat mit 15 Stimmen dem Budgetnachtrag des Stadtrats und der Anpassung in der Produktgruppe LI-01 zugestimmt.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mit 24 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen die *bereinigte* Produktgruppe LI-01 genehmigt.



Produktgruppenberichte

Ressort Politik und Präsidiales, Stab (Seiten 112 – 139)

Leistungsgruppe: Kultur (KU), Politik (PS), Stab (PS) und Wirtschaft und Arbeit (WA)

Leistungsgruppe Kultur (KU)

KU-02 Kultur

Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament folgende Änderung im Bericht, welche in der **Kompetenz des Stadtrats** ist, zur Kenntnis zu nehmen:

KU-02.2 Kultur- und Begegnungszentrum

Es wurde eine textliche Anpassung des Leistungsziels vorgenommen.

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit beantragt mehrheitlich die Genehmigung von KU-02.

Die RPK beantragt einstimmig die Genehmigung von KU-02.

Der Vorsitzende übergibt Dr. Luís M. Calvo Salgado das Wort.

Dr. Luís M. Calvo Salgado: «Kultur ist eines meiner Lieblingsthemen, vor allem wenn ich vor Leuten stehe, die für eine Art von Büüli-Fest stimmen, wo man Geld an die Freunde gibt, damit sie sich auch noch alles erlauben können, was wir dann noch bezahlen müssen, aber dann, wenn es um 15 000 Franken geht, dann müssen wir sparen. Das ist was ich wirklich eine feindliche Haltung gegenüber Kultur nenne und eine Bewirtschaftung sehr merkwürdige Art der Festkultur dieser Stadt.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Stadtparlament.

Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu KU-02

Die Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments beantragt **die Reduktion** des Globalbudgets um **15 000 Franken**.



Abstimmungen

Abstimmung Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu KU-02

Das Stadtparlament hat mit 15 Ja-Stimmen bei 12 Nein-Stimmen den Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments genehmigt.

Die Produktgruppe KU-02 wird um 15 000 Franken gekürzt.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mit 18 Ja-Stimmen bei 9 Nein-Stimmen die *bereinigte* Produktgruppe KU-02 genehmigt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat im Produkt KU-02.2 Kultur- und Begegnungszentrum die textliche Anpassung des Leistungsziels in eigener Kompetenz vorgenommen hat.

Leistungsgruppe Politik und Stab (PS)

PS-01 Politik und PS-02 Stab

Budgetnachtrag des Stadtrats vom 13. November 2024 zu PS-01

Der Stadtrat beantragt eine Kürzung von 12 000 Franken des vorgängig budgetierten Betrags dieser Produktegruppe.

Budgetnachtrag des Stadtrats vom 13. November 2024 zu PS-02

Der Stadtrat beantragt eine Kürzung von 74 000 Franken des vorgängig budgetierten Betrags dieser Produktegruppe.

Ausserdem beantragt der Stadtrat dem Stadtparlament folgende Änderung im Bericht, welche in der **Kompetenz des Stadtrats** ist, zur Kenntnis zu nehmen:

PS-02.2 Kommunikation

Das Leistungsziel «Quartalsweise Info der Mitarbeitenden (Büli-Inside)» ist gestrichen worden.

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit beantragt mehrheitlich die Genehmigung von PS-01 und PS-02 mit den Änderungen des Budgetnachtrags des Stadtrats vom 13. November 2024.



Die RPK beantragt mehrheitlich die Genehmigung von PS-01 und einstimmig die Genehmigung von PS-02 mit den Änderungen des Budgetnachtrags des Stadtrats vom 13. November 2024 und ihres Änderungsantrags.

Änderungsantrag der RPK zu PS-02 (mehrheitlich)

Die RPK beantragt die Reduktion des Globalbudgets um 89 000 Franken.

Begründung: Verzicht auf Führungsstelle Kommunikation

Der Vorsitzende übergibt Stadtpräsident Mark Eberli das Wort.

Stadtpräsident Mark Eberli: «Die Themenvielfalt und die Anzahl Projekte wachsen auch in der Stadt und die Bedürfnisse und die Erwartungen, dass man genügend kommuniziert, die steigen. Es ist dem Stadtrat auch ein Anliegen vermehrt und vielleicht auch besser kommunizieren zu können. Es ist eine der letzten bereichsübergreifende Funktion, die keinen Bereichsleiter hat. IT hat das, Immobilien hat das und auch das HR hat das. Bei der Kommunikation geht es auch immer über die ganze Stadt und dort sind wir der Meinung, dass es dort auch eine Bereichsleiterstelle braucht, die die Kommunikation über die ganze Stadt koordiniert und auch verbessert. Darum haben wir das so beantragt. Ich weiss um die Mehrheitsverhältnisse da heute Abend, aber es war mir trotzdem wichtig, das zu sagen.»

Der Vorsitzende übergibt Dr. Luís M. Calvo Salgado das Wort.

Dr. Luís M. Calvo Salgado: «Vielleicht bekommt man manchmal den Eindruck, dass wir von der linken Seite immer Geld ausgeben, aber das ist nicht so. Mindestens ich, in diesem Fall stimme dafür, dass diese Stelle bei der Kommunikation nicht genehmigt wird.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Stadtparlament.

Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu PS-01

Die Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments beantragt die Reduktion des Globalbudgets um 42 000 Franken.

Es liegen somit 3 Varianten zu PS-01 vor.



Abstimmung Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu PS-02

Die Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments beantragt die Reduktion des Globalbudgets um 198 000 Franken.

Es liegen somit 4 Varianten zu PS-02 vor.

Abstimmungen

Abstimmung zur Produktgruppe PS-01

	Total
Antrag 1: Budgetnachtrag Stadtrat Reduktion 12 000 Franken	12
Antrag 2: Änderungsantrag Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments Reduktion 42 000 Franken	15
Antrag 3: Vorlage Stadtrat gemäss Bericht zum Budget 2025	

Das Stadtparlament hat mit 15 Stimmen den Antrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments und der Anpassung in der Produktgruppe PS-01 zugestimmt.

Abstimmung zur Produktgruppe PS-02

	Total
Antrag 1: Budgetnachtrag Stadtrat Reduktion 74 000 Franken	5
Antrag 2: Änderungsantrag RPK Reduktion 163 000 Franken	7
Antrag 3: Änderungsantrag Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments Reduktion 198 000 Franken	15
Antrag 4: Vorlage Stadtrat gemäss Bericht zum Budget 2025	

Das Stadtparlament hat mit 15 Stimmen dem Antrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments und der Anpassung in der Produktgruppe PS-02 zugestimmt.



Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mit 20 Ja-Stimmen bei 7 Nein-Stimmen die *bereinigten* Produktgruppen PS-01 und PS-02 genehmigt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat beim Produkt PS-02.2 Kommunikation das Leistungsziel «Quartalsweise Info der Mitarbeitenden (Büli-Inside)» in eigener Kompetenz gestrichen hat.

Leistungsgruppe Wirtschaft und Arbeit (WA)

WA-01 Standortförderung

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit beantragt mehrheitlich die Genehmigung von WA-01.

Die RPK beantragt einstimmig die Genehmigung von WA-01.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu WA-01

Die Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments beantragt die Reduktion des Globalbudgets um 20 000 Franken.

Abstimmungen

Abstimmung Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu WA-01

Das Stadtparlament hat mit 16 Ja-Stimmen bei 11 Nein-Stimmen den Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments genehmigt.

Die Produktgruppe WA-01 wird um 45 000 Franken gekürzt.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mit 18 Ja-Stimmen bei 8 Nein-Stimmen und einer Enthaltung die *bereinigte* Produktgruppe WA-01 genehmigt.



Produktgruppenberichte

Ressort Soziales und Gesundheit (Seiten 140 – 175)

Leistungsgruppe: Alter (AL), Gesundheit (GE) und Soziales (SO)

Leistungsgruppe Alter (AL)

AL-01.6 Altersprojekte und AL-01.8 Anlaufstelle 60plus

Budgetnachtrag des Stadtrats vom 13. November 2024 zu AL-01

Der Stadtrat beantragt eine Kürzung von 28 000 Franken des vorgängig budgetierten Betrags dieser Produktegruppe.

Die Kommission Bildung & Soziales beantragt einstimmig die Genehmigung von AL-01 mit den Änderungen des Budgetnachtrags des Stadtrats vom 13. November 2024 und unter Berücksichtigung ihres Änderungsantrags.

Die RPK beantragt einstimmig die Genehmigung von AL-01 mit den Änderungen des Budgetnachtrags des Stadtrats vom 13. November 2024.

Nicht beschlussrelevante Bemerkung der Kommission Bildung & Soziales

Neu werden die Anzahl Pflegeplätze unter den Kennzahlen GE-01 Gesundheit aufgeführt.

Änderungsantrag der Kommission Bildung & Soziales zu AL-01.6

Die Kommission Bildung & Soziales beantragt, die Kürzung der Personalkosten um 51 000 Franken von 195 000 Franken auf 144 000 Franken.

Begründung: Die Fachkommission Bildung & Soziales beantragt, dass 80 Stellenprozent der Bedarfsabklärungsstelle erst 2026 besetzt werden. Im Jahr 2025 sollen dementsprechend 80 % Bedarfsabklärung und 20 % Teamleitung besetzt werden.

Der Vorsitzende übergibt Britta Müller-Ganz das Wort.

Britta Müller-Ganz: «Ich möchte im Namen unserer Kommission Bildung & Soziales kurz auf die Änderungsanträge eingehen. Wir beantragen einstimmig die Streichung der Steuerungsgrösse Anzahl städtische Pflegeplätze ist eine hypothetische Zahl. Die Anzahl ergibt sich aus zwei Grössen, welche die Stadt nicht direkt steuern kann. Einerseits ergibt sie sich auch der Leistungsvereinbarung mit der



Stiftung Alterszentrum Region Bülach (SARB) und andererseits aus einer theoretischen Berechnung der KZU Kompetenzzentrum Pflege und Gesundheit mit Standort in Embrach und Bassersdorf. Diese Zahl als Vorgabe ergibt keine sinnvolle Steuerung, zumal weitere private Pflegeplätze und Pflegeplätze in anderen Gemeinden zur Verfügung stehen und die Personen frei entscheiden, wo sie das Angebot in Anspruch nehmen. In Zukunft wird jedoch unter den Kennzahlen das effektiv vorhandene Angebot ausgewiesen. Unsere Kommission beantragt die Kürzung der Personalkosten um 51 000 Franken. Der Kanton schreibt vor, dass die Gemeinden eine Bedarfsabklärungsstelle schaffen müssen, um den Bedarf an Unterstützung, insbes. Spitex-Leistungen abzuklären, wenn jemand Ergänzungsleistungen bezieht. Ziel dieser Massnahme ist es, die Unterstützung so lange wie möglich zu Hause sicherzustellen und einen Eintritt in ein Pflegeheim möglichst zu vermeiden. Die Kosten im Pflegeheim und damit für die Stadt sind deutlich höher als bei einer Unterstützung zu Hause. Gleichwohl sind wir der Meinung, dass nicht von vornherein 180 Stellenprozent geschaffen werden sollen für diese Aufgabe. Mit einer 100 Prozentstelle sollen zuerst Erfahrungen gesammelt werden, ob der Bedarf mit einer Stelle abgedeckt werden kann. Der Antrag des Stadtrates um Kürzung um 28 000 Franken wird einstimmig gutgeheissen.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Stadtparlament.

Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu AL-01

Die Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments beantragt **die Reduktion** des Globalbudgets um **89 000 Franken**.

Es liegen somit **4 Varianten zu AL-01** vor.



Abstimmungen

Abstimmungen zur Produktgruppe AL-01

	Total
Antrag 1: Budgetnachtrag Stadtrat Reduktion 28 000 Franken	
Antrag 2: Änderungsantrag Kommission Bildung & Soziales Reduktion 79 000 Franken	14
Antrag 3: Änderungsantrag Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments Reduktion 89 000 Franken	
Antrag 4: Vorlage Stadtrat gemäss Bericht zum Budget 2025	

Das Stadtparlament hat mit 14 Stimmen dem Antrag der Kommission Bildung & Soziales und der Anpassung in der Produktgruppe AL-01 zugestimmt.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat einstimmig die *bereinigte* Produktgruppe AL-01 genehmigt.

Leistungsgruppe Gesundheit (GE)

GE-01 Gesundheit

Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament folgende Änderung im Bericht, welche in der **Kompetenz des Stadtrats** ist, zur Kenntnis zu nehmen:

GE-01 Gesundheit

Es wurden die Kennzahlen überarbeitet.



Folgende Änderung im Bericht wird vom Stadtrat vorgeschlagen. Über die Änderung werden wir abstimmen:

GE-01 Gesundheit

Antrag an das Stadtparlament, diverse Anpassungen bei den Wirkungszielen vorzunehmen. (gemäss Bericht zum Budget 2025, Seite 148)

Die Kommission Bildung & Soziales beantragt einstimmig und die RPK beantragt mehrheitlich die Genehmigung von GE-01.

Nicht beschlussrelevante Bemerkung der Kommission Bildung & Soziales

Präzisierung zum neuen Wirkungsziel «Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements und der gemeinnützigen Freiwilligenarbeit in der Stadt Bülach»: Die Unterstützung soll via Koordinationsstelle primär in Form von Wertschätzung und Anerkennung stattfinden.

Neu werden bei GE-01.5 Pflegefinanzierung folgende Kennzahlen ausgewiesen:

- Anzahl Personen in der Langzeitpflege von Pflegeheimen mit Leistungsvereinbarung (Gesamtjahr)
- Anzahl Personen in der Akut- und Übergangspflege von Pflegeheimen mit Leistungsvereinbarung (Gesamtjahr)
- Davon Pfl egetage in der Langzeitpflege in Pflegeheimen mit Leistungsvereinbarung (Gesamtjahr)
- Davon Pfl egetage in der Akut- und Übergangspflege in Pflegeheimen mit Leistungsvereinbarung (Gesamtjahr)

Der Vorsitzende übergibt Laura Hartmann das Wort.

Laura Hartmann: «Ich will nur kurz darauf aufmerksam machen, dass wir vom Budget 2024 auf das Budget 2025 in dieser Produktgruppe eine Kostensteigerung von 12 Prozent haben, was knapp 1,3 Millionen Franken entspricht und diese Erhöhung ist hauptsächlich auf den weiteren Anstieg von Leistungsbezü gern im Bereich von der ambulanten und stationären Pflegefinanzierung zurückzuführen. Ich will nur kurz darauf aufmerksam machen, dass das ein Thema ist, welches uns die nächsten Jahre sicher noch mehr beschäftigen wird, weil das ein Kostenfaktor ist, der massiv in die Höhe geht, gegen den wir aber nicht viel machen können. Einfach kurz als Vergleich: Im Jahr 2013 hatten wir totale Pflegerestkosten, also Sachkosten, von 4,65 Millionen Franken und zehn Jahre später im Jahr 2023 haben sich diese mehr als verdoppelt auf 9,85 Millionen Franken. Und der Trend zeigt immer noch nach oben. Was aber erfreulich ist, ist, dass vor allem die Spitex-Klienten massiv mehr zulegen als die Klienten im Heim, und zwar ist es bei der Spitex eine Verdoppelung von 342 auf 679 und die



Klienten im Heim 206 auf 295, was etwa 43 Prozent entspricht. Plus ist es so, dass die Spitex ja deutlich günstiger ist als Personen im Heim. Aktuell kostete 2023 eine Person zuhause mit Spitex im Schnitt 4 825 Franken und die Person im Heim 22 720 Franken, was fast das Fünffache ist. Das sind Kosten, bei denen wir uns langsam bewusst werden müssen, dass das einfach massiv zunimmt. Das Rezept, dem entgegenzuwirken, ist Moment schwierig und das würde auch den Rahmen für heute Abend sprengen, wenn wir das noch ausdiskutieren würden.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Tünde Mihalyi.

Tünde Mihalyi: «Ich will nur gerne erwähnen, dass das die Boomer-Generation ist, die das hauptsächlich betrifft und hier drinnen doch auch noch ein paar Leute sitzen, die es bald betrifft. Also bitte überlegt euch gut, was ihr stimmt.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Stadtparlament.

Die Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments beantragt die Reduktion des Globalbudgets um 15 000 Franken.

Abstimmungen

Abstimmung Änderungsvorschlag Stadtrat zu GE-01 Gesundheit

Das Stadtparlament hat einstimmig den Änderungsvorschlag des Stadtrats zu GE-01 Gesundheit genehmigt.

Abstimmung Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments zu GE-01

Das Stadtparlament hat mit 15 Ja-Stimmen bei 12 Nein-Stimmen den Änderungsantrag der Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments genehmigt.

Die Produktgruppe GE-01 wird um 15 000 Franken gekürzt.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mit 18 Ja-Stimmen bei 9 Nein-Stimmen die *bereinigte* Produktgruppe GE-01 genehmigt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat bei der Produktgruppe GE-01 Gesundheit die Kennzahlen in eigener Kompetenz überarbeitet hat.

Protokoll Protokoll
Behörde Stadtparlament
Beschluss-Nr.
Sitzung vom 9. Dezember 2024



Die Beratung des Geschäfts Traktandum 7 *Produktgruppenbudget 2025 / Festsetzung Steuerfuss 2025* wird am 23.05 Uhr abgebrochen. Fortsetzung der Beratung am Dienstag, 10. Dezember 2024

Die Sitzung ist geschlossen. Ende der Sitzung: 23:05 Uhr.

Bülach, 6. Januar 2025

Für die Richtigkeit:

Sandra Lobsiger
Parlamentssekretärin

Geprüft:

Stephan Ziegler
Parlamentspräsident

Andreas Scheuss
1. Vizepräsident

Patrizia Grütter
2. Vizepräsidentin

Geht an:

- Mitglieder des Stadtparlaments
- Mitglieder des Stadtrats
- Mitglieder der Geschäftsleitung der Stadt Bülach
- Protokollsammlung

Verordnung über die Haushaltsführung mit Globalbudget (Globalbudgetverordnung)

Globalbudgetverordnung, Ausgangslage

- Globalbudgetverordnung bereits in der Sitzung vom 5. Februar 2024 vorgestellt
- Beschluss zurückgestellt; Auftrag zur Prüfung eines Wechsels von heutiger Nettoglobalbudgetierung zur Bruttoglobalbudgetierung

Globalbudgetverordnung, geprüfte Varianten

Variantenkatalog

- a. weiterhin Netto-Globalbudgetierung, transparentere Aufbereitung der Informationen (Kontendetails abgeben, konsequent gleiche Darstellung für Produktgruppen und Produkte)
- b. Neue Brutto-Globalbudgetierung auf Stufe Gesamtkosten/-erlöse
- c. Neue Brutto-Globalbudgetierung auf Stufe Personalkosten, Sachkosten, Umlagen und Erlöse

Globalbudgetverordnung, Beurteilung der Varianten (1)

Konsequenzen von a) Netto-Globalbudget

- unveränderte Kompetenzen von Stadtrat und Parlament
- bessere Beurteilungsbasis für Parlament

Globalbudgetverordnung, Beurteilung der Varianten (2)

Konsequenzen von b) Brutto-Globalbudget Gesamtkosten/-erlöse

- Parlament entscheidet neu über das Geschäftsvolumen
- Entscheid über Leistungserbringung für Dritte zu Vollkosten liegt neu beim Parlament

Globalbudgetverordnung, Beurteilung der Varianten (3)

Konsequenzen von c) Brutto-Globalbudget mit 4 Entscheidungsgrößen

- Parlament entscheidet neu über interne oder externe Leistungserbringung
- Entscheid über Eigen- oder Fremdleistung liegt neu beim Parlament

Globalbudgetverordnung, Entscheid/Antrag der RPK

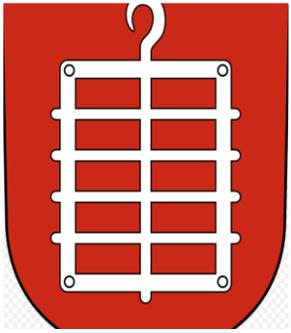
Entscheid/Antrag

- RPK beantragt Variante a (Nettoglobalbudgetierung mit verbessertem Informationsgehalt)

Begründung

- Keine Veränderung der Zuständigkeiten (Rollen passen)
- Verbesserungen am Informationsgehalt sind ohne Verschiebungen der Kompetenzen möglich
- Wechsel zur Bruttoglobalbudgetierung würde einen grossen Wissenstransfer notwendig machen (unverhältnismässiger Aufwand)

Globalbudgetverordnung, Unveränderte Änderungsanträge



Stadt Bülach

- für unbewilligte Überschreitungen
- von mehr als 5%
- mindestens **Fr. 50'000**
- oder mehr als Fr. 300'000

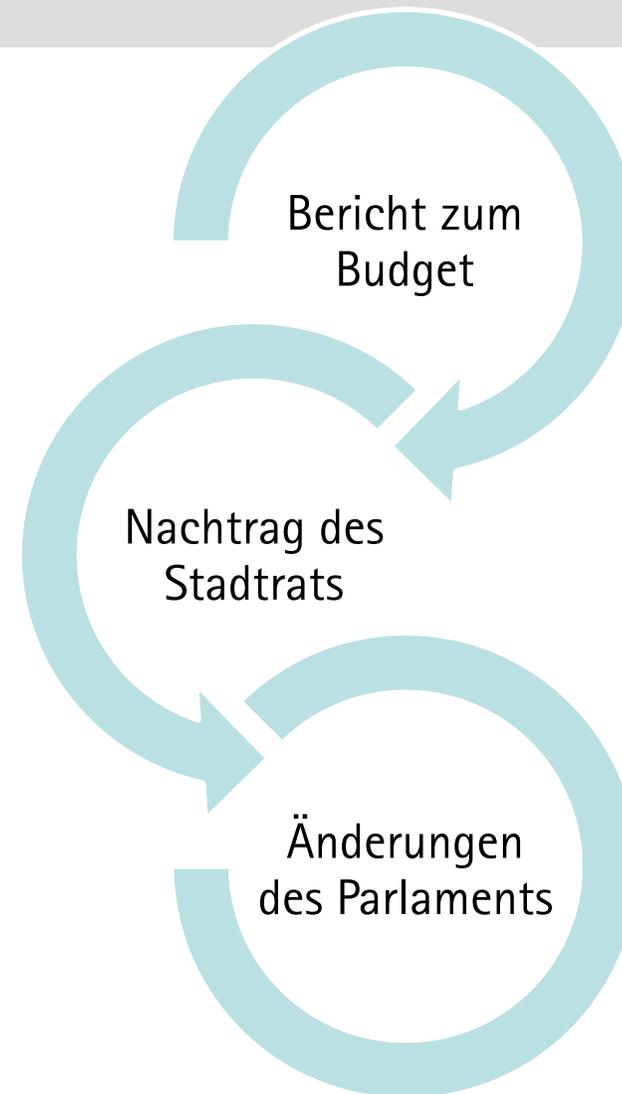


RPK

- für unbewilligte Überschreitungen
- von mehr als 5%
- mindestens **Fr. 30'000**
- oder mehr als Fr. 300'000

Besten Dank für die Aufmerksamkeit

Budget 2025



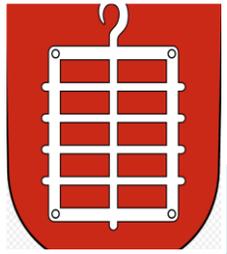
Budget 2025, Globalbudgets

<i>in Franken</i>	RE 2023	BU 2024	BU 2025	Diff.	%
Globalbudgets	92'110'490	98'002'232	106'614'947	8'612'715	9%
Finanzierung	-98'693'555	-101'009'200	-109'847'550	-8'838'350	9%
Ergebnis I	-6'583'065	-3'006'968	-3'232'603	-225'635	
Zuweisung fin.pol. Reserve	4'500'000	2'500'000	2'500'000		
Ergebnis II	-2'083'065	-506'968	-732'603	-225'635	

Budget 2025, Nachträge

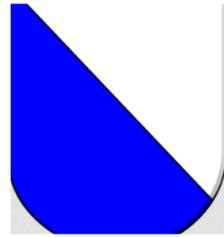
Nachtrag für		Betrag
Lohnmassnahmen	Fr.	0
Budgetreduktionen	Fr.	-904'300

Lohnmassnahmen 2025



Stadt Bülach

- 1.1% allgemein
- 1.0% individuell



Kanton Zürich

- 1.1% allgemein
- 0.6% individuell (finanziert durch Rotationsgewinne)



RPK

- 1.1% allgemein
- 0.6% individuell

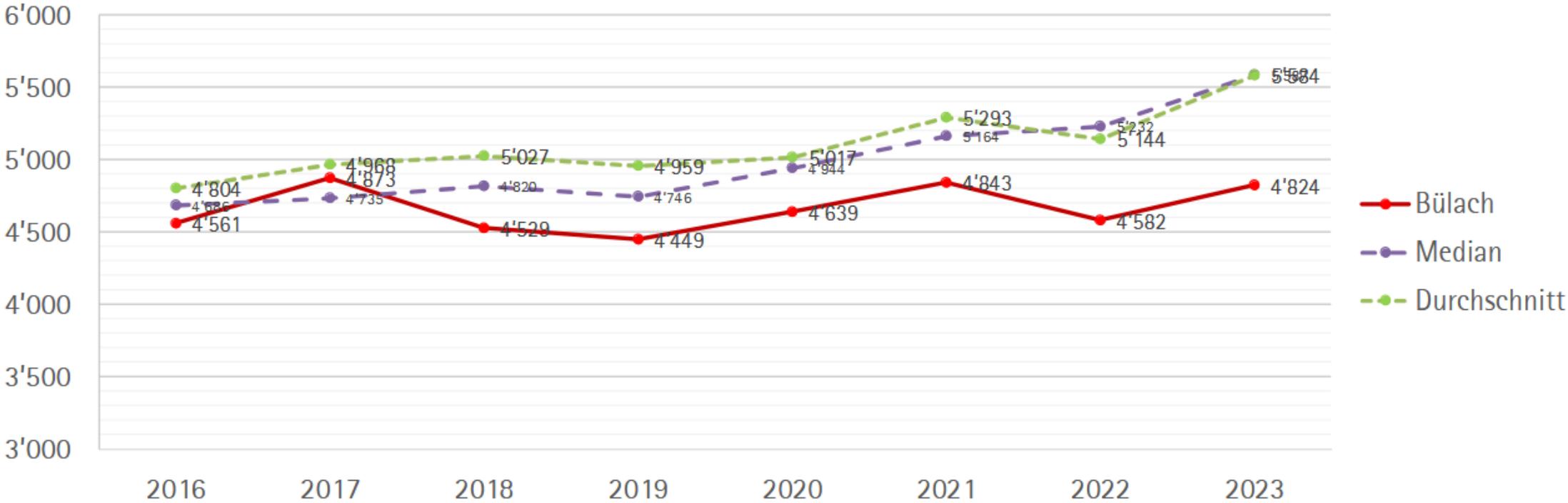
Steuerfuss 2025

Erhöhung von 92% auf 96% (+ 4%)

- ausschliesslich zur Finanzierung der hohen Investitionen und damit zur Begrenzung der Verschuldung → volle Einlage von 4 Mio. Franken in die finanzpolitische Reserve

Ausgabenentwicklung, Vergleich mit anderen Städten

Nettoaufwand pro Einwohner: Steuerhaushalt und Eigenwirtschaftsbetriebe
 (Vergleich mit den fünf nächst grösseren und kleineren Gemeinden)



Budget 2025

Stadt Bülach 

Bericht zum Budget 2025

18. September 2024

... die junge alte Stadt

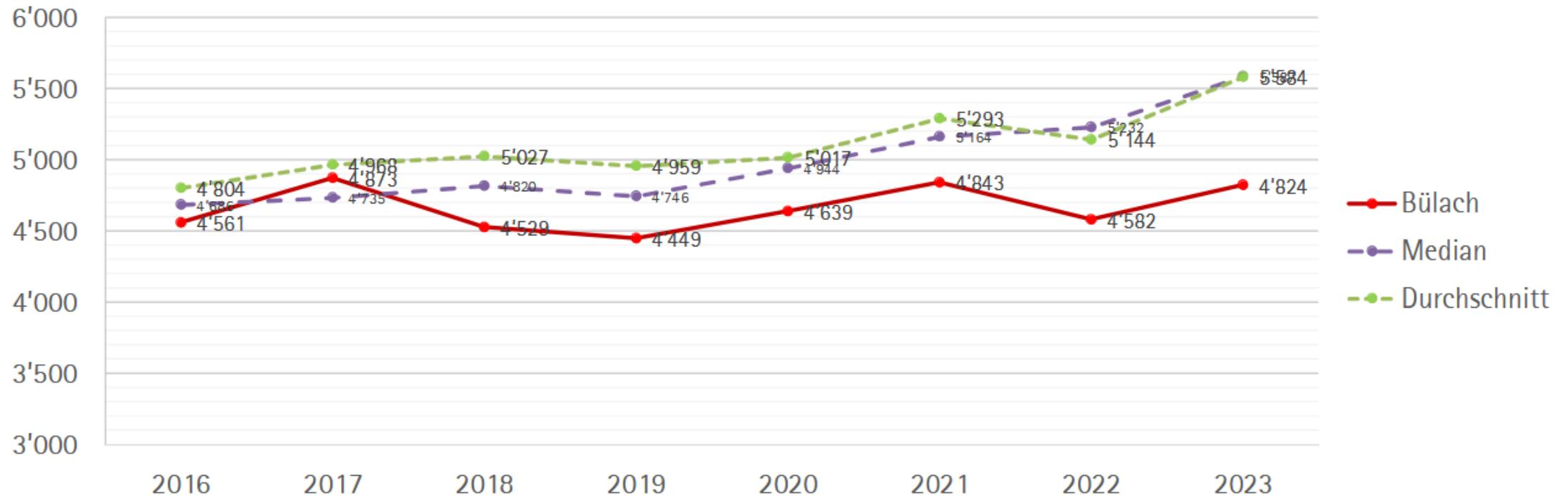
Budget 2025

Das Wichtigste / Rahmenbedingungen

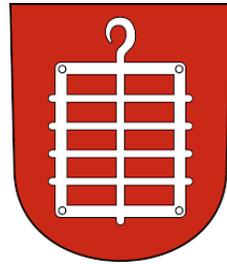
- Steuerfuss Erhöhung um 4 % (von 92 % auf 96 %)
- Fiskalertrag
Fr. 72,4Mio. (2024 Fr. 69 Mio.)
 - davon Grundsteuern
Fr. 9,1 Mio. (2024: Fr. 9,5 Mio.)
- Finanzausgleich: Schätzung Zuschuss für 2025
Fr. 33,3 Mio. (Budget 2024 Fr. 29,6 Mio.)
- Landverkauf an Stiftung SARB führt zu einem ausserordentlichen Ertrag
- Zuweisung finanzpolitische Reserve: Fr. 4,0 Mio.

Ausgabenentwicklung, Vergleich mit anderen Städten

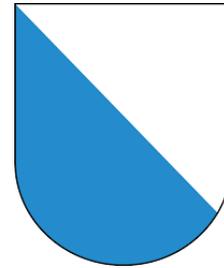
Nettoaufwand pro Einwohner: Steuerhaushalt und Eigenwirtschaftsbetriebe
 (Vergleich mit den fünf nächst grösseren und kleineren Gemeinden)



Lohnentwicklung 2016 - 2024

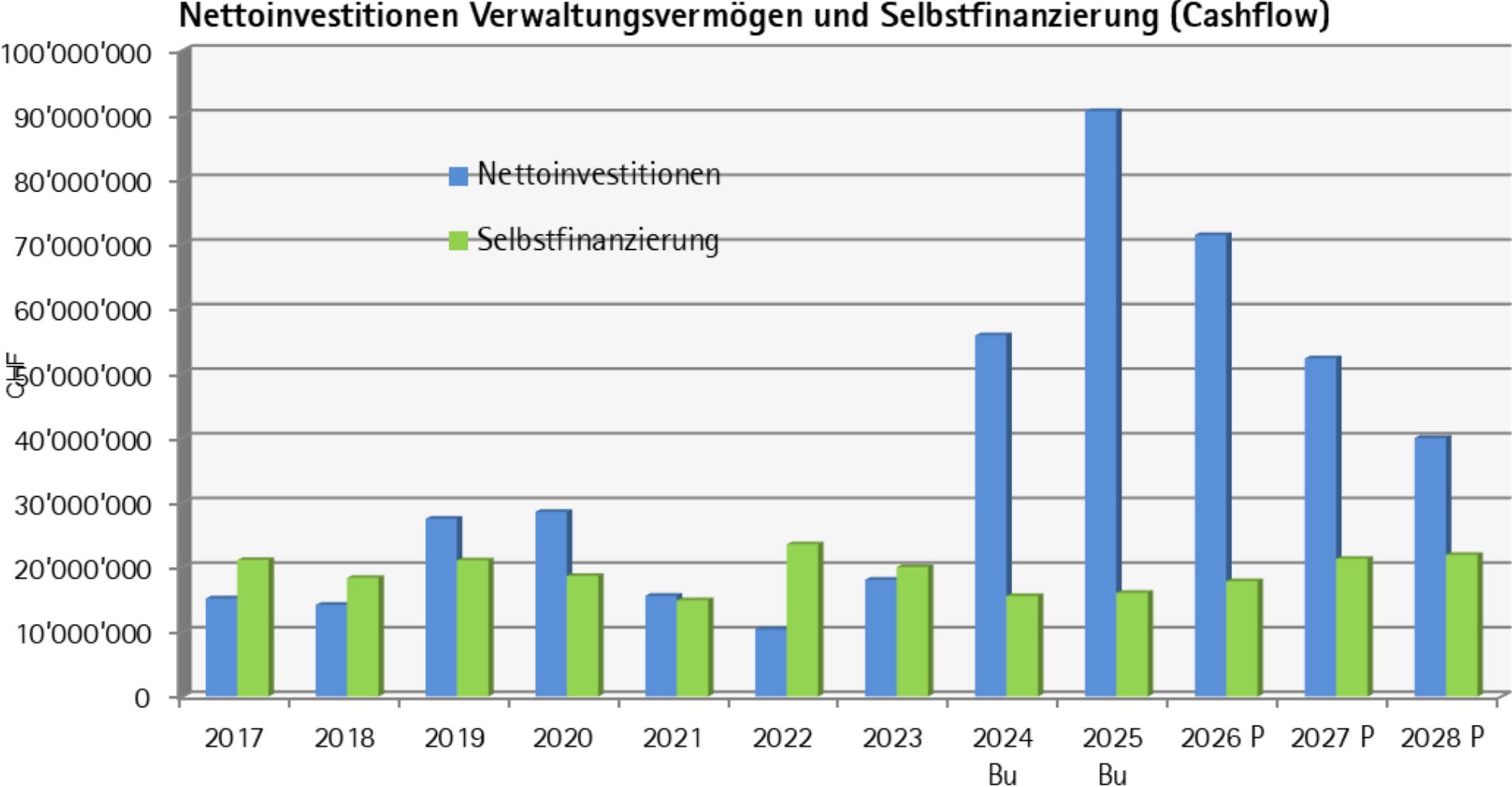


10.4 %



12.0 %

Nettoinvestitionen und Selbstfinanzierung



Steuerfussentwicklung

Steuerfussentwicklung Bülach (ohne Sekundarschule)

